

Bezugspreis:

Wöchentlich 85 Goldplennig voraus zahlbar. Unter Kreuzband für Deutschland, Dänzig, Saar- u. Remetgebiet, Österreich, Litauen, Luxemburg wöchentlich 1,20 Goldmark, für das übrige Ausland 1,45 Goldmark pro Woche. Kreuzband erhaltungen nur gegen werblich bestätigte Zahlung. Postbezugspreis für Februar 1.— Goldmark.

Der „Vorwärts“ mit der Sonntagsbeilage „Welt und Zeit“ mit „Siebelung und Kämpfer“, sowie der Unterhaltungsbeilage „Belmweil“ und der Frauenbeilage „Frauenwelt“ erscheint wochentäglich zweimal, Sonntags und Feiertage einmal.

Telegraphen-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt

### Zentralorgan der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Verlag: EW 68, Lindenstraße 3  
Kerniprecher: Redaktion: Dönhofs 292-295  
Verlag: Dönhofs 2506 2507

Donnerstag, den 31. Januar 1924

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., EW 68, Lindenstr. 3  
Vollschiedsamt: Berlin 375 36 - Sanftmutter: Direktion  
der Postamt-Gesellschaft, Depotstraße Lindenstraße 3

Anzeigenpreise:

Die einseitige Kopierleistung 0,70 Goldmark. „Kleiner Anzeiger“ des festgedruckten Wort 0,25 Goldmark (außerhalb zwei Zeilen für Wort) jedes weitere Wort 0,10 Goldmark. Einzeiler/Zeile des ersten Wort 0,10 Goldmark jedes weitere Wort 0,05 Goldmark. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Familienanzeigen für Abonnenten Reile 0,30 Goldmark. Eine Goldmark — ein Dollar (Wechsel durch 4,20).

Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 4 1/2 Uhr nachmittags im Hauptgeschäft, Berlin EW 68, Erdmannstraße 1 abgegeben werden. Geöffnet von 9 Uhr früh bis 6 Uhr nachm.

## Begrüßung der Sachverständigen.

### Ausprache des Reichskanzlers.

Amlich wird gemeldet: Die Mitglieder des Sachverständigenausschusses für Budget und Währung wurden gestern vom Reichskanzler im Beisein des Außenministers Dr. Stresemann, des Finanzministers Dr. Luther und des Wirtschaftsministers Hamm empfangen. Anwesend waren auch der Staatssekretär im Wiederaufbauministerium Müller und der Vorsitzende der Kriegslastenkommission Staatssekretär Fischer. Der Reichskanzler begrüßte die Herren des Komitees durch folgende Ansprache:

„Meine Herren! Ich freue mich, Gelegenheit zu haben, Sie namens der Reichsregierung hier zu begrüßen, nachdem Sie durch den Beschluß der Reparationskommission vom 30. November damit betraut worden sind, die Wege für einen Ausgleich des deutschen Haushalts und die Maßnahmen für eine Stabilisierung der Währung zu ermitteln. Die Reichsregierung erkennt es mit Dank an, daß Sie hierher gekommen sind, um an Ort und Stelle die deutschen Verhältnisse zu prüfen. Es wird seitens der deutschen Verwaltung alles geschehen, um Sie in Ihrer schweren und verantwortungsvollen Aufgabe zu unterstützen. Ihre Wünsche und Fragen werden mit größter Beschleunigung und mit rückhaltloser Offenheit behandelt und beantwortet werden. Zur Unterstützung Ihrer Arbeiten ist im Auftrage der Reichsregierung Material für ein Studium der deutschen Wirtschaft, Währung und Finanzen zusammengestellt worden, das Ihnen alsbald zugehen wird. Um die geschäftlichen Beziehungen zwischen dem Komitee und den deutschen Regierungsstellen zu erleichtern, ist die Deutsche Kriegslastkommission, deren Vorsitzender Herr Staatssekretär Fischer ist, beauftragt worden, die deutsche Regierung Ihnen gegenüber zu vertreten. Außerdem ist ein besonderer Vertreter der Kriegslastkommission in dem Ihnen für Ihre Arbeiten zur Verfügung gestellten Gebäude dauernd anwesend, um Ihre Wünsche in Empfang zu nehmen.“

Der Vorsitzende des Komitees General Dawes erwiderte folgendes:

„Herr Reichskanzler! Das Komitee beauftragt mich, seiner Benutzung darüber Ausdruck zu geben, daß ihm Gelegenheit geboten wird, Sie und Ihre Mitarbeiter in der deutschen Regierung kennen zu lernen.“

Als gemeinsamer Ausschluß empfinden wir die große Bedeutung einer gemeinsamen Verständigung der Alliierten über eine Lösung der vor uns liegenden Probleme, und es erscheint uns höchst wünschenswert und wichtig, daß die deutsche Regierung daran teilnehme. Es ist unsere Hoffnung, daß eine solche Verständigung erreicht werden wird. Wir danken Ihnen für die Zusicherung Ihrer Hilfe und Mitarbeit.“

### Ein Kommuniqué der Sachverständigen.

W.B. meldet: Das Erste Sachverständigenkomitee für Budget und Währung veröffentlicht folgendes Kommuniqué: Das Erste Sachverständigenkomitee trat gestern vormittag 11 Uhr zusammen. Es hat beschlossen, sich an den Reichskanzler zu wenden, um die Verbindung herzustellen mit den Personen, die offiziell befragt sind, Auskunft zu geben über die technischen Fragen, mit denen sich das Komitee zu befassen hat. Das Komitee hat den Wunsch, seine Untersuchungen in Berlin mit der möglichsten Eile durchzuführen, aber es beabsichtigt nicht, seinen Bericht vor seiner Abreise abzuschließen. Das Komitee hat weiterhin beschlossen, seine Arbeiten am nachmittag in Unter Ausschüssen fortzusetzen.

### Weitere Sachverständige eingetroffen.

Berlin, 30. Januar. (W.B.) Heute abend trafen, wie bereits angekündigt, die folgenden Mitglieder des Zweiten Ausschusses für die Kapitalflucht mit Begleitpersonal in Berlin ein: Mac Kenna, Generaldirektor der Midlandbank, Henry Robinson, Präsident der Nationalbank von Los Angeles, Dr. Mario Alberti, Vize-Direktor des Credito Italiano, Albert Janssen, Direktor der belgischen Nationalbank. Die Herren wurden ebenfalls von dem Mitglied der Kriegslastkommission, Regierungsrat Dr. Meyer, empfangen.

Schuldenforderungen, die den Betrag von 500 000 Franc übersteigen und nicht bereits von den Revisionsinstanzen anerkannt worden sind, wurde von der Kammer mit großer Mehrheit angenommen.

Die Finanzkommission hat darüber am Mittwochmorgen beraten und der Kammer detaillierte Vorschläge unterbreitet. Danach sollen zunächst 446 Entschuldigungsfälle, die eine Gesamtforderung von etwa 12 Milliarden Franc repräsentieren, nachgeprüft werden. Auf Grund der Enthüllungen des Abg. Inghels rechnet man, daß damit mindestens 3 bis 4 Milliarden für den Staat zurückgewonnen werden können.

### Neue Kammerdebatte über die Unterschleife.

Paris, 30. Januar. (Eca.) In der Kammerführung verlas der Generalberichterstatter der Finanzkommission Bokanowski den von der Kommission vorgelegten Text über die Revision der Unterschlagung der Kriegsschulden, in den die Abänderungsvorschläge der Abgeordneten Deyris, Ringier und Desjardon hineingearbeitet worden sind.

Abgeordneter Kloß fragte, wie sich die Regierung zu dieser Frage stellt. Poincaré: Die Regierung ist mit der Kommission einig.

Desjardon kritisiert dann im einzelnen den von der Kommission vorgelegten Entwurf und charakterisiert ihn als eine gefährliche Verzerrung. Es sei nicht die Stunde, um das Gebäude der französischen Gesetzgebung mit Arglistigen zu zertrümmern, insbesondere meint der Redner, würden die Bankkreise, die sich für den Wiederaufbau der zerstörten Gebiete interessiert haben, in große Schwierigkeiten geraten. (Bewegung.) Der Redner hat einen Zusatzartikel zu dem Gesetz eingebracht, der die gestrigen „Unberechtigten“ beheben soll. Der gestrige Log wäre ein direkter demagogischer Ansturm gewesen. Der Angriff sei vom „Quotidien“ geleitet worden. Woher hat dieses Blatt seine Millionen? Der Abgeordnete Denise zählt einige weitere Fälle von Mißbräuchen auf. Minister Reibel versucht diese Fälle zu rechtfertigen und verspricht, daß weitere Untersuchungen stattfinden werden. Denise: Wenn die Regierung mit der Preisprüfungs-Kommission zusammengearbeitet hätte, dann wäre diese Untersuchung überflüssig. Poincaré: Alle Kommissionen wollen die Aktien von uns haben. Wie kann die Regierung alle auf einmal befriedigen? Die Wahrheit laufe Gefahr, auf so vielen Reilen verloren zu gehen. (Gelächter.) Präzisen Sie sich, meine Herren, es dreht sich um den guten Ruf des parlamentarischen Bestehens, an dem wir alle hängen. (Kam Daudet: Das stimmt nicht, wir hängen nicht alle daran.) Poincaré: Diejenigen, die nicht daran hängen, haben in der Tat Interesse daran, Mißverständnisse aufrecht zu erhalten.

Der Abgeordnete Inghels ebenso wie der Abgeordnete Denise sprechen sich dafür aus, daß die verschiedenen Kommissionen der Kammer Gelegenheit geben sollen, ihre Pflicht zu erfüllen. Denise sagt: Die Kommissionsmitglieder sind von den Behörden an ihrer Arbeit behindert worden. Die Behörden und das Ministerium wünschen alles nur zu vertuschen. Daher kommt alles, Weibel. (Beifall links und auf der äußersten Rechten.)

Schließlich erklärte der Berichterstatter Bokanowski, die Kommission sei bereit, als Mindestmaß für die Revision: jährlich 500 000 Franc 800 000 Franc anzusetzen. Die Debatte über diesen Punkt wird darauf geschlossen.

## Der französische Sozialistenkongress.

Paris, 30. Januar. (Eigener Drahtbericht.) In Marseille wurde am Mittwoch der Parteitag der Sozialistischen Partei Frankreichs eröffnet. Für die Beratungen sind insgesamt fünf Tage vorgesehen. Die Tagesordnung der ersten zwei Tage ist ausgefüllt mit internen Parteiangelegenheiten und Fragen verwaltungsmäßiger Natur. Am Mittwoch vormittag hat das Aktionskomitee der Partei seinen Rechenschaftsbericht erstattet, an den sich am Nachmittag eine eingehende Aussprache angeschlossen. Für Donnerstag steht die Haltung der Sozialdemokratischen Kammerfraktion zur Debatte. Das Hauptproblem, das den Parteitag beschäftigen wird, bildet die Neuwahl zur Kammer, d. h. die Aufstellung eines Wahlprogramms und die Festlegung der Wahlakt. Hier ist die Streitfrage: Zusammengehen mit den Kommunisten oder ein freies Wahlbündnis zwischen den Nachbargruppen der bürgerlichen Demokratie, über die der Parteitag zu entscheiden haben wird. Die von den Kommunisten an ein Wahlbündnis geknüpften Bedingungen, darunter der Verzicht auf jegliche Vereinbarungen mit bürgerlichen Parteien und die Wiederherstellung einer einheitlichen Gewerkschaftsorganisation, d. h. der Kampf gegen die alte (sozialistische) CGT, hat im sozialistischen Lager die Anhänger des von den Kommunisten propagierten „Blocks der Arbeiter und Bauern“ auf eine ganz geringe Minderheit zusammenschrumpten lassen. Von den lokalen Kongressen der Bezirksorganisationen haben sich lediglich die Verbände des Departements Allier für die Eventualität eines Bündnisses mit den Kommunisten ausgesprochen. Der Parteitag des Industriesektors Nordens, der bis zur Bekanntgabe der kommunistischen Bedingungen ebenfalls mit dem Gedanken eines Blocks der Arbeiterpartei sympathisierte, ist neuerdings davon sehr entschieden abgerückt. Die überwiegende Mehrheit des Departements ist für ein tatsächliches Zusammengehen mit den demokratischen Nachbargruppen, wobei die Tendenz dahin geht, von einem Kartell auf breiter Grundlage abzusehen und den provinziellen Organisationen zu überlassen, überall da, wo durch einen Zusammenschluß dem Nationalen Block ein Mandat entzogen werden kann, lokale Vereinbarungen mit den bürgerlichen Parteien zu treffen.

### Sozialistischer Erfolg in der Kammer.

Paris, 30. Januar. (Eigener Drahtbericht.) Der am Dienstag in der Kammer von den sozialistischen Abgeordneten Ringier und Inghels mit Unterstützung der Radikalsocialisten gegen den Rücktritt der finanziellen Reformprogramme unterzeichneten Vorstoß hat zu einem vollen Erfolg geführt. An Hand eines geradezu erdrückenden Beweismaterials gelang es den Rednern, die Kammer davon zu überzeugen, daß die in den zerstörten Gebieten seit vier Jahren begangenen Unterschleife auf Kosten des Staates dem Steuerzahler mehr als ein Dutzend Milliarden gekostet hat und es Pflicht von Parlament und Regierung sei, dieses gestohlene Geld wieder herbeizuschaffen, bevor sie dem Lande neue Steuerlasten zumuten.

Der sozialistische Antrag auf Nachprüfung aller Kriegs-

## Der Neunstundentag der Beamten

### Zur Kritik einer Regierungs-Deutschrift.

Von Billy Steinkopf.

In dem Augenblick, in dem die Reichsregierung durch ihre Arbeitszeitverordnung vom 21. Dezember v. J. dem Achtstundentag-Maximalarbeitstag für Angestellte und gewerbliche Arbeiter grundsätzlich „von neuem Gesetzeskraft“ gab, befohl sie für die Beamten des Reichs eine grundsätzliche Mindestarbeitszeit von neun Stunden täglich. Es ist bisher nicht bekannt geworden, daß außer der Sozialdemokratie eine andere Partei dagegen Protest erhoben hätte. Die Reichsregierung ist der Ansicht, daß sie die Arbeitszeit der Beamten nach freiem Ermessen regeln kann und nicht nötig hat, den Reichstag zu befragen. Tatsächlich ist die bisherige Praxis so gewesen, daß die einzelnen Ressorts die Arbeitszeit der Beamten selbstherrlich festlegten. Auch der Achtstundentag wurde so eingeführt, und erst ein Beschluß des Reichsministeriums vom 29. Januar 1921 legte ihn einheitlich für die Reichsverwaltungen fest.

Der Versuch, eine gesetzliche Regelung der Arbeitszeit der Beamten herbeizuführen, scheiterte an dem Widerspruch der bürgerlichen Parteien. Es war vorgeschlagen, in das Besoldungsgesetz von 1920 eine Bestimmung aufzunehmen, daß die Beamten täglich „mindestens“ acht Stunden arbeiten sollten. Davon wollte die Sozialdemokratie nichts wissen, weil sie in der Einschränkung „mindestens“ mit Recht ein Hintertürchen vermutete, durch das alle möglichen Durchbrechungen des Achtstundentages zugelassen werden sollten. Sie verlangte die eindeutige und klare Fassung: „Die Dienstzeit der Beamten beträgt wöchentlich 48 Stunden.“ Der Antrag wurde damals von sämtlichen bürgerlichen Parteien abgelehnt. Sie waren der Ansicht, daß es nicht angängig sei, die Dienstzeit der Beamten gesetzlich festzulegen und teilten damit den Standpunkt eines besonders feudalen Reichsressorts, das sich über diese Frage also äußerte:

Die gesetzliche Festlegung der Arbeitszeit der Beamten auf eine ziffernmäßig begrenzte Zeit widerspricht dem Wesen des Beamtenbegriffs, das dadurch charakterisiert ist, daß der Beamte seine ganze Arbeitskraft ohne zeitliche Begrenzung in den Dienst des Staates zu stellen hat. Ein Abweichen von diesem Grundsatz, das den Unterschied zwischen Beamten und Arbeitern zu verwischen geeignet ist, scheint wegen der bedeutenden Folgen, zu denen es führen muß, unzulässig. Wenn aus innerpolitischen Gründen es wünschenswert erscheinen mag, daß die Beamten durch Bezeugung ihrer Arbeitsfreudigkeit den Arbeitern mit gutem Beispiel vorangehen, so muß ein Ausweg dadurch gefunden werden, daß unter voller Aufrechterhaltung des oben erwähnten Grundsatzes die Arbeitszeit der Beamten durch Verordnung des Ressorts verlängert wird. Mit einer gesetzlichen Regelung der Arbeitszeit der Beamten könnte sich das . . . jedoch keinesfalls einverstanden erklären.

Dieser klassischen Stellungnahme ist nur hinzuzufügen, daß die Weigerung durchaus erklärlich wird, wenn man zuseht, wie die höheren Beamten, abgesehen von wenigen Ausnahmen, den Achtstundentag eingehalten haben und wie sie jetzt beim Neunstundentag noch besser fahren. So fiel denn damals die gesetzliche Regelung der Beamtenarbeitszeit, und die Folgen zeigen sich heute in einer mehr als schmerzlichen Weise. Nur unter diesen Umständen hat die bürgerliche Reichsregierung es wagen können, die Beamten so arg über Ohr zu hauen! — Doch der Unterschied zwischen dem Beamten und dem Arbeiter ist gerettet. Welch ein Glück für die Beamten! Hoffentlich wissen sie ihren Rettern Dank.

Um nun auch nachzuweisen, daß die Abschaffung des Achtstundentages der Beamten etwas einbringt, hat der Reichsfinanzminister eine Deutschrift über „die Wirkung des achtstündigen Arbeitstags hinsichtlich der Zahl der notwendigen Beamten und der entstehenden Kosten“ vorgelegt, und ist damit stark verspätet einer Entschädigung zum Etat für das Jahr 1922 nachgekommen.

„Im ganzen genommen“, so heißt es in der Deutschrift, „ist eine Vermehrung des Beamtenpersonals eingetreten“. Macht diese eigenartige Einleitung schon stuhig, so entdeckt man bei näherem Zusehen Dinge, die geradezu als ein Standal bezeichnet werden müssen.

„Beiden Betriebsverwaltungen“, sagt nämlich die Deutschrift, „kann zwar eine abschließende zahlenmäßige Gegenüberstellung der nach und vor Einführung des Achtstundentages benötigten Kräfte nicht gegeben werden.“ Infolge Verreisung, Übernahme neuer Aufgaben, Verschiebung der Betätigungsgrenzen durch Ausscheiden größerer Gebietsteile usw. fehlten die Vergleichsunterlagen; auch sei die Zwangseinstellung der Kriegsbeschädigten, „deren Beschäftigung auch bei Durchführung der achtstündigen Arbeitszeit nicht unbedingt erforderlich gewesen wäre“, ein Erschweris gewesen.

Trotz dieser Feststellungen wird aber dann und bezeichnenderweise ohne Angabe eines Stichtages oder Zeitraumes frank und frei behauptet, daß bei der Betriebsverwaltung des Reichsverkehrsministeriums eine Vermehrung des Personals

um 147 424 Köpfe festzustellen sei, was gegenüber dem Personalbestand vom März 1914 eine Vermehrung von 21,20 Prozent bedeutet. Kosten 1921: rund 3,5 Milliarden, 1922: 105,4 Milliarden Papiermark.

Hierzu ist zu bemerken, daß man sich eine unwahrscheinlichere Darstellung als die in der Denkschrift wiedergegebene nicht vorstellen kann. Wenn von der Denkschrift auch zugegeben wird, daß die aufgeführten Kosten keinen Anhalt für den tatsächlichen Mehraufwand bieten, also man ebensogut irgendeine andere Zahl hätte nennen können, bleibt doch die Tatsache bestehen, daß trotz der eingestandenen Unmöglichkeit, zuverlässige Zahlen über die Personalvermehrung aus Anlaß der Einführung des Achtstundentages zu bringen, man aus reiner Agitationswut gegen den Achtstundentag Dinge in die Welt posaunt, von deren Unrichtigkeit man selbst überzeugt ist.

Was diese Zahlen wert sind, dafür ein paar Beispiele. In der 1922 vom Reichsverkehrsministerium herausgegebenen Broschüre „Zur Lage der Reichsbahn“, in der übrigens u. a. gefast wird, „daß die Arbeitsleistung des einzelnen Arbeiters im Durchschnitt den Friedenswert erreicht, in einzelnen Abteilungen die Friedensarbeit überhoht hat“, finden wir über die Personalbewegung der Reichsbahn folgende Zahlen: 1913: 740 504; 1914: 719 452; 1915 (als tiefster Stand): 692 996; 1917: 768 775; 1918: 913 396; 1919 (nach Einführung des Achtstundentages): 1 211 745; 1920: 1 089 839; 1921: 1 059 940; 1922: 996 269. Will man also prüfen, was auf das Konto des Achtstundentages kommt, so darf man nicht die Zahl von 1914 der von 1919 gegenüberstellen, sondern man muß die Zahlen von 1918, 1919 und den späteren Jahren zum Vergleich heranziehen. Da wird ein einfaches Rechenexempel ergeben, daß von einer Vermehrung des Personals 1922 gegenüber 1918 um 147 424 Köpfe aus Anlaß der Einführung des Achtstundentages gar keine Rede sein kann. Im Gegenteil ist die Annahme durchaus berechtigt, daß die aufgetretene Vermehrung bis auf einen geringen Bruchteil lediglich den in der Denkschrift erwähnten und oben wiedergegebenen Momenten — Betriebsänderung, neue Aufgaben usw. — zur Last fällt. Die infolge der Durchführung des Achtstundentages benötigte und in der Zahl von 1919 mit enthaltene Personalvermehrung ist längst absorbiert worden.

Diese Annahme wird dadurch verstärkt, daß sich bei der Post ein ganz ähnliches Bild ergibt. Doch hier sei zunächst festgestellt, daß die Postverwaltung in einer vom Dezember 1923 datierten Uebersicht die auf die Einführung des Achtstundentages entfallende Personalvermehrung auf 42 900 Köpfe — und nicht 61 521 Köpfe gleich 14,5 Proz., wie die Denkschrift uns glauben machen will — angibt. Hieraus geht ebenfalls und unwiderleglich hervor, daß die in der Regierungsveröffentlichung angegebenen Zahlen sich nicht allein auf den Achtstundentag beziehen; die Denkschrift daher unwahrhaftig und tendenziös ist.

Aber bleiben wir bei den Kohlen der Post. Diese Verwahrung hat in den Jahren 1914 bis 1918 keine Erhebungen über die Kopfszahl ihres Personals angestellt. Die dann folgende erste-nache Schätzungszahl vom Mai 1919 zeigt einen Personalbestand von rund 370 000 Köpfen. Diese Zahl dürfte aber zu niedrig gegriffen sein. Die Feststellung des Personalbestandes erlaubt dann 1920: 419 244; 1921: 427 100; 1922: 409 000 und 1923: 377 600 Köpfen. Wie unter diesen Umständen die Denkschrift mit positiver Sicherheit behaupten kann, daß die Durchführung des Achtstundentages bei der Post 61 521 Köpfe oder, wie die Post sagt, 42 900 Köpfe Personalvermehrung gekostet hat, ist unerfindlich. Aber selbst, wenn dies der Fall gewesen wäre, muß festgestellt werden, daß dieser Mehraufwand an Personal eben so wie bei der Eisenbahn bereits absorbiert ist, dem Achtstundentag allein also nur zu einem ganz geringen Teil zur Last gelegt werden darf.

Damit kann die Denkschrift der Reichsregierung bis zum geeigneten Augenblick im Reichstag zur Seite gestellt werden. Etwas anderes ist es aber mit der Frage, ob die Beamten-schaft sich den Dreh mit dem Neunstundentag ruhig gefallen

lassen will. Will sie das nicht, so muß sie die gesetzliche Regelung ihrer Arbeitszeit und als Grundlag den Achtstundentag maximalarbeitstag fordern. Bei den Arbeitern und Angestellten der Reichsbetriebe, die mit einem Federstrich ebenso unter den Mindest-Neunstundentag gestellt werden können wie die Reichsbeamten, wird die Beamtenschaft die beste Unterstützung finden. Vielleicht gehen die Beamten ein wenig acht, welche Parteien sich ihre Forderung zu eigen machen. Bleibt der Erfolg aus — nun, so muß der Wahltag auch für diesen Fall ein Jahrtag werden.

## „Wahlfreiheit“ in Thüringen.

Wie Seccis Anordnung von Haffe befolgt wird.

Welmars, 30. Januar. (Eigener Drahtbericht.) Ein Wahlflugblatt unserer Partei wurde heute von zwei Reichswehrcolligieren und einem Kriminalbeamten in unserer Jenaer Parteidruckerei beschlagnahmt. Drei Exemplare wurden gefunden. Grund des Verbotes und der Beschlagnahme ist eine in dem genehmigten Flugkaffert nachträglich eingefügte Abbildung, die allerdings von dem Wehrkreiskommando 4, Dresden, für die sächsischen Gemeindevahlen freigegeben und in den letzten Tagen auch von dem Reichswehrekommando Gera zum Anschlag genehmigt worden war. Das Flugblatt selbst wurde bereits am 19. Januar gedruckt und zum Versand und zur Verbreitung gebracht.

Über das Mitglied unserer Partei, Frau Regierungsrat Dr. Olga Eißig, ist Verleumdungsvorwurf; da Genossin Eißig Mitglied des Reichswahlklubs ist und ihre Post mit sechs- und achttägiger Verspätung von der Militärbehörde ausgehändigt bekommt, sind die größten Störungen in dem Arrangement von Versammlungen und dem Stellen von Diskussionsrednern in gegnerischen Versammlungen eingetreten.

Das von uns veröffentlichte, von der Reichswehr in Welmars genehmigte Ständebild Plakat der Völkischen ist auf Grund unserer Veröffentlichung vom Militärbefehlshaber General von Seccis nachträglich verboten worden. Gleichzeitig aber hat v. Seccis empfohlen, auch hinsichtlich der Wahlflugblätter einen „strengeren Maßstab“ anzulegen. Wir haben alsbald der Vermutung Ausdruck gegeben, daß diese Anordnung wahrscheinlich sich gegen die Sozialdemokratie auswirken werde. Die Beschlagnahme des Wahlflugblattes, von der das vorstehende Telegramm berichtet, scheint unsere Befürchtung bereits vollständig zu bestätigen. Wenn ein Flugblatt genehmigt ist und auch schon das dazu gehörige Bild die Genehmigung einer Reichswehrstelle erhalten hat — und gar in Sachsen! —, so ist es um so ungeheuerlicher, wenn eine andere Reichswehrstelle das Bild samt zugehörigem Text nachträglich beschlagnahmen und verbieten läßt. Glaubt General Haffe wirklich, durch solche Art Handhabung der ihm überflüssigerweise übertragenen Zensurbefugnisse die Stimmung in Thüringen zu verbessern? Hält er die Briefsperr gegen eine Sozialistin wirklich für geeignet, zur Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung beizutragen? Wenn ja, sollte ihn seine vorgesehene politische Behörde eines Besseren belehren und daneben scheinungstun den Ausnahmezustand aufheben!

## Poincaré auf Deutsch.

Französische Engländerhege im besetzten Gebiet.

In einer deutsch geschriebenen Zeitung finden wir einen Artikel: „Die Arbeiterpartei und die Quinen“, der das gemeinste darstellt, was bisher an Bescheldung der neuen englischen Regierung geleistet worden ist. Der Artikel, der sich mit den englischen Ministergehältern beschäftigt, beginnt mit folgenden Worten:

Jedermann weiß, was die Arbeiterpartei ist und auch was Quinen sind.

Erstere ist jenseits des Kanals ans Ruder gekommen und diese haben weit mehr noch als das Post-Beef zur Verbreitung des Rufes des alten England in der Welt beigetragen. Die Berührungspunkte zwischen jener und dieser scheinen bisher

wenig zahlreich zu sein. Dicht werden sie aber zahlreicher und deutlicher erkennbar. Ein wahrer Regen von Quinen wird in der Form von prächtigen Honoraren auf einige der Sozialistenführer, welche Minister Seiner Majestät geworden sind, herabströmen.

Werden sie ihren Regenschirm öffnen? Oder werden sie sich vielmehr durchnässen lassen? Werden die Arbeiterpartei diese bürgerlichen Quinen zurückweisen? Werden die Arbeiterpartei, je reicher sie werden, durch die Quinen umgewandelt werden?

Das ist die Frage, welche sich viele Leute nicht nur in England, sondern fast überall stellen.

Das Blatt, das den politischen Umschwung in England von solcher „Höhe des Prinzipis“ herab behandelt, nennt sich: „Nachrichtendienst. Herausgegeben durch den Französischen Pressedienst in Düsseldorf. Berichtigungs- und Informationsblatt für das besetzte Ruhrgebiet“. Es erscheint unter dem allmächtigen Schutz des — schließlich auch nicht schlecht bezahlten — Generals Degoutte, der die deutsche Presse des besetzten Gebiets unterdrückt und ihr obendrein durch sein subventioniertes Repitil Schmutzkonzurrenz zu machen versucht. Denn das Blatt wird zu einem Preis hergegeben — 1 M. monatlich — der die Herstellungskosten nicht deckt.

Dieses „Berichtigungs- und Informationsblatt“ wird nun dazu mißbraucht, Deutsche nach Kräften gegen die regierende Partei Englands aufzuheizen und deren Führer persönlich durch den Dreck zu schleifen. Wenn das die Art der französischen Regierung ist, den Deutschen gegenüber die „alliierte und befreundete“ Regierung jenseits des Kanals zu behandeln, so läßt das auf die „Herzlichkeit der gegenseitigen Beziehungen“ allerhand Schlüsse zu.

Wann werden die anständigen Franzosen endlich die Kraft finden, dem schmutzigen Gefindel, das im besetzten Gebiet in ihrem Namen sein Wesen treibt, das Handwerk zu legen?

## Legendenbildung.

Breitscheid und die Labour Party.

Die „B.Z. am Mittag“ veröffentlicht am 30. Januar einen Londoner Brief des Herrn Kauder, in dem es u. a. heißt:

„Als Herr Breitscheid bei seinem letzten Besuch in London in einem Vortrag erklärte, die Ruhrbesetzung sei eine historische Notwendigkeit zur letzten „Räuterung“ Deutschlands gewesen und so schändlich, da ist er mit diesem greulich sentimentalisierten Mißverständnis des englischen Journalismus der Arbeiterpartei so auf die Kerben gefallen, daß sie ihn jetzt allgemein für den Mann der Franzosen“ hält.“

Dazu schreibt uns Genosse Breitscheid:

„Die Behauptung des Herrn Kauder ist die denkbar größte Lüge und Unwahrheit. Ich habe in dem einzigen Vortrag, den ich je in London gehalten habe — es handelte sich um einen kurzen Bericht, den ich auf Aufforderung MacDonalds im Februar 1923 vor der Parlamentsfraktion der Labour Party über die Lage im Ruhrrevier erstattete —, auf die verhängnisvolle Besetzung des Ruhrreviers hingewiesen und den schweren politischen und wirtschaftlichen Druck, der auf den deutschen Arbeitern lastete, gekennzeichnet. Der Beifall, der mir am Schluß meiner Ausführungen gezollt wurde, ist der beste Beweis für die Unrichtigkeit der Darstellung, die Herr Kauder von der Wirkung meiner Worte auf die Mitglieder der Labour Party gibt.“

Der Berichterstatter der „B.Z.“, der selbstverständlich in jener Sitzung nicht zugegen war, muß sich höchst merkwürdiger Informationsquellen bedienen, vorausgesetzt, daß er seine Behauptungen nicht überhaupt freiheraus aus der Luft greift.“

Im übrigen läßt sich die Treue seiner Berichterstattung auch aus der Art erkennen, wie er einen von mir im „Vorwärts“ veröffentlichten Artikel zitiert. Er behauptet, ich hätte dort die Erhebung des deutschen Völkchens Ethamer durch einen Sozialisten gefordert, während ich in Wirklichkeit nur dafür eingetreten bin, daß ganz allgemein bei der Besetzung der Posten an der Londoner Botschaft darauf Rücksicht genommen werde, daß für die Verhandlungen Persönlichkeiten zur Verfügung ständen, die ein inneres Verständnis für das Wesen der Labour Party besäßen.“

## Vita nuova.

Konzertumschau von Kurt Singer.

Es wird — bei Gott und allen Teufeln — immer schwerer, sich in der neuen Welt der Musik auszuhalten. Vita nuova — neues Leben; wir ruhen danach, auch wenn wir nicht glauben, daß es sich aus Ruinen herausstellt. Kräfte Sprünge macht weder die Natur, noch die Kunst, die sich entwickelt. Es muß uns, wollen wir Musik genießen, ein Halt bleiben, sei es im Melodischen, sei es im Willen, zu gestalten, sei es im Zusammenklang von Instrument und Stimme. Oder ein Schöpfer, begnadet an Haupt und Gliedern, reißt uns aus unserer irdischen Langmut mit einem einzigen Griff. Das Werk soll nach gefunden werden, das solche Revolution um einen her treibt. Von den Komponisten, die jüngst die Internationale Musikgesellschaft herausstellte, ist keiner noch bis zu solcher Ursprünglichkeit des Schöpfens vorgegangen. Die drei begabten Männer der Musik (Krenek, Weill, Buttling) hatten noch alle an einer vorbedachten Idee, so an einer Technik, die nicht frei werden will im eigentlich schöpferischen Akt. Krenek ist der Führende. Ein chaotisches Talent, das sich um keine Form mehr kümmert, in den Tiefen der Banalität ebenso gern herumwundert wie in den Höhen des Kuriositäten. Kuriositäten sind seine Ziele. Seine zweite „fononische Musik“ ist ein unbedeutendes Musikstücken durch alle Formlosigkeit und Sturheit des Orchesterlappes. Man glaubt, daß eine Pantomime oder ein Ballett geplant war, daß irgendeine Bewegung dem Komponisten vorschwebte, als er frei ausschweifend fugiertes, Wolzer, Foz, Müllermarsch durcheinanderwirbelte. Das Wichtigste, das jungenshaft Krenedische ist hier nicht ohne Reiz. Aber er wüßte, wenn mit den Instrumenten besser, eigenartiger umgegangen würde. Auch Max Buttling ist in dem Dilemma, mit wenig Instrumenten viel zu sagen, Steden gegeben. Die Arbeit scheint solider, logischer zu sein, der Einfall aber ist reizlos oder nähert sich von hypermodernen Reizmen, die schon gang und gäbe sind. Man kann diese jungen Futuristen schon gar nicht von einander unterscheiden. Wesensdifferenzen bestehen nicht; einer lauscht dem anderen bestimmte Tricks und idiosynkratische Effekte ab. So wirkt auch Buttling's Kammermusik recht monoton, wenn gleich ein Wille zur Form immer wieder aufmerksam macht. Ich weiß nicht, was Buttling und Krenek so von allem tiefen Formrespekt fortredet; sich von Gesetzen führen lassend, würden sie Stärkeres in phantastischer Freiheit geben können. Für ein unentwegtes Drauflosmuffeln fehlt ihnen Gefühl, Stimmung, Gesang und Begabung. Kurt Weills „Frauentanz“ ist ein festes alldeutscher, inniger Lyriker, primitiv und hart im Wort, doch verzerrt, ungeschliffen gemacht durch die Komplexiertheit des instrumentalen Satzes. Die Stimme wächst nur selten (wie im 3. Lied) aus dem Blumenraus der Gedichte wie eine stille oder sich bewegendes Klang heraus. Seccis'se Liederwelt kreuzt sich mit musikalischem Kampf. So sind auch diese Gesänge im Prinzip verfehlt, mag immer das programmatische Umklammern des Textes partei-mäßige Begabung verraten. Interpretieren der Orchester- und Gesangsparten waren tüchtige, aus Herzensneigung modernistische Musiker, geführt von Stiedry. Am Schluß warf all das ein einziger, ziemlich ordnender, aber doch bodenständiger Reifer von Artur Blüh in die Vergessenheit.

Was — wie anders wirkt dies Zeichen auf euch ein! Aber die Notenzahlen müssen in ihrem Inneren erschaffen, in der strengen Form muß der seelische Kern erkannt, erfüllt, erdichtet werden. Nirgends wohl ist das störrische Verweilen im Kuriositäten so gefährlicher, nirgends das simple Reproduzieren langweiliger als bei Bach. Aber auch nirgends kann in so reichem Maße das Inbrünstige Hingeben an sein Werk den Menschen menschlich, künstlerisch so vollenden. Frig Heilmann hat in der Gedächtnisrede Stimmungsvolle Abendmusiken des Sonntags eingerichtet. Seine Programme sind gut gewählt, kein Stillsitzen, am Orgelwerk gebildet, läßt nie im Stich. Aber unter die Solisten mischt sich anstehend gelegentlich halberhobenes, Viertel-Kunststücken. All Biop zwar bei der Orchestralität und den Stimmlingen und die Technik selbst für eine schwierige Kantate; aber schon Jürgard Kühle, die Wistin, erfüllt mit ihrer Seele nicht Bach'sche Größe. Doch ist sie geschult, musikalisch, begabt. Ganz schief am Ort der Bassist Walter Renzel. Weder Stimmbildung, noch Feinheit des Gesanges, weder Atem noch Ton passen sich der Kreuzkantate an. Das war weniger als halb (selbst wenn Weidert nie gelebt hätte); also gar nichts. Das neue Leben, das in jeder Kunstperiode nach auf Bach hingeliebt oder aus ihr Wurzeln zog — hier war es erloschen.

Schwann's „Frust-Szenen“, von Rückward und seinem Chor (Mozart-Gemeinde) trefflich herausgefunden, sind uns nur noch in einzelnen Teilen lebend. Wirkungslos klingt zwar fast alles, ja chaotisch wirkungslos laufen diese Szenen ab. Von Tiefe des Gemüts, humaner Leidenschaft, Beruhigung in große Ideen verdrängt die Musik wenig (vielleicht erst ganz zum Schluß wird Schwann goetheförmig). Das Tonmalerei, Beweate, Bunte und Abwechslungsreiche interessiert tropdem und selbst, besonders ein so guter Faust wie Rissen und ein charakteristischer Wephisto wie Sonnen über alle anderen Solonummern herrscht.

Reines Leben: Schanzewoigt machte die beschwerliche Reise von Stockholm nach Berlin, um hier die IX. Sinfonie einzuführen. . .

Das Jubiläum des Westpostvereins. Der Westpostverein, die erste der großen internationalen Organisationen, feiert in diesem Jahre kein fünfzigjähriges Jubiläum. Aus diesem Anlaß findet nach dreißigjähriger Pause wieder ein Kongress statt, und zwar im Juni in Stockholm. Es ist der achte seiner Art. Nach dem Gründungskongress zu Bern im Jahre 1874 wurden Versammlungen in Paris, Lissabon, Wien, Washington, Rom und Madrid abgehalten. Bisher sind beim Westpostverein in Bern, dem ständigen Organ des Vereins, nicht weniger als 1200 Beschlüsse für die Tagesordnung des Kongresses eingelaufen; es werden ihrer aber wohl bis zu seinem Beginn noch eine ganze Reihe mehr werden. Der Kongress dürfte sechs bis sieben Wochen dauern; eine seiner wichtigsten Fragen gilt den internationalen Postabgaben, die man wieder, soweit wie möglich, normieren will. Etwas sollen sie ja in allen Ländern gleich hoch sein; aber bei den Volktaunterschiedlichkeiten, die eine Folge des Krieges sind, wird es eine schwere Aufgabe sein, sie einigermäßen wieder auf den gleichen Stand zu bringen. Die schwedische Regierung will als Gastgeberin des Kongresses und um einen Teil der Kosten aufzubringen, Jubiläumsmarken herausgeben,

die während der Dauer des Kongresses gelten sollen. Ueber ihre Gestalt ist noch nichts bestimmt; vermutlich werden sie aber in ihrem äußeren Bild auf das Jubiläum des Westpostvereins Bezug nehmen.

Die glücklichen Papuas. Kürzlich ist eine amerikanische Mission von einer Forschungsreise durch Australien zurückgekehrt, deren Ergebnisse ganz dazu angetan sind, denen recht zu geben, die in der fortschreitenden Zivilisation des Gegenorts des Sogens erlösten, mit dem die Zivilisation die Menschheit zu beglücken vorgibt. Die amerikanischen Missionare berichten, Papua'stämme inbezug zu haben, deren Leben noch ungleich einfacher verläuft, als das der Menschheit vor der Bronzezeit, da sie noch im unerschöpflichen Steinzeitalter leben. Sie haben keine anderen Waffen als den Bogen und die Steinaxt und verbringen zwischen ihren fruchtbaren Feldern ein patriarchalisches Leben, das vollständig idyllischen Charakter zeigt. Selbst die Elementarerbgriffe der Kriegskunst sind ihnen so fremd geblieben, daß ihre Dörfer auch nicht die Spur einer Verteidigung aufweisen. Wozu auch? Kriegerische Konflikte sind angesichts der sanften Sitten der Eingeborenen von vornherein vollständig ausgeschlossen. Die glücklichen Menschen scheinen wie Ueberlebende aus dem goldenen Zeitalter; aber gerade das Wort Gold dürfte ihnen verhängnisvoll werden. Holländische Forscher, die in das Land kamen, gingen sofort daran, den Boden nach Gold zu untersuchen, und sie haben schließlich auch das gelbe Metall gefunden, das so begehrt ist. Damit ist dem Glück der Papuas das Todesurteil gesprochen. Die hier noch dem verfluchten Gold ist von Jahrhunderten immer größer geworden, und Alibi'sche Fluch behält bis auf unsere Tage seine furchtbare Geltung in der Welt. Das werden die Papuas am eigenen Leibe erleben; denn das Gold ist das materielle Metall und stellt eine Waise dar, die furchtbarer ist als alle Werdwerkzeuge aus Stahl und Bronze.

Im 11. Konzert der Volkshöhe, das am Sonntag, den 8. Februar, mit 11 Uhr im Theater an D'Alampack stattfand, gaben die Volks- und Tanzaufführer im Sallam und italienischen Rahmen zur Einführung. Mitwirkende: Gerda von Reben, Sonora, Ida Barth zur Reben, Alt, Kammeränger Ludwig Deh, Tenor, Hans Vaterhaus-Jülich, Sopran, Solosängerinnen der Staatsoper, ein Kammerorchester von Mitgliedern der Staatsoper.

In den Kammerkonzerten muß die heute angelegte Aufführung von „Agnese“ wegen Erkrankung eines Hauptdarstellers ausfallen.

Vorrede. Am Zentralinstitut für Erziehung und Unterricht wird der Leiter des Erziehungsvereins Albert v. Mery am Sonntag 7 Uhr einen öffentlichen Vortrag mit Bildern halten. Eintritt 1 M. — An der Gesellschaft für Erdkunde wird Sonntag 7 Uhr im Rumpelwerk-museum Dr. A. Schen über: Sardinien, Lahn und Leine.

Bäume als geschichtliche Naturdenkmäler. Am Kampf gegen den immer mehr überhand nehmenden Baumtod hat der Revieramtspräsident in Anseel eine Reihe von Vorordnungen erlassen, durch die alleherwürdigen Bäume unter amtlichen Schutz gestellt werden.

Die Zukunft des Meteorologischen. Die Zahl der Meteorologischen, die genehmigt im Bau, beläuft sich auf 145 mit mehr als 1 Million Tonnen; außerdem werden 9 Volkspolizisten mit 144 000 t gebaut. Die meisten dieser Schiffe werden, wie in Welt, Heerde, Dänen berichtet wird, in Großbritannien hergestellt; nämlich 100; an zweiter Stelle steht Deutschland mit 26 Schiffen. Von den neuen Meteorologischen werden 54 unter britischer, 17 unter norwegischer, 13 unter deutscher und ebenfalls unter amerikanischer Flagge fahren.

# Der Etat des Reiches in Gold.

## Zehnprozentige Aufwertung.

Die 3. Steuernotverordnung scheint wirklich zu kommen.

Die Verwirklichung der dritten Steuernotverordnung schreitet weiter fort; sie begann, wie sich mancher vielleicht noch erinnern wird, Ende vorigen Jahres. Seitdem hat sie schrittweise zwanzig Städte durchlaufen. Das neueste, das der Wirklichkeit nahe zu kommen scheint, veröffentlicht wir in der Mittwoch-Abendausgabe. Inzwischen liegt auch eine offizielle Inhaltsangabe der dritten Steuernotverordnung vor, sie selbst hat den Weg zum Reichsrat, zum Fünfzehnerausschuß des Reichstages und zum Reichswirtschaftsrat schon angetreten. Die offizielle Inhaltsangabe der neuen Steuernotverordnung lautet:

Für Vermögensanlagen, d. h. insbesondere für Hypotheken und andere dingliche Lasten, für Schuldverschreibungen und andere Darlehensanprüche gegen private Schuldner ist grundsätzlich eine Aufwertung auf 10 Proz. des Goldwertes der Forderung vorgesehen. Besonders ungünstige Verhältnisse des Schuldners berechtigen ihn zu geringerer Aufwertung.

Eine Sonderregelung ist für Pfandbriefe vorgesehen, die den Ausschluß der Spekulationsgewinne und die Begünstigung von altem Besitz von Mündeln, gemeinnützigen Anstalten und Stiftungen sowie ähnlichen zu mündelicher Anlage gezwungenen Gläubigern vorsehen.

Für die Regelung von Ansprüchen aus Sparkastenguthaben und Lebensversicherungsverträgen gelten besondere Bestimmungen, die eine angemessene Verteilung der aufgewerteten Vermögensmassen sicherstellen.

Der zugelassenen Aufwertung dient ein besonders vereinfachtes Verfahren.

Für öffentliche Anleihen ist bis zur Abdeckung aller Reparationsverpflichtungen der Anspruch auf Kapital und Zins aufgehoben. Ob überhaupt und wann, in welchem Umfang und zu welchem Zeitpunkt Zinsen und Tilgungsdienst wieder aufgenommen werden sollen, wird in späterer Zeit durch besonderes Reichsgesetz geregelt.

Die Aufwertung gibt dem Gläubiger nur einen Teil des Goldwertes zurück, zwischen dem alten Goldmarkforderung und deren Papierwert. Gründe der Gerechtigkeit ebenso wie die des dringenden Finanzbedarfs von Reich, Ländern und Gemeinden zwingen dazu, den verbleibenden Geldwertverlust zu besteuern.

Obligationsgläubiger, die vor dem 31. Dezember ihre Obligationen getilgt haben, werden mit 12 Proz. des Goldmarkwertes der Schuldverschreibungen besteuert. Die Steuer ist grundsätzlich in Halbjahresraten von je 2 Proz. zu zahlen.

Die Besteuerung der Inflationsgewinne aus Krediten, aus der Ausgabe von Reichsgeld und aus öffentlichen Zuschüssen zum Bau von Wohngebäuden sowie schließlich der Geldwertverlustgewinne der Eigentümer bei befristetem unbebautem Grundbesitz wird vorbereitet. (Ist also in der Verordnung nicht enthalten. D. R.) Bei unbebautem Grundbesitz wird im Interesse der Sicherung der Volksernährung die erste Rate zeitlich hinausgeschoben.

In eingehender Weise ist die Besteuerung des Geldwertverlustgewinnes bei bebautem, insbesondere städtischem Grundbesitz im Anschluß an die Steigerung der Mieten geregelt. Diese Steuer soll, ebenso wie die von unbebautem Grundbesitz den Ländern vorbehalten bleiben, ihnen wird auch die Besteuerung der Geldwertverlustgewinne zugewiesen, die bei Holzverkäufen aus Forsten öffentlicher Körperschaften entstanden sind.

Neben diesen neuen Steuern, die die finanzielle Selbständigkeit der Länder und Gemeinden stärken, werden den Ländern durch neue Verteilung bestehender Steuerquellen

die erforderlichen Mittel zur Deckung ihrer dringendsten Haushaltsbedürfnisse zur Verfügung gestellt, insbesondere zur selbständigen Ausführung der Befolgungen.

Um die aus dem Aufwertungsverfahren sich ergebenden Bewertungsschwierigkeiten für die Steuern der nächsten Zeit auszuheben, ist besondere Bestimmungen über ihre Bewertung in der Steuerbilanz getroffen. Weiter bringt die Verordnung Vereinfachungen und Vereinfachungen des Besteuerungsverfahrens und des Steuerstreitverfahrens. Den Gemeinden ist auf den Gang des Verfahrens weitergehender Einfluß gewährt worden.

Schon aus den vorstehenden Mitteilungen ist ersichtlich, daß die neue Verordnung — wenn sie nicht noch gründliche Verbesserungen erfährt — ein riesenhaftes kompliziertes Steuerbündel mit langfristigen Zahlungspflichten darstellen wird. Dabei ist die Besteuerung der Inflationsgewinne aus Krediten, also die steuerliche Erfassung derjenigen, die auf dem Rücken der Reichsbank und damit des Volkes ihre Geldwertverlustgewinne gemacht haben, nicht mit erledigt. Das wird „vorbereitet“. Neben diesen grundlegenden Mängeln stimmt auch die in der Verordnung so ganz nebenbei enthaltene Auflösung der Finanzhoheit des Reiches bedenklich. Sobald der Entwurf der Verordnung wirklich vorliegt, wird dazu noch Entscheidendes zu sagen sein.

## Gegen Achtstundentag und Friedensvertrag.

Uebereinstimmung deutscher und französischer Unternehmer

Genf, 30. Januar. (Co.) Die gestrige Sitzung des Verwaltungsrates des Internationalen Arbeitsamtes hat einen unerwarteten Verlauf genommen. Wie bereits gemeldet, hatte die Arbeitergruppe einen Resolutionsentwurf eingebracht, wonach der Direktor beauftragt wurde, seine Bemühungen fortzusetzen, die Ratifizierung des Achtstundentag-Uebereinkommens durch die verschiedenen Regierungen zu erzielen. Die Besprechung dieser Resolution war auf morgen vertagt worden. Zu Beginn der Verhandlungen nahm der französische Industrielle Pinot Stellung zu der Resolution und bemerkte, daß der Hauptgrund dafür, daß die Arbeitergruppe einen solchen Antrag stellte, an der Entwicklung der Dinge in Deutschland läge. Er habe zu erklären, daß sie darauf hinausgehe, daß Deutschland durch Verlängerung der Arbeitszeit einen ernsthaften Versuch mache, seine Reparationsverpflichtungen zu erfüllen, um dadurch endlich den Weg zum wirtschaftlichen Frieden zu eröffnen, den die Welt immer noch erwarte, trotzdem der militärische Frieden schon seit Jahren geschlossen sei. Er werde Deutschland nicht hindern, diesen Weg zu beschreiten und sei der Ansicht, daß auch das Internationale Arbeitsamt keinen Anstoß habe, Deutschland zu bestimmen, an dem Achtstundentag festzuhalten und dadurch die Lösung der Reparationsfrage aufs neue hinauszu schieben.

Der Vertreter der deutschen Regierung, Dr. Feig, und der deutsche Arbeitervertreter Vogel leiteten im Anschluß an die Ausführungen Pinots dar, daß Deutschland keine andere Möglichkeit habe, sich wirtschaftlich wieder aufzurichten und Reparationen zu leisten, als durch Mehrarbeit. Dr. Feig betonte dabei aber den dringenden Wunsch der Reichsregierung, der auch in einer neuen Verordnung zum Ausdruck gebracht worden sei, den Grundlag des Achtstundentages ausreicht zu erhalten. Er sei mit Pinot darin einig, daß die Reparationsfrage einer endgültigen Lösung bedürfe. Deutschland brauche mehr als andere Länder Wirtschaftsfrieden und wirtschaftliche Freiheit. Wenn dieses Ziel erreicht sei, würde es auch

Die interalliierte Sachverständigenkommission hat bereits am Mittwoch ihre Beratungen in den Räumen des Reichswirtschaftsministeriums begonnen. Die Reichsregierung hat für diese Beratungen eine umfangreiche Denkschrift zusammengestellt, die Material für das Studium von Deutschlands Wirtschaft, Währung und Finanzen enthält.

Besonders reichhaltiges Material enthält die Denkschrift über den Haushalt des Reiches und seine Finanzentwicklung.

Mit der vorläufigen Stabilisierung der Mark seit Mitte November 1923 ist eine erhebliche Besserung in den Reichsfinanzen eingetreten. Sie ist ersichtlich aus der folgenden Zusammenstellung, die die Zeit vom 20. November 1923 bis zum 10. Januar 1924 enthält:

	Perioden vom				
	21.-30. 11. 1923	1.-10. 12. 1923	11.-20. 12. 1923	21.-30. 12. 1923	1.-10. 1. 1924
	(Zahltag)	(Zahltag)	(Zahltag)	(Zahltag)	(Zahltag)
Einzahlungen	15,1	32,8	42,9	88,8	99,9
Auszahlungen	258,7	170,9	165,7	153,7	63,9
+ Uebertrag	- 243,6	- 147,1	- 122,8	- 64,9	+ 36,0

Wenn auch das in der ersten Januardekade 1924 erzielte Ergebnis infolge besonderer Umstände den allgemeinen Zustand der Reichsfinanzen zu günstig darstellt, so ist doch die Schlussfolgerung berechtigt, daß bereits die Herstellung stabiler Währungsverhältnisse überaus günstig auf die Reichsfinanzen gewirkt hat. Der Zuschußbedarf, der in der letzten Rosenberdekade noch täglich 30 Millionen Goldmark betrug, ist in der letzten Dezemberdekade auf knapp 11 Millionen Goldmark zurückgegangen. Der Gesamtzuschußbedarf für die Zeit vom 16. November bis zum 31. Dezember 1923 betrug 670 Millionen Goldmark. Er ist gedeckt worden durch die Kredite des Reiches bei der Rentenbank.

Von entscheidender Bedeutung für die Frage, ob die mit der Schaffung der Rentenbank begonnene Zwischenslösung zu einer dauernden Stabilisierung der deutschen Währung führen wird, ist die

### Gestaltung der Finanzen des Reiches im Etatsjahr 1924.

Die oben erwähnte Denkschrift liefert zur Beurteilung dieser Frage einen wertvollen Beitrag. Sie enthält nämlich die folgende vorläufige Uebersicht über den Goldetat des Reiches für das Rechnungsjahr 1924. (1. April 1924 bis Ende März 1925.)

Einnahmen	in Mill. Goldm.	Ausgaben	in Mill. Goldm.
<b>I. Allgemeine Reichsverwaltung.</b>			
<b>A. Ordentlicher Haushalt.</b>			
1. Besitz- und Verkehrssteuer	4 004	1. Verzinsung u. Tilgung der Reichsschuld	156
2. Röhre und Verbrauchssteuer	1 000	2. Kriegschadigenfürs., Militär- u. Kriegsbeför.	810
3. Verwaltungseinnahmen	60	3. Meer und Marine	450
		4. Volkswirtschaftl. u. soziale	208
		5. Wirtschaftl. u. Kulturzwecke	28
		6. Erwerbslosenfürsorge	500
		7. Sozialpolitische Ausgaben	300
		8. Finanzverwaltung und Steuererhebung	350
		9. U.S.A. Verwaltungsausg. außer den vorerwähnten	250
		10. Steuerüberweisung an die Länder u. Gemeinden	1 800
<b>A. Se. d. ordentl. Einnahmen</b>	<b>5 124</b>	<b>A. Se. d. ordentl. Ausgaben</b>	<b>4 942</b>
<b>B. Außerordentlicher Haushalt.</b>			
1. Gewinne aus der Währungsdrückung	80	1. Für Kriegschadigen u. Verlethene u. Kriegsfolgen	6
2. Sonstige Einnahmen	40	2. Öffentliche Renten	44
		3. Abwidlg. d. Kriegsausg.	20
		4. Abwidlg. der Ruhrzusa.	0
<b>B. Se. d. außerord. Einnahme</b>	<b>120</b>	<b>B. Se. d. außerord. Ausgaben</b>	<b>110</b>
<b>Summe I (A + B)</b>	<b>5 244</b>	<b>Summe I (A + B)</b>	<b>5 052</b>

wieder zu normalen Arbeitsbedingungen zurückkehren können. Bleibe aber Deutschland in Hessein, so werde nicht nur die Sozialpolitik Deutschlands, sondern die aller Länder schweren Schaden erleiden.

Der deutsche, französische und englische Arbeitnehmervertreter streiten im weiteren Verlauf der Debatte, daß die Verlängerung der Arbeitszeit die Produktion und Reparationsfähigkeit heben könnte. Der deutsche Arbeitnehmervertreter Velpart erklärte sich dabei ebenfalls ausdrücklich zu Reparationen bereit, forderte aber, daß sie nicht ausschließlich auf den Arbeitern lasten dürfen.

Die englische Regierungsvortreterin, Genoffin Bondfield, stellte mit, daß die neue englische Regierung in der Frage des Achtstundentages eine andere Politik als die frühere Regierung eingeschlossen werde, vermeide es aber, eine bestimmte Erklärung über die Ratifizierung des Abkommens zu geben. Sie bezeichnete das Reparationsproblem als ein dringliches Problem, welches die englische Regierung ernsthaft beschäftigt.

Nach einem Schlußwort des Direktors des Internationalen Arbeitsamtes wurde ein Vermittlungsantrag des italienischen Regierungsvortreters Michells angenommen, der ohne besondere Erwähnung des Washingtoner Abkommens über den Achtstundentag die Verwaltungsrat auffordert, die Ratifizierung aller internationalen Abkommen anzustreben.

Herr Pinot, Generalsekretär des Comité des Forges, der Organisation der französischen Schwerindustrie, erklärte damit ausdrücklich nicht nur seine Solidarität mit den deutsch-nationalen Scharmachern im Unternehmertum, sondern seinen Gegensatz zum Friedensvertrag, der im Teil XVIII Abschnitt II ausdrücklich den Achtstundentag „überall da, wo er noch nicht erreicht ist“, als erstrebenswertes Ziel ausstellt. Wenn Herr Pinot ihn in Deutschland abschaffen will, dann allerdings nicht so sehr, weil er dadurch Reparationen erhofft, sondern weil er ihn auch in Frankreich beseitigt wissen will.

## Macdonalds Außenpolitik.

Personalwechsel im Auswärtigen Amt.

London, 30. Januar. (Eigener Drahtbericht.) Im Zusammenhang mit dem Briefwechsel zwischen Macdonald und Boineau wird hier von der Möglichkeit einer besügigen Zusammenkunft zwischen den beiden Ministerpräsidenten gesprochen. Allerdings dürfte eine solche keinesfalls vor dem Zusammenritt des Unterhauses stattfinden.

In gemächlich gut unterrichteten journalistischen Kreisen werden über die am Montag abgehaltene zweite Kabinettsitzung der neuen Regierung Einzelheiten verbreitet, die wir zwar unter Vorbehalt wiedergeben, die jedoch im allgemeinen der Wahrheit entsprechen dürften. Danach hat Macdonald eine längere Rede

## II. Ausführung des Vertrages von Versailles.

1. Reparations-Veranschlag.	52
2. Ausgleichsverfahren	6
3. Belegungskosten	300
4. Rheinlandkommission	34
5. Andere interalliierte Kommissionen einchl. d. Reparationskommission.	19
6. Reparationen, Substitutionen und Entschädigungen	10
7. Innere Ausg. aus Anl. d. Durchf. d. Vertr. v. Vers.	160
<b>Summe II</b>	<b>640</b>

Demnach ergibt sich folgender Abschluß:

Kategorien	in Millionen Goldmark
I. Allgemeine Reichsverwaltung	5072
II. Ausführung des Vertrages von Versailles	640
<b>Summe der Ausgaben I und II</b>	<b>5712</b>
<b>Einnahmen</b>	<b>5254</b>
<b>Fehlbetrag</b>	<b>458</b>

Da sich die wirtschaftlichen Verhältnisse und die Finanzlage des Reiches noch im Zustand des Ueberganges befinden, so können selbstverständlich die vorstehenden Zahlen nur als vorläufige Schätzungen gelten und nur unter allem Vorbehalt gewertet werden.

Die Schätzung der Einnahmen geht davon aus, daß die Wirtschaftseinheit im besetzten und unbesetzten Gebiet im vollen Umfang wiederhergestellt wird, daß die Verwaltungs- und Steuerhoheit des Reiches und der beteiligten Länder in den besetzten Gebieten wieder besteht und daß die nach den allgemeinen Reichs- und Landesgesetzen dort zu erhebenden Ausgaben den öffentlichen Reichs- und Landeskosten zuliegen.

Bei Fortdauer des gegenwärtigen Zustandes würden die Einnahmen rund 900 Millionen Goldmark weniger erbringen, als der Vorschlag angibt.

Bei den Schätzungen ist ferner berücksichtigt, daß für die Dauer des Rechnungsjahres 1924 noch mit

einer beträchtlichen Arbeitslosigkeit und mit einer entsprechenden Einschränkung der Gütererzeugung gerechnet werden muß.

Die Ausgaben für den unmittelbaren Reichsbedarf sind so knapp bemessen, daß sie unter dem tatsächlichen Bedarf bleiben. Die Bezüge der Beamten sind weit unter der Höhe der Friedensbezüge veranschlagt, Aufwendungen für wirtschaftliche und kulturelle Zwecke sind nahezu ganz unberücksichtigt geblieben.

Nur durch die weitgehenden Einschränkungen wird bei dem Etat der allgemeinen Reichsverwaltung ein Ueberschuß von rund 200 Millionen Goldmark errechnet. Er verwanbelt sich sofort in einen Fehlbetrag, wenn die ebenfalls außerordentlich knapp bemessenen Ausgaben zur Ausführung des Vertrages von Versailles hinzukommen. Dann bleibt

ein Fehlbetrag von 438 Millionen Goldmark.

für den vor allem die unproduktiven Belegungskosten, die 300 Millionen ausmachen, verantwortlich sind. Nicht berücksichtigt sind die Budgets von Post und Eisenbahn.

Der Etatvorschlag zeigt, wie dringend die Lösung der Reparationsfrage ist. Davon hängt vor allem die Fähigkeit Deutschlands ab, im Innern und im Ausland Kredite zu finden. Diese sind nötig, um zu einer wirklichen Ordnung des Budgets in der Uebergangszeit zu kommen, ohne mörderische Proffellung der Löhne und Gehälter und ohne Vernachlässigung der dringendsten Kulturaufgaben. Die Aufnahme von Krediten bietet aber auch die einzige Möglichkeit, Reparationszahlungen zu leisten, ohne sofort das Gleichgewicht im Budget und damit die Stabilität der Währung zu gefährden. Hier liegt die Aufgabe der internationalen Sachverständigen ein, der dann die politischen Entschlüsse folgen müssen.

gehalten, in der er die Methoden der alten Diplomatie scharf kritisiert und einen radikalen Wechsel ankündigt. Er soll insbesondere mit großer Erbitterung die Politik Lord Curzons angegriffen haben, der sich Frankreich gegenüber weniger durch das Interesse der Nation als durch Motive persönlicher Eitelkeit habe bestimmen lassen. Die Taktik der fortgesetzten Einschüchterungsversuche Frankreich gegenüber wäre verkehrt gewesen und, obwohl die gesamte französische Politik höchst todeswert gewesen sei, hätte man seinerzeit den Fehler vermeiden sollen, die in Versailles gemachten Versprechungen militärischer Garantien einfach zurückzunehmen. Macdonald soll des weiteren ausgesprochen haben, daß

keine Sympathien der fämmerlichen Lage des deutschen Volkes gelten, daß er aber das deutsche Volk nicht mit dem gegenwärtigen Regierungssystem Deutschlands verwechselte,

das nicht auf der Demokratie beruhe, sondern auf der Tyrannei von Stinnes und der anderen Schwerindustriellen Magnaten.

Der Personalwechsel im Auswärtigen Amt ist bereits im Gange. Die bisherige rechte Hand Curzons, Robert Bonfille, hat einen sechsmonatigen Urlaub angetreten, nach welchem er wahrscheinlich einen Posten im Ausland erhalten wird. Ferner geht das Gerücht um, daß der maßgebende Beamte des permanenten Stabes im Auswärtigen Amt, Sir William Tyrrell, dessen Sympathien für Frankreich allgemein bekannt sind, ebenfalls auf einen Zustandsposten abgeschoben werden wird. Endlich wird ein weiterer maßgebender hoher Beamter des Amtes, Sir Eyre Crowe, vermutlich in den Ruhestand treten. Der neue parlamentarische Unterstaatssekretär im Auswärtigen Amt, Ponsonby, der selbst Berufsdiplomat ist und den internen Betrieb der Zentrale aus eigener Erfahrung kennt, soll erklärt haben, daß er selbst die Leitung des politischen Beamtenapparats zu übernehmen gedenke.

London, 30. Januar. (W.B.) Wie Reuter erfährt, nehmen die Unterhaltungen über die Beziehungen Englands zu Rußland ihren Fortgang. Inoffiziell sei gegenwärtig von der Entsendung einer Mission nach Rußland nicht die Rede.

Als Mitglied des Reichsrats tritt an Stelle des verstorbenen Bürgermeisters Ritter der Berliner Stadtrat Genosse Wähnen Schünung ein.

Dänen leben — die Deutschnationalen. Auf ihren Antrag beschloß ein Landtagsausschuß eine Erhöhung der Dänen für die Staatsratsmitglieder, an dem gleichen Tage, an dem die Deutschnationalen die Grundsteuer für Preußen verweigerten.

Faschistische Heidenlaten. Eine Wählerversammlung, die die Faschisten in Genua einberufen hatten, wurde von Faschisten gesprengt. Obwohl nur geladene Gäste teilnehmen durften, gelang es einer Gruppe von Faschisten, in den Saal zu gelangen. Als Abgeordneter Gonzales mit seiner Frau erschien, ließen die Faschisten über sie mit Knäpeln her. Beide, sowie eine Reihe anderer Teilnehmer wurden schwer verwundet.

# Gewerkschaftsbewegung

## Notwendige Einigung der Beamtenschaft.

Die im Oktober 1923 zwischen Deutschen Beamtenbund (DDB) und Allgemeinem Deutschen Beamtenbund (ADB) begonnenen Einigungsverhandlungen sind ohne Erfolg in der zweiten Dezemberhälfte zu Ende gegangen. Freigewerkschaftliche und „neutrale“ Spitzenorganisationen stehen — sehr zum Schaden der Beamtenschaft — in Kampferstellung einander gegenüber. Kein politisch denkender Beamter wird diesen Zustand für wünschenswert halten. Soll er verschwinden, gibt es nur den Weg über die Mitglieder.

Schon einmal — etwa um die gleiche Zeit des Vorjahres — waren Annäherungsversuche unternommen worden, die ebenfalls ergebnislos verliefen. Damals standen die verschiedenen Auffassungen in den beamtenpolitischen Grundfragen des Beamtenrechts, der Beamtenschaft und der Wirtschaftspolitik neben der angeblich für den DDB unlöslichen Organisationsfrage als Hindernisse einer Einigung entgegen. Diesmal konnte der Eindruck entstehen, als sei die Harmonie der Auffassungen in den beamtenrechtlichen, befähigungs- und wirtschaftspolitischen Fragen erreicht, nur die Organisationsfrage blieb auch jetzt ungeklärt. Die Frage nämlich, ob die Beamten als Arbeitnehmer und Verbraucher in der Lage wären, ohne organisatorische Verbindung mit den Gewerkschaften der übrigen Arbeitnehmer die Wirtschaftspolitik erfolgreich zu beeinflussen. Diese Frage ist für den DDB bereits gelöst worden. Er steht seit dem 27. März 1923 im organisatorischen Vertragsverhältnis zum ADB und AFA-Bund. Der DDB hingegen lehnt jede vertragliche Bindung ab; wenn er sie aber schon einginge, dann nur „mit allen“. In Wirklichkeit hat der DDB seine während der Verhandlungen am 23. November 1923 ausgesprochene Absicht, sich „mit allen“, das heißt mit Gewerkschaftsring und dem christlichen Gesamtbund ins Benehmen setzen zu wollen, gar nicht erst auszuführen unternommen. In der Schlussverhandlung vom 7. Dezember ließ er erklären, daß eine Fühlungnahme mit den letztgenannten Gewerkschaften für unzumutbar gehalten werde und auch nicht faktisch geboten erscheine, da man doch auf eine Ablage frohen würde. Diese ausweichende Erklärung reißt sich wieder an die ebenfalls am 7. Dezember von einem prominenten DDB-Vertreter erfolgte Renonziierung des zwischen DDB, AFA und ADB abgeschlossenen Organisationsvertrages als „Rehen Papier“.

Es erübrigt sich an dieser Stelle die oft genug zu Loge getretenen Gegenläufe zwischen Bundesleitung und nicht geringen Teilen der Mitgliedschaft des DDB (Kolizei, Gemeindebeamten und Lehrern) in der Frage des Abschlusses eines Organisationsvertrages mit den sozial gleich gerichteten Arbeitnehmerorganisationen zu besprechen. Es wird Sache der beiden Spitzenverbände sein, mittels Aufklärung die Entscheidung der Mitglieder herbeizuführen.

Es genügt nicht, immer wieder zu betonen, daß man die Einigung „nach wie vor mit panzer Herzen“ erstrebe. Diesem Befähigungsstand muß endlich durch Einsetzung nächsterm Bestandesarbeit ein Ende bereitet werden. Wer, wie der DDB, dem Grundgedanken zustimmt, daß „in der Wirtschaft das Allgemeininteresse stets den Privatinteressen voranzustellen ist“, bekennt sich zu einem Wirtschaftssystem (Wirtschaftssozialismus), das im Gegensatz steht zur kapitalistischen Profitwirtschaft — oder er bekennt sich aus tatsächlichen Gründen zu obiger Formulierung ohne den Willen, aus der Theorie die Praxis zu formen. Dann mag er die Abstimmung mit der Frontstellung „Wiedervereinigung oder Organisationsvertrag“ veranlassen. Aber alle, die aus ihrer Wirtschaftsauffassung auch die Konsequenzen für die Praxis zu ziehen bereit sind, werden eine Wiedervereinigung nur „unter der Voraussetzung“ wünschen können, daß die neue einheitliche Spitzenorganisation mit dem ADB und dem AFA-Bund zur Wahrung der gemeinsamen wirtschaftlichen und sozialen Interessen aller Arbeitnehmer und zur höchsten Steigerung ihrer organisatorischen Kraft und ihres Einflusses im Wirtschaftsleben ein Abkommen trifft, in dem der Grundgedanke der parteipolitischen und religiösen Neutralität anerkannt und die Selbständigkeit der Beamtenschaft voll gewahrt wird. Das war die DDB-Formulierung der Frontstellung der Abstimmung, die der DDB als „völlig unzustufbar“ ablehnte. Die Gewerkschaften, die sich zum Wirtschaftssozialismus bekennen, sind ADB und AFA-Bund. Durch seine vorstehend wiedergegebene Erklärung vom 7. Dezember v. J. hat der DDB selbst eingestanden, daß die Fühlungnahme mit anderen Arbeitnehmerorganisationen doch nur eine Absage ergeben würde. Trotzdem lehnte die Leitung des DDB, es ab, wenigstens im Rahmen des Möglichen, die Beamtenschaft durch Einlieferung in die allgemeine Arbeitnehmerfront stark zu machen. Sie lehnt ab mit der Begründung: für die Mitglieder ist dieser Zustand nicht tragbar. Hat die jetzige Bundesleitung unter den überhaupt seit Jahresfrist wesentlich veränderten Wirtschaftsverhältnissen schon einmal den ernsthaften Versuch unternommen, die Mitglieder über die Notwendigkeit des Abschlusses eines Organisationsvertrages mit den sozial gleichgerichteten Arbeitnehmerorganisationen aufzuklären? Sie kann es nicht, weil sie selber nicht an diese Notwendigkeit glaubt. Sie meint, es genüge, wenn man „von Fall zu Fall“ mit Arbeitern und Anstellten zusammengeht; jene Arbeitnehmerkreise oder denken anders. Sie sind nicht gewöhnt, Gewerkschaftsarbeit als irgendeine eigenständige Spielerei zu treiben. Sie wissen nur zu gut, daß Gewerkschaftsfragen für sie Lebensfragen sind, und darum sehen sie in dem mit dem ADB abgeschlossenen Organisationsvertrag mehr als einen „Rehen Papier“. Alle die für den freien Arbeitnehmer brennend gewordenen Frauen kehren wieder, wenn auch in anderen Formen, beim Beamten. Ruft nicht die Verteilung der sozialen Rechte, der Kampf um Mitbestimmungsrecht, Achtstundentag und Lohnfrage Arbeiter, Angestellte und Beamte unter der gleichen Einstellung: hier Kapital

— dort Arbeit, auf den Plan? Zwischen diesen Fronten wagt der Kampf, in den auch die Beamten unter dem Druck einer nicht zu ihren Gunsten verlaufenden Wirtschaftsentwicklung hineingerissen worden sind. Es gibt nur ein Mittel, sich zunächst wenigstens in der eigenen Verteidigungsstellung zu halten: die Abwehr. Sie fordert Kämpfe nach wohlüberdachtem Plan und Schulter an Schulter mit denen, die in der gleichen Verteidigungsstellung sich zu behaupten haben: Arbeiter und Angestellte.

## Öffentliche Protest-Versammlung

am Freitag, den 1. Februar, abends 7 1/2 Uhr, im gr. Saal der Brauerei Königstadt, Schönhauser Allee 10/11 Tagesordnung:

Gegen den Ausnahmezustand, gegen die Schutzhafschande in Sachsen und Thüringen.

Referenten: Die Reichstagsabgeordneten Crispian u. Rechtsanwalt Dr. Kurt Rosenfeld. Der Bezirksvorstand.

## Machtstückel der Unternehmer.

Das Reichsarbeitsministerium beugt sich ihm.

Die ausgesperrten Musikinstrumentenarbeiter nahmen in einer Riesensammlung in der Schultheißbrauerei, Hofenfelde, gestern einen Bericht des Branchenleiters Dorn über den Stand der Bewegung entgegen.

An Hand eines Unternehmerflugblattes gab Redner den Vorkommnisse eine Darstellung der Vorgänge, die zur Auslieferung in der gesamten Industrie führten und die aus unseren bisherigen Berichten über die Bewegung bekannt ist. Dorn bezeichnete das Flugblatt als einen Entschuldigungszeitel des Unternehmerverbandes an seine Mitglieder für die Schäden, die ihnen durch die Aussperrung zugefügt werden.

Der vom Schlichter Wiffell wiederholt angelegten Verhandlungen sind die Arbeitgeber ferngeblieben. Sie begründeten ihr Fernbleiben stets damit, daß ihnen die Person des Schlichters keine Gewähr für Unparteilichkeit biete. Diesen Standpunkt gaben sie im erwähnten Flugblatt auch schriftlich zum besten. Am Donnerstag voriger Woche sollte ein Schiedsgericht, wiederum in Abwesenheit der Unternehmer, einen Schiedsspruch, der in der Spitze einen Lohn von 62 Pf. vorsehe und im weiteren den Forderungen der Aussperrten nahekomme. In einer Vornachrichtigung an die Arbeitgeberorganisation teilte der Holzarbeiterverband seine Zustimmung zum Spruch mit. Inzwischen lud Gewerbetreibende Körner aus eigener Initiative die streikenden Parteien zu unverbindlichen Besprechungen ein, die aber ergebnislos verliefen, da die Arbeitgeber wiederum die Arbeitszeitverlängerung zur Sprache brachten. Körner schlug vor, die Parteien sollten sich dem Spruch eines neuen Schiedsgerichts mit drei Unparteilichen fügen. Die Vertreter der Aussperrten lehnten auch diesen Vorschlag ab, da sie erst die Verhandlungen bei der beantragten Verbindlichkeitsklärung abwarten wollten. In dieser Verhandlung möchte Regierungsrat Mewes einen Vermittlungsvorschlag, der aber auch von den Arbeitgebern sofort abgelehnt wurde. Bis zum Dienstag sollte die Stellung des Arbeitsministers zur Verbindlichkeitsklärung dem Holzarbeiterverband mitgeteilt werden.

Bis, der sich um eine Antwort im Ministerium bemüht hatte, gab nunmehr bekannt, daß man sich schenbar um eine grundsätzliche Entscheidung über den Schiedsspruch vorbereiten will. Man schlug vielmehr vor, die Aussperrten sollten sich doch einem neuen Schiedsgericht unterwerfen, das gleichzeitig auch über die Arbeitszeitforderungen der Unternehmer entscheiden soll. Die Angelegenheit ist bis zur Stunde noch nicht entschieden.

In der Diskussion sprachen sich alle Redner dafür aus, auf der Verbindlichkeitsklärung zu bestehen. Eine Verlängerung der Arbeitszeit komme für die ausgesperrten Musikinstrumentenarbeiter überhaupt nicht in Frage, da nicht wegen der Arbeitszeit, sondern wegen eines Lohnstreiks der Kampf entbrannt ist. Im übrigen wurde der Streikleitung das unbedingte Vertrauen ausgesprochen.

## Abstimmung in der Batterieindustrie.

In der Batterie- und Elementenindustrie schwebt ein Lohnstreik seit Ende vorigen Jahres. Demals schon wollten die Arbeitgeber einen Lohnabbau vornehmen. Dem Einspruch der Organisationen setzten sie ein Diktat gegenüber, das die Angehörigen der Branche unter Protest hinnahmen. Neuerliche Verhandlungen führten zu folgendem Schiedsspruch:

Arbeitszeitfrage: Entsprechend den wirtschaftlichen Bedürfnissen des Betriebes können für den Betrieb oder Gruppen von Arbeitnehmern vom Arbeitgeber Ueberstunden bis zu einer Stunde pro Tag angeordnet werden. Die Notwendigkeit der Verlängerung der regelmäßigen Arbeitszeit ist der gesetzlichen Betriebsvertretung möglichst rechtzeitig mitzuteilen. Ueberstunden, die hierüber hinaus verlangt werden, bedürfen der Zustimmung der gesetzlichen Betriebsvertretung. Kommt eine Verständigung nicht zustande, so ist eine Entscheidung gemäß § 14 des Rahmenvertrages herbeizuführen. Hinsichtlich der Bezahlung bleibt es bei dieser Ueberstunde bei den Bestimmungen des § 1 des Rahmenvertrages. Für die erste Ueberstunde erhält der Arbeitnehmer den Tariflohn. Lohnregelung: Ab 23. Dezember 1923 erhalten männliche Arbeiter von 16—17 Jahren 20 Pf., von 17—18 Jahren 21 Pf.,

von 18—21 Jahren 23 Pf., über 21 Jahre 25 Pf., Arbeiter 31 Pf., Arbeiter 35 Pf.; weibliche Arbeiter von 16—17 Jahren 14 Pf., von 17—18 Jahren 17 Pf., über 18 Jahre 20 Pf., Arbeiterinnen, Arbeiterinnen 28 Pf., Arbeiterinnen, Arbeiterinnen 36 Pf. für die Stunde.

Eine gut besuchte Versammlung der in der Industrie beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen nahm gestern abend Stellung dazu. Die Anwesenden waren besonders über die Verlängerung der Arbeitszeit äußerst ungehalten. In der Industrie liegt dazu um so weniger Veranlassung vor, als erst vor kurzem die Unternehmer beim Demo die Zustimmung zur Entlassung von etwa 50 Proz. ihrer Belegschaften beantragten. Es wird aber auch hier das von den Arbeitgeber-Spitzenverbänden diktierte Vorgehen gegen den achtstündigen Arbeitstag mitgemacht. Auch die Löhne wurden mit Rücksicht auf die schmutzige und gesundheitsgefährliche Arbeit als völlig unzureichend bezeichnet.

Bei der Abstimmung wurde der Schiedsspruch abgelehnt. gleichzeitig aber beschlossen, in Anbetracht der Bedeutung der Angelegenheit in den Betrieben heute vormittag eine Urabstimmung vorzunehmen. Die Resultate müssen bis heute mittag im Bureau des DDB resp. des Fabrikarbeiterverbandes abgegeben sein.

## Der Kampf in Rheinland-Westfalen.

Essen, 30. Januar. (Eigener Drahtbericht.) Eine Bezirkskonferenz des Deutschen Metallarbeiterverbandes kam am Dienstag nach eingehender sachlicher Beratung zu folgendem Entschluß: „Ausgehend von der Tatsache, daß der Deutsche Metallarbeiterverband zurzeit allein den Kampf um den Achtstundentag gegen das Unternehmertum und die Christlichen und Hirsch-Dunckerischen Gewerkschaften nicht führen kann, ist es der Konferenz nicht möglich, den ihr zugehörigen Mitgliedern die Fortsetzung des unter schwierigen Verhältnissen geführten Widerstandes zu empfehlen. Das ist keine Anerkennung des Berliner Verhandlungsergebnisses, sondern eine erzwungene Unterordnung. Die Konferenz beschließt zu gegebener Zeit den rücksichtslosen Kampf um den Achtstundentag erneut aufzunehmen. Den Lösselkollegen, die den Widerstand weiter fortführen wird weitestgehende moralische und finanzielle Unterstützung zugesichert.“

Bochum, 30. Januar. (Eigener Drahtbericht.) Auf der Gemeindefabrik in Eberfeld und Barmen sind am Mittwoch auch die Gemeindefabrik von Hagen, Halpe, Grovelberg, Schwelm und Hohenlimburg in den Streik getreten. Die Ursache des Streiks liegt in ungenügender Entlohnung und willkürlicher Verlängerung der Arbeitszeit.

Für die Metallindustrie des Hagen Bezirks wurde im Hagen ein Schiedsspruch gefällt nach dem die Arbeitszeit 48 Stunden betragen sollte; daneben waren aber 7 Ueberstunden vorgelesen. Trotzdem erhoben die Unternehmer Protest und verlangten zwei weitere Ueberstunden. Die Arbeiter lehnten das ab.

Bauarbeiter! Die Rohrleger befinden sich im Streik. Nur die mit einer Arbeiterberechtigungslizenz versehene Kollege haben Rohrlegerarbeiten auszuführen. Wir erlauben alle Bauarbeiter streng darauf zu achten, daß Streikarbeit in den Betrieben nicht verrichtet wird! Deutscher Metallarbeiterverband.

Zentralverband der Angestellten, Carl-Liebknecht-Platz, Mitteldeutscher Platz, Berlin, 30. Januar. 1/2 Uhr im Kesselhof, Kesselhofstr. 11/12. Gasse haben nach.

Wichtig, Zimmer! Die nächste Bezirksführerkonferenz findet am Freitag, abends 7 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Saal 3, statt. Außerdem werden hiermit alle Funktionäre sowie die Betriebsräte gebeten, am den Arbeitstagen erst für die am kommenden, den 2., aber Sonntag, den 3. Februar, in allen Betrieben stattfindenden Bezirksversammlungen zu agieren. Neben wichtigen organisatorischen Fragen soll es Stellung zu nehmen zur „Wichtigkeits- und zum Schiedsspruch des Reichslohnkomitees vom 28. Januar. Der Vorstand.

Arbeitslose Quadranten! Freitag, nachmittags 1 Uhr, Versammlung der Arbeitslosen im Gewerkschaftshaus, Saal 4.

Wichtig, Betriebsräte in der Metallindustrie! Die Betriebsräte-Hilfsstelle Nr. 1 des Jahres 1924 ist erschienen und kann im Verbandsbüro des DDB, Zimmer 3, abgeholt werden. Die Hilfsstelle wird nach wie vor an die Betriebsräte unentgeltlich abgegeben. Die Signatur der Mitgliedsliste an Ortssektionen findet am Freitag, den 1. Februar 1924, nicht statt.

# Bären-Stiefel

## Inventur-Verkauf

vom 28. Januar Unglaublich billig! Einige Beispiele:

Tourenstiefel	..... M.	6.25
Haferische (handwiegend)	..... M.	13.20
Hohe Schnürstiefel (60 cm hoher Schaft)	..... M.	18.50
Skistiefel (handwiegend)	..... M.	23.00
Bergsteiger (handwiegend)	..... M.	23.00

Keine anderen Modelle ebenfalls enorm herabgesetzt! Nur schnelles Kommen sichert billigen Einkauf!

Hans Bähr Der Inventurverkauf findet nur statt: Spittelmarkt 7 (vor der Brücke) und Kommandantenstraße 87

# HERMANN Tietz BILLIGE Lebensmittel

Verkauf sowohl Vorrat.

Haferflocken	16 Pf.	Corned beef	55 Pf.
Auszugmehl	17 Pf.	Rochen geräuchert, Pfd.	40 Pf.
Tafelreis	18 Pf.	Makrelstückl.	45 Pf.
Erbsen	19 Pf.	Rotbars geräuch., Pfd.	60 Pf.
Malzkaffee	19 Pf.	Schellfisch geräuch., Pfd.	60 Pf.
Makkaroni	33 Pf.	Heringe	5, 7, 9 Pf.
Kunsthonig	40 Pf.	Anchovis	55 Pf.
Backobst	85 Pf.	Sardinen	2, 40
Milch	45 Pf.	Würstchen	30 Pf.

Leipziger Strasse

### Frisches Fleisch

Alexanderplatz

Hammelvorderfleisch	..... Pfund	64 Pf.
Hammelkeulen	..... Pfund	80 Pf.
Kalbskamm	..... Pfund	60 Pf.
Kalbskeule	..... Pfund	84 Pf.
Kassler	..... Pfund	1,05
Prima Ochsentfleisch	gefroren, Pfund	50 Pf.
Ochschmorfleisch	gefroren ohne Knochen, gefroren Pfund	60 Pf.

Preis ohne Flasche

Verkauf sowohl Vorrat.

Rinderfett	..... Pfund	50 Pf.
Tafelmargarine	..... Pfund	50 Pf.
Kokosfett	..... Pfund	62 Pf.
Schweineschmalz	..... Pfund	74 Pf.
Camembert	..... Pfund	20 Pf.
Quadratkäse	..... Pfund	50 Pf.
Limburger Käse	..... Pfund	75 Pf.
Tilsiter Käse	..... Pfund	70 Pf.
Harzer Käse	..... Pfund	1,20
Rotwurst	..... Pfund	65 Pf.
Landleberw.	..... Pfund	65 Pf.
Sülzwurst	..... Pfund	85 Pf.
Mettwurst	..... Pfund	1,35
Bauernmettw.	..... Pfund	1,10
Jagdwurst	..... Pfund	1,20
Speck	..... Pfund	85 Pf.
Landspeck	..... Pfund	1,30
Boiled beef	..... Pfund	2,80

Ruckles Spelerling	75 Pf.	1922er Edenköhener	1,00	1921er Oberhaardt Mai	1,60	1921er Edigerer Eizogberg	3,25	1921er Montagne	85 Pf.	Roter Johannisbeerwein	1,50
Ap. el Wein	10	empfehlenwerter Bockwein	10	1/2 Fl.	10 Pf.	Spätlese, reissiger Tafelwein	10	Natur- Rotwein	10	1/2 Fl.	10
1/2 Liter-Flasche	7,00	1/2 Fl.	9,00	vorangl. Tischwein	15,00	1/2 Fl.	30,00	1/2 Fl.	12,50	1/2 Fl.	14,00

# WEISSE WOCHE Beginn: Montag, den 4. Febr. Vorverkauf: Sonnabend, den 2. Februar

# Die Güldenammer im roten Haus.

Das Rathaus in der Königstraße beherbergt seit einiger Zeit eine Stätte, an der täglich Silber und Gold zusammenkommt. Manchmal ist es ein dünnes schmales Rinnsal, manchmal aber auch ein stark fließender Bach, der sich in diese Stätte neuen kommunalen Wirkens ergießt. Es ist die städtische Gold- und Silberankaufsstelle, die ihr Heim in zwei Räumen des Erdgeschosses hat und sie täglich von 9—12, Sonnabends hingegen nur von 9—11 dem Publikum geöffnet hält. Die Einrichtung soll dazu dienen, den in Rot geratenen Bevölkerungsschichten, die freiwillig oder gezwungen sich ihres Wertbesitzes entäußern wollen, eine Stätte zu schaffen, wo ihnen ohne die Befürchtung der Lieberverleitung durch amüßlich geprüfte Schächer — es sind zwei Herren nötig — der wirkliche Preis angefragt wird. Wer also goldene oder silberne Gegenstände verkaufen will, der möge sich mit einer gültigen Begitimation versehen (Paß, Mietvertrag) und den Weg zur Ankaufsstelle im roten Haus getroffen antreten. Hier bekommt er zunächst eine Nummer. Wenn sie aufgerufen wird, tritt der Betreffende an den Tisch, wo ihm eine der Helferinnen zunächst gegen eine genaue Quittung die Sachen abnimmt. Sie wandern dann in das andere Zimmer, wo die vereideten Schächer amfieren, die die Sachen genau und sorgfältig prüfen und den Wert angeben. Nummern kommt die Helferin mit den Sachen und der Wertangabe zurück und der Verkäufer braucht sich jetzt erst entscheiden, ob er seine Sachen für den angegebenen Preis hergeben will. Mag er es nicht, so bekommt er sie onstandlos wieder zurück. Gibt er sie her, so bekommt er eine Anweisung auf die Stadtkasse, die den Betrag wertbeständig auszahlt. Das scheint ein Verfahren umständlich zu sein, und es wäre wohl ganz gut, wenn das Geld gleich an Ort und Stelle ausgezahlt werden könnte.

## Was wird gebracht?

Was wird nun in diese moderne Güldenammer gebracht? Nun, alle erdenklichen Dinge, angefangen von silbernen alten Fünftlingspennig- und Einmarkstücken, Talern, Fünftmarkstücken, ausländischen Silber- und Goldmünzen, Medaillen, Ringen, zerbrochenen silbernen Tee- und Suppentöpfen, Illigantarbeiten und Schmuckstücken, fort bis zu ganz schweren goldenen Ringen, Armbändern, Ketten, Uhren, Schmuckstücken, zum Teil mit Steinen und Perlen verziert. Da über den Wert, d. h. den Gold- oder Silbergehalt eines Gegenstandes, der Stempel, mit dem er versehen sein muß, Auskunft gibt, so mag das an dieser Stelle einmal mitgeteilt und erklärt werden. „Fein“ ist der technische Ausdruck für rein. Gold muß wegen seiner Weichheit mit anderen Metallen verarbeitet werden, die es fester und haltbarer machen, also mit Silber oder Kupfer. Die Feinstellung des Feingehalts deutet an, wieviel Teile Reingold auf 1000 Gesamtteile enthalten sind. Früher rechnete man bei Gold noch Karat und bei Silber nach Lot, und auf alten Gegenständen, besonders auf Silber findet man auch diese Bezeichnungen noch heute. Die Karateinheit betrug 24, die Loteneinheit 16. Hat also heute ein alter zerbrochener silberner Kessel die Bezeichnung 12 Lot, so bedeutet das, daß er 12 von 16 Teilen Reinsilber enthält, d. h. also nach der modernen Rechnung 750 von 1000 Teilen oder zu drei Vierteln besteht er aus reinem Silber und zu ein Viertel aus fremden Zusätzen. Ein derartiger Gegenstand ist also hochwertig. Angenommen, ein silberner 12 Lot gestempelter Kessel wiegt insgesamt 40 Gramm, so sind davon 30 Gramm Feinsilber, das nach dem entsprechenden Tageskurs bezahlt werden muß. Die alten Goldstempelungen weisen einen 8 bzw. 14 bzw. 18 bzw. 22karätigen Goldgehalt nach, während die moderne Stempelung in derselben Reihenfolge und Wertung 333 bzw. 585 bzw. 750 bzw. 900 aufweist, d. h. in dem betreffenden Gegenstand sind 333 oder 585 Teile reines Gold enthalten. Ein alter 14kar. gestempelter Trauring weist einen Goldgehalt von 14 von 24 Gesamtteilen auf, was nach moderner Rechnung 583 von 1000 Teilen entsprechen würde. Eine Klappdeckeluhre, die den Stempel 333 trägt, besteht also nur aus einem Drittel Feingold und zwei Dritteln Kupfer oder ähnlichen Zusätzen. Eine mit 750 gestempelte Uhr besteht aber aus drei Vierteln Feingold und nur einem Viertel Kupfer. Das feinste prachtwollste Gold war das hierreichliche Dukaten- und Zweiseckelgold, das zu 950 Teilen aus reinem Gold bestand, und die Zweiseckelstücke liefen früher ganz einfach solche Dukaten und fertigten daraus ihre Dukaten-Trauringe. Die heutige Bezeichnung nach dem sogenannten metrischen System, d. h. nach Tausendteilen, macht auch

für den Laien das Erkennen des wahren Wertes eines Gegenstandes leicht. Das ist besonders bei Trauringen wichtig, deren innerer Reif angegeben muß, welchen Goldgehalt der Ring hat. Weißt der Ring diese Zahl nicht auf, so darf der Laie annehmen, daß der Ring nur verguldet ist. Je höher die Zahl, desto besser der Goldgehalt, desto wertvoller der Ring. Goldene Uhren müssen außer der Zahl auch das Goldzeichen, einen feinen Kreis und darin eine Krone, aufweisen.

## Dublec, Talmi, Tombak.

Dublec heißt nicht etwa, wie manchmal vermutet wird, doppelt stark, sondern einfach Plattierung. Es gibt Silber- und Golddublec, Gegenstände, die aus unedlem Metall bestehen und mit dünnen Gold- oder Silberplättchen belegt und mit dem unedlen Gegenstand so eng verbunden sind, daß sie — wenigstens für den Laien — ein untrennbares Ganzes bilden. Dublec-Uhren, -Ringe, -Manchettenknöpfe bedeuten also Dinge, die aussehen wie echt, es aber nicht sind. Immerhin dauert die Plattierung ziemlich lange, so lange nämlich, bis die Plattierung abgemittelt ist, und das kann immerhin viele Jahre dauern. Diese Gegenstände sind aber nicht wertbeständig und können allerdings niemals verkauft oder verpfändet werden. Talmigold ist überhaupt kein Gold, sondern ein Messing aus Kupfer und Zinn von goldähnlicher Farbe und wird mit einem Hauch Gold überzogen. Vor Jahrzehnten war auch das Tombak sehr bekannt. Es enthält nicht einmal einen Hauch Gold, sondern besteht nur aus Kupfer und Zinn, eine Legierung, die allerdings goldähnliche Farbe erhält. Doch kehren wir nach dieser beschreibenden Unterbrechung wieder zu unserer Güldenammer im Rathaus zurück.

Da ist z. B. ein Herr, der drei dicke breite Ringe abliefern. Die Dinger sehen ungeschicklich plump und prächtig aus und stammen aus der schönen Friedenszeit, in der es keine „Reurichten“, wohl aber Schwerterdiener gab. Eine schwere goldene Panzeruhrfette kommt dazu; sie sieht aus, als ob sie berufen war, den linken Bauch des Trägers nur ja recht sicher und fest an das geliebte Diesseits zu ketten. Hinüber kommt ein Mütterchen, das eine alte silberne Uhr bringt. Nüchtern starrt sie die freundliche Helferin an. Als ihr der Preis genannt wird, stellt sie ihr Gesicht auf. Es ist mehr, als sie gehofft hat. Andere nieder, sind höchst unzufrieden, denn sie haben geglaubt, schweres geliebtes Gold in Händen zu haben und nun erweist es sich in den Händen der Schächer keineswegs als echtes Gold. Mäher diese Souffler folgt hier dem für immer entschwindenden Gut, manche Träne, die letzte von tausend demüßlich geäußerten, fällt auf ein liebes, erinnerungsschweres Stück. Das aber ist das schöne — dieser Stätte, daß kein hartherziger Käufer hinter dem Schragen steht, der überlegt, wie er die weiche Stimmung des unglücklichen Verkäufers ausnützt, sondern es sind warme mitfühlende Frauen und Mädchen, die sich der Notenden und Verzagten annehmen, ihnen raten und helfen, sie in Rosenfüßen sogar an richtige Fürsorgestellen weiterweisen.

Die Stadt behält zunächst die erworbenen Schätze, die ja nicht ihren Wert verlieren. Es gibt Tage, an denen 30—40 Personen kommen und 12 000—15 000 Goldmark ausgezahlt werden. Es kommen also respektable Summen zusammen und man kann angesichts dieser Summen und dieser Tatsachen ein leises Gefühl der Bewunderung darüber nicht unterdrücken, daß der Stadtkämmerer nicht schon vor Jahren, als der große Gold-, Silber- und Wertgegenstände-Aussverkauf auch der Berliner Bevölkerung durch die vielen wilden Goldankaufsstellen einsetzte, nicht auf den Gedanken gekommen ist, eine solche gemeinnützige Verkaufsstätte einzurichten.

## 20 Milliarden Eisenbahnscheine gestohlen.

Ein Diebstahl auf der Gedscheinevernichtungsstelle der Reichseisenbahn beschuldigt die Kriminalpolizei. Verhaftet wurden ein Lieberwächungsbeamter Willi S. und ein früherer Schlosser G. Die Gedscheine, die von den verschiedenen Stellen ausgerufen und aus dem Verkehr gezogen werden, werden einer Vernichtungsstelle übergeben, wie sie sich die Eisenbahnverwaltung für ihre Scheine auf dem Bahnhof Wilmannsberg eingerichtet hat. Hier werden die aus dem Verkehr kommenden Gedscheine der Reichseisenbahn unter besonderer Vorsichtsmäßigkeit gesammelt und unter Aufsicht von Lieberwächungsbeamten und Oberbeamten vernichtet. Die Ermittlungen

ergeben, daß S. mit 3 Paketen, die zusammen für 20 Milliarden 20-Billionen-Scheine enthalten, unvorsichtige Manipulationen ausgeführt und sich zu diesem Zweck mit dem Schlosser G. in Verbindung gesetzt hat, der ihm dabei behilflich gewesen sein soll. Die Leugnung noch zunächst.

## Gesetzliche Untermiete.

### Die neue Regelung ab 1. Februar.

Das Städtische Zentralamt für Wohnungsmieten teilt nach dem preussische Minister für Volkswohlfahrt durch seine Anordnungen vom 12., 17. und 28. Januar die Zuschläge zur Grundmiete für ganz Preußen einheitlich geregelt hat, hatten die Gemeinden nur noch die Möglichkeit, Hundertsätze für die gesetzliche Untermiete festzusetzen. Der Magistrat hat sich daher in seiner gestrigen Sitzung im wesentlichen auch nur mit dieser Regelung befaßt.

Die gesetzliche Miete für untervermietete Räume berechnet sich ab Februar in der Weise, daß zunächst die Miete festzustellen ist, die der Untervermieter unter Zugrundelegung der gesetzlichen Miete stellt, für den leeren Raum zu zahlen hat. Zu diesen Mieten tritt ein Zuschlag, der nicht nur wie bisher für die Ueberlassung und Abnutzung von Einrichtungsgegenständen, Wäsche, Gardinen, Geschirre usw. gezahlt wird, sondern auch jetzt die Säuberung der Mieträume und Reinigung der Bettwäsche und Gardinen mit umfaßt. Der Zuschlag wird nach der auf den leeren Raum entfallenden Friedensmiete berechnet und ist in Goldmark zu zahlen. Er darf folgende Hundertsätze nicht übersteigen: bei einfach möblierten Zimmern und Wohnungen 60 v. H., bei bürgerlich möblierten Zimmern und Wohnungen 80 v. H., bei elegant möblierten Zimmern und Wohnungen 220 v. H., für die Lieferung von Kaffee- und Tee, Heizung, Beleuchtung usw. für Bedienung, Bad und Telefonbenutzung und dergl. sind die ortsüblichen Preise zu zahlen. Hat beispielsweise die Miete für einen leeren Wohnraum in Friedenszeit 20 M. betragen, so beträgt der Anteil der gesetzlichen Miete, den der Untervermieter jetzt zu zahlen hat, 26 Proz. von 20 M. = 5,20 M. Bei einem bürgerlich möblierten Zimmer würde zu diesen 5,20 M. noch ein Zuschlag von 80 Proz. = 4,16 M. hinzukommen. Der Inhaber dieses möblierten Zimmers hat also am 1. Februar 21,20 M. für den Monat Februar zu bezahlen.

Darauf hinzuweisen ist noch, daß entsprechend dem neuesten Erlass des Volkswohlfahrtsministers vom 23. Januar für Geschäftszwecke und Industriezwecke die Umlage der Löhne der Hausangestellten auf die Inhaber der gewerblich zu Bureau-, Geschäfts- oder ähnlichen Zwecken benutzten Räume beibehalten worden ist. Dafür wird in diesen Häusern der Verwaltungskostenzuschlag um 2 v. H. gekürzt, also auf 3 v. H. festgesetzt. Zur Klarstellung ist die gesamte Mietenregelung für Berlin in einer Sonderausgabe des Gemeindefestblattes, das am 31. Januar erscheint, zusammengestellt worden. Die Neuregelung tritt mit dem 1. Februar 1924 in Kraft.

## Die Müllbeseitigungsgebühr.

Die für Februar zu zahlende Müllbeseitigungsgebühr beträgt für 1000 Mark des Gebäudeverwertungswertes eine Goldmark. Der Gebäudeverwertungswert ist aus der im November 1923 aufgestellten Veranlagung ersichtlich. — Die hiernach für den ganzen Monat Februar 1924 berechneten Beträge sind in der Zeit vom 1. bis 7. Februar 1924 zu zahlen. Bei Zahlung in Papiermark ist der Geldbetrag nach dem jeweiligen Satz für Reichssteuern und Zölle umzurechnen. Jedoch gilt für alle Zahlungen in der Zeit vom 1. bis 7. Februar 1924 der am 1. Februar 1924 geltende Umrechnungssatz. Zahlung an alle Steuerklassen, mit Ausnahme der drei Klassen des Bezirks Mitte, an die Kasse des Stadtfuhrparkes, Berlin C. 2, Burgstr. 1, auf das Postkontokonto 43 724 und Girokonto 410 bei der Girozentrale der Stadt Berlin zugunsten des Stadtfuhrparkes Bankkontos können nur angenommen werden, wenn sie auf Rechenmark lauten. Durch Post eingeschickte Bankchecks werden sonst auf Kosten des Einfinders an ihn zurückgeschickt. Fälligkeit: 7. Februar 1924. Nach Ablauf dieses Termins tritt auf Kosten des Gebührenpflichtigen das Mahn- bzw. Zwangseinziehungsverfahren ein. Besondere Veranlagung und Abholung der Gebühren findet nicht statt. Die Veranlagung ist bei jeder Zahlung vorzulegen.

## Der Zusammenbruch des Ärztestreiks.

Die Vorstände und Geschäftsführer des Verbandes der Ortskrankenkassen Berlins und des Verbandes der Betriebskrankenkassen Berlins nahmen gestern in

# Der Bürger.

Von Leonhard Frank.

Auch bei Jürgen war Seidel gewesen. Jürgen hatte ihm vorgeplagt, er solle mit ihm zusammen einen Bund der Empörer gründen. Seidel hatte geantwortet, dazu sei er nicht dumm genug. Und der Rektor hatte Seidel geantwortet, einem derart unbescheidenen Menschen, der aus Unzufriedenheit leichtfertig sein Blut verherzt habe, noch einmal eine Stelle zu verschaffen, müsse er prinzipiell ablehnen.

Einige Monate war Seidel bei dem Bankier Wagner in der Buchhaltung beschäftigt gewesen. Aber auch in diesem großen Bankhause waren die Wege zu den jäh verteidigten einträglichen Posten zwanzig Jahre lang und führten, gezogen mit dem Lineal, zwischen unübersteigbar hohen Mauern durch.

Seidel hatte bald erkannt, daß hier alle Angestellten nicht nur unangreifbar gewissenhaft, sondern ausnahmslos auch fünf wie die Kreisel waren; daß es Hochmeters hier überhaupt nicht gab; und daß niemand Bankangestellter werden und bleiben durfte, der Bankier werden wollte.

Der schwindelnde Briefträger und seine Frau waren gestorben, die vier jüngeren Geschwister in das Waisenhaus gebracht worden.

Die neue Mietpartei war schon eingezogen in das Hofzimmer, in dem Seidel sein ganzes Leben vom Tage der Geburt an in immer gleicher Armut verbracht hatte. Es war ihm erlaubt worden, die altersschwachen Möbel so lange in der Holzlage einzustellen, bis er einen Altwarenhändler fand, der auch den armseligsten Gegenstand nicht für ganz wertlos hielt.

Den nach Begleichung der letzten Vierteljahrmiete und der Schulden beim Kolonialwarenhändler und Pächter von dem Erlöse der Wohnungseinrichtung übergebenen winzigen Rest des Geldes in der Tasche, das Herz kalt vor Energie und zielbewusster Willenskraft, von Behmut, Feigheit und schwächlichen Ueberlegungen nicht gebremmt, verlieh Leo Seidel um acht Uhr früh für immer seiner Jugend sinkenden Hof, in dem nie etwas schön gewesen war, außer einem Büffel Schwanz, der, kümmerlich und jäh, jedes Jahr in der gepflasterten Ecke gelübt hatte. Seidels Herz hatte ihn niemals zu den gelben Blüten ge-

führt; es war, jenseits von Gefühlsüberschwang, ein gehoramt arbeitender Muskel und wurde vom Gehirn regiert, das Selbst zum Träger eines zielklaren Willens machte.

Losgeschnitten von der Vergangenheit, vor sich das Obdachlosenheim, stand er blank auf der Straße, völlig auf sich selbst gestellt.

Herabgesunkener Morgennebel, der nur die Dächer der zwei nächsten Häuser links und rechts von Seidel freiließ, hatte die Straße, die wenigen Passanten und alle Geräusche verschlungen. Seidel stand grau in grau. Und er erklärte sich selbst, weshalb für ihn Grund zum Jammern nicht vorhanden sei: Er habe Zeit, sei jung und gesund und bereit, rücksichtslos seinem Ziele entgegenzugehen.

Um dieses Zieles Inhalt und Ausmaß einwandfrei abzustaken, sondierte er vorstellungsträchtig die Idee eines Friseurgehilfen, der darauf spekuliert, in das Geschäft einer Friseurin mitzutreten mit dem Ziele, die Witwe zu heiraten und Geschäftsinhaber zu werden; einen jungen Handlungsgehilfen ließ er mit der reizlosen Tochter des Chefs zum Standesamt gehen und ihn in einem dunklen, duffgeschwängerten Laden ein warmes Drogistenglück bis zum Tode genießen. Unbelasteten Gemütes folgte Seidel, daß auch er in irgendeinem Geschäft eintreten und sich im Laufe der Zeit ein auskömmliches Dasein in bescheidenen Grenzen erarbeiten könnte.

Er trennte sich von dem Ziele des Friseurgehilfen, vom Drogisten, und wandte sich seiner Laufbahn zu, die zwar noch kleiner und unsicherer als die eines Drogistengehilfen begänne, aber Läden und Spalten und Menschen habe, durch die er durchzukämpfen zu können hoffe, worauf die Laufbahn in Form einer Spirale unter jäh zu überwindenden Schwierigkeiten offer Art ansteigen und in der Berliner Börse enden werde. Dann breitete sich das Leben aus: Jedes Wort des Finanziers Leo Seidel hat Gewicht; eine von ihm verweigerter Unterschrift verurteilt Verleumdung und Katastrophen in den Bankhäusern Seidels Augen schlossen sich halb. Er flüchelte: „Aus eigener Kraft! Keiner meiner Mitschüler wird sich mit mir vergleichen können; sie alle werden hinter mir zurückbleiben, obwohl sie gebnete Wege vorfinden.“

Er befand sich auf dem Wege zum dem Platz, wo die Schaubudengerüste aufgestellt werden für den am folgenden Tage beginnenden großen Jahrmarsch. Er dachte, gegen die hier beschäftigten verkommenen Existenzen werde ein gewisserhafter Reiz ganz besonders scharf abstoßen und, über sie

hinweg, bei einem Schaubuden- oder Karussellbesitzer schnell zu einer Vertrauensstellung gelangen können. Außerdem sei er hier nicht, wie der Droschfengaul, zwischen zwei Deichsteinen gepannt, da allerlei Möglichkeiten, auszubrechen, sich ergeben würden.

Seine kantige, gewaltig breite Stirn bildete zusammen mit dem sehr spitzen Kinn ein betnahe gleichwinkliges Dreieck. Das Dreieck war mit alten Sommerprossen dicht besetzt. Aber auch in bezug auf seine Streberei hatte er in der Schule den Spitznamen „Sprosse“ bekommen. „Von Sprosse zu Sprosse“.

Burschen in verblühten Sweaters, die Zigarette hinter dem Ohr, rissen Pflastersteine heraus, hockten, in Morgennebel gehüllt, auf den Gerüsten, nagelten, schrien, schraubten die Holzteile fest. Alles fügte sich wie immer ineinander.

Hier ist durch Fleiß und vor allem durch Gewissenhaftigkeit sicher mehr zu erreichen als in einem Magistratsbureau, dachte Seidel und fing vor dem grünen Wagen den Schiffschaufelbesitzer ab, zog den Hut. „Verzeihung, ich möchte fragen, ob Sie noch eine Hilfskraft bei Ihrem Unternehmen brauchen.“

Verdutzt sah der Mann den solid gekleideten jungen Herrn an, die saubere Wäsche. „Ach verstehe nicht recht. Ich brauche zwar noch zwei Adjunkte zur Bedienung von vier Schiffen... Aber Sie? Was wollen Sie?“

„Ich leiste jede Arbeit, die Sie verlangen... Was ist das: Adjunkte?“

„So heißen die Burschen bei den Schiffschaufeln... Zwei sind vorgestern eingestreckt worden. Acht Wochen Gefängnis! Hatten wieder geklaut. Aber schon bevor sie bei mir waren“, legte er schnell hinzu.

„Demnach können Sie mich also brauchen?“

Der Mann hoch abwendend beide Hände in Kopfhöhe: „Freunden... haben Sie Papiere? Waren Sie schon einmal bei so was? ... Zuerst müssen Sie mir einmal nachweisen, daß Sie nicht von der Polizei gesucht werden... Und vor allem möchte ich wissen, weshalb Sie von der Polizei gesucht werden.“

Da reichte Seidel dem Manne sein Abiturientenzeugnis und das Entlassungszeugnis vom Stadtmagistrat, das den Vermerk über Seidels Tüchtigkeit, Fleiß und Gewissenhaftigkeit enthielt.

Der Mann wunderte sich nicht. Ihm waren während seiner vierzigjährigen Jahrmarschtätigkeit schon alle möglichen Existenzen untergekommen. (Fortsetzung folgt.)

einer stark besuchten Versammlung einen Bericht des Verbandsdirektors Wendig über den Stand des Arztstreits entgegen. Daß der Streik zusammengebrochen ist, haben die Ärzte selber mit ihrem Angebot der Arbeitsaufnahme zugestimmt. Zwar möchte man die Niederlage als „Sieg“ der Ärzteorganisation hinstellen, aber der Preis des unter großem Aufwand harter Worte eingeleiteten Kampfes war die Zurücknahme der Regierungsverordnung vom 30. Oktober 1923 — und das haben sie nicht erreicht.

Nach der Rechtsauffassung des Reichsarbeitsministeriums sollen die Kassen das Angebot der Ärzte annehmen, aber es sind daran Bedingungen geknüpft, die bisher den streikenden Ärzten von ihren Berufskollegen verschwiegen worden sind. Die zu den Kassen zurückkehrenden Ärzte müssen alle Maßnahmen, die inzwischen von den Kassen zur Regelung der ärztlichen Versorgung getroffen worden sind, gegen sich gelten lassen und werden sogar zur Kostendeckung herangezogen. Wollen die Ärzte der Wirtschaftlichen Abteilung (W.A.) des Groß-Berliner Ärzteverbandes wieder für die Krankenkassen arbeiten, so können die Kassen von dem Jahrespauschale (wie im „Vorwärts“ bereits mitgeteilt wurde) die Kosten der Ambulatorien, die Gehälter der darin tätigen Ärzte und Hilfspersonen, die Vergütung für alle inwärtigen verträglich angestellten und in der freien Praxis tätigen Ärzte abziehen. Die alten Verträge mit der bisherigen Ärzteorganisation sind nach dem Vertragsbruch der Ärzte erloschen, den mit dem Berliner Kassenratverein bereits geschlossenen neuen Vertrag müssen die im Streik unterlegenen Ärzte gelten lassen. Diese Bedingungen nicht bekanntzugeben, haben die Gegner der Krankenkassen alle Ursache, aber die Krankenkassen haben durch ein Flugblatt die Ärzte darüber aufgeklärt. Den Krankenkassen liegt gar nichts an einem neuen Vertrag mit dem Groß-Berliner Ärzteverband; sie sind mit dem Berliner Kassenratverein darin einig, daß ein anderes Arztwahlgesetz erreicht werden muß. Sie haben aber formell dem Ärztebund auf das Angebot der Arbeitsaufnahme mit einem Schreiben geantwortet, das die oben angeführten Bedingungen aufzählt. Der Referent erinnert an die Kampfesweise, die man im Laufe der streikenden Ärzte für zulässig gehalten habe. So mancher Arzt habe durch ungewöhnlich hohe Honorarforderungen, die von der Kasse erlegt werden mußten, die Kassenfinanzen geschädigt. Er erwähnte, daß ein Arzt nach der Behandlung seines eigenen Hausnarrs sieben Konsultationen, sieben Tapsbesuche und einen nachts hindurch dauernden Besuche, die für die Kassen tätig waren, seinen beschränkten und durch Schrottrupp mit Gummitruppen bedroht worden. In die Kassenverträge seien Zuschriften von Werben gelangt, die ihrem Kerer in unzulässigen Beschimpfungen Luft machten. Wendig schloß mit der Erklärung, daß die Kassen nie wieder freiwillig mit der W.A. des Ärzteverbandes zu einem Abkommen schließen würden. In der Kusurade wurde es berichtet, daß im Berliner Kassenratverein sich Ärzte aufgenommen haben, die das Interesse der Beruflichen wahren. Einstimmig wurde folgende Entscheidung angenommen:

Die verammelten circa 2000 Krankenkassen-Vorstandsmitglieder beider Verbände nehmen Kenntnis von dem Rechtsstandpunkt des Reichsarbeitsministeriums. Sie sind im Geistes zu diesem Standpunkt, daß das Berliner Abkommen hier keine Anwendung finden kann, weil es bisher für Berlin nicht geltend war. Sie werden auch dafür Sorge tragen, daß die ordentlichen Gerichte in die Lage kommen, die Rechtsgrundlagen nachzuprüfen. Daß die W.A. des Ärzteverbandes verpflichtet ist die den Krankenkassen erwachsenen Mehrausgaben für Krathonarate, Kosten für die Ambulatorien, Gehälter der angestellten Ärzte usw. zu erhalten, ist nach dem Vertragsbruch der Ärzte selbstverständlich. Die Kassenverträge nehmen davon Kenntnis, daß auch nach Ansicht des Reichsarbeitsministeriums die alten Verträge erloschen sind und neue Verträge mit anderen ärztlichen Organisationen auf der Basis der beschränkten freien Arztwahl nach Maßgabe der Verordnung vom 30. Oktober 1923 abzuschließen werden können. Die Verammelten beauftragen die Verbandsorgane, mit allen Mitteln dafür zu sorgen, daß ein den berechtigten Interessen der Beruflichen und der Krankenkassen entsprechender Vertrag abgeschlossen wird.

### Zwölf Tage tot in der Wohnung gelegen.

Ein intensiver Geruch, der sich von Tag zu Tag steigerte, veranlaßte gestern nachmittags die Bewohner des Hauses Schönberger Straße 23, die Wohnung des 67 Jahre alten Wiederbändlers Louis Gschwandtner zu verlassen. Man fand ihn, tot im Bette liegend,

vor. Die Leiche war schon stark in Verwesung übergegangen und dürfte bereits etwa zwölf Tage in der Wohnung gelegen haben. Der alte Mann ist wahrscheinlich einem Schlaganfall erlegen. Der Verfall ist ein neuer Beweis dafür, daß man nirgends so einsam und verlassen leben kann wie in einer Belohnung, in der sich einer um den andern nicht kümmert.

### Arbeiterbildungsschule Groß-Berlin.

In den nächsten Tagen beginnen noch folgende Kurse: Freitag, den 1. Februar, abends 7 Uhr, im Gelangsaal der Sophienschule, Weinmeisterstr. 16/17, für den 1. Kreis und die angrenzenden Bezirke; Montag, den 4. Februar, abends 7 Uhr, im Hofal von Ost Nachfolger, Inhaber Will. Schöneberg, Martin-Luther-Str. 68, gegenüber dem neuen Rathaus, für Schöneberg, Wilmersdorf und benachbarte Bezirke; Freitag, den 8. Februar, abends 7 Uhr, im Zentraljugendheim, Lindenstr. 3, für den 6. Kreis und die angrenzenden Bezirke; Freitag, den 8. Februar, abends 7 Uhr, in der Knaben-Mittelschule Neukölln, Donaustr. 120/122, für den Kreis Neukölln und die angrenzenden Bezirke. Als Lehrer sind gewonnen die Genossen Breuer, Horlich, Rutiner, Dr. Bohmann und Heinrich Schulz. Die Hörgeld beträgt pro Teilnehmer und Abend einschließlich Lokalaufschlag 15 Goldpfennig. Die Kurse umfassen insgesamt sechs Abende. Der Beitrag für alle sechs Abende zusammen in Höhe von 90 — neunzig — Goldpfennig ist am ersten Abend zu entrichten. Hörfahrten für alle Berechtigten sind zu haben im Bezirksbildungsausschuß, bei allen Abteilungsleitern und den Mitgliedern der Kreisbildungsausschüsse und vor Beginn jedes Kurses am Eingang zum Vortragssaal.

In einer öffentlichen Versammlung in Steglitz sprach Genosse Sonderleiter Röhren über „Goldmiete und Steuergesetzgebung“. Die Versammlung stellte sich reiflich hinter das Referat und nahm eine Entschließung an, in der die Partei anfordert wird, für die Verteidigung der öffentlichen Bewirtschaftung des Wohnungswesens und eine gesunde Wohnungspolitik einzutreten.

### Der Stand des Sechstagerrennens.

#### Die zweite Nacht.

Bis um 2 Uhr nachmittags waren 524,520 km zurückgelegt. Während der Nachmittagszeit war das Haus nur schwach besucht. Um 3 Uhr findet dann die dritte Wertung statt. Als die Startglocke erklingt übernimmt der Liebhaber des Publikums, Richard Hufschke, die Führung. Häusler gewinnt zusehends an Boden, wird aber bald wieder von Hufschke abgelöst. Wapfling wird hahn munter, zieht auf und davon und gewinnt den ersten Spurt. Hufschke folgt dicht auf. Dann kommen Lehmer und Salchow. Im zweiten Spurt steigt Golle vor Kohl, Lorenz und Kruppat. Das Feld im dritten Spurt führt wieder Hufschke. Hahn dringt vor und scheint den Sieg sicher zu haben, aber kurz vor Schluss wird er ihm von Bauer abgenommen. Den vierten Spurt gewinnt Stellbrint leicht vor Schrefel, Kruppat und Wittig. Der fünfte Spurt bringt den Sieg Salchow vor Hahn, Lehmer und Schrage. Der Stand nach der dritten Wertung ist nunmehr folgender: Erster Lorenz-Salchow 39, Bauer-Kruppat 32, Hufschke-Kohl 24 und Schrage-Golle 22 Punkte. Zurückgelegt waren 558,480 km.

#### Die Zehn-Uhr-Wertung.

In den Abendstunden fällt sich denn das Haus wieder allmählich bis auf den letzten Platz. Zwei Glöckenschläge erklingen — die Zehn-Uhr-Wertung beginnt. Manthes führt schneidig vor Hufschke. Vier Kunden vor Beendigung des ersten Spurts schiebt sich Hahn vor, und wird von Bauer eifrig verfolgt, der sich wiederum alle Mühe gibt, den Platz Hahns einzunehmen. Doch muß er als zweiter hinter Hahn das Ziel passieren. Dem Valentin Herz ist es im zweiten Spurt vergönnt, den Sieg vor Golle und Lorenz einzustrecken. Der dritte Spurt ist wiederum ein Gewinn Hufschkes vor Schrefel, Stellbrint und Schrage. Im vierten Spurt belegt den ersten Platz Reinas vor Kruppat, Häusler und Kohl. Und endlich der fünfte Spurt bringt Salchow vor Bauer, Wittig und Schrage durchs Ziel. Kurz vor Beendigung des fünften Spurts, und zwar in der letzten Runde, ereignete sich ein schwerer Sturz, wovon Schrefel, Kohl und Hahn betroffen wurden. Das Rennen wurde daraufhin neutralisiert. Der Stand des Sechstagerrennens nach der Zehn-Uhr-Wertung ist nunmehr der folgende: Erster: Salchow-Lorenz 48, Zweiter: Bauer-Kruppat 41, Dritter: Hufschke-Kohl 36, Viertes: Schrage-Golle 27 Punkte. Nach der 25. Stunde (10-Uhr-Abendwertung) waren zurückgelegt 709,575 km.

Einem Jugendpflegelehrgang veranstaltet der Duischausschuß für Jugendpflege Prenzlauer Berg im Monat Februar. Der Lehrgang wird am Freitag, den 1. Februar, mit einem Vortrag des Genossen Stadtrat Dr. Friedländer über: Jugendbewegung, Jugendpflege, Fürsorgeerziehung, Wohlfahrtspflege eröffnet. Die übrigen Vorträge: „Die Jugend im Arbeitsrecht“, Referent: Ministerialrat Dr. Schindler; „Jugend und sexuelle Probleme“, Dr. Gray; „Erziehung zum Kunstverständnis“, Dr. Krätzel; „Lebenswerte des Spiels“, Viktor Jahn werden am Freitag, den 8., 15., 22. und 29. Februar gehalten. Alle Vorträge finden im Ritterstübchen, Danziger Straße 83 E (Barade) abends 8 Uhr statt. Teilnahmegebühr 25 Pf. für den Einzelvortrag 10 Pf. Die Vorträge verdienen über den Rahmen des Bezirksbudgets zu werden.

Bezirksbildungsausschuß Groß-Berlin. Sonntag, den 3. Februar, 3 Uhr nachm., im Neuen Theater am Ros. De Vollung auf Segen, ein Stück von Hermann Hejermann, in bester Besetzung. Publikum pro Karte 50 Goldpfennig. Karten sind noch zu haben im Bureau des Bezirksbildungsausschusses, Lindenstr. 3, 2. Etg. — Montag, den 4. Febr., 5 Uhr nachmittags, Sitzung des feinen Bildungsausschusses.

### Groß-Berliner Parteinachrichten.

**Achtung, Arbeiter!** Der Bezirksvorstand hat in seiner Sitzung vom 26. Januar 1924 folgende Beschlüsse gefaßt:

1. Vom 1. Februar 1924 an sind für das Duplikat einer Mitgliedskarte ein Wochenbeitrag der männlichen Mitglieder und für ein Mitgliedsbuch zwei Wochenbeiträge der Männer von den Mitgliedern zu entrichten.
2. Vom 4. Quartal 1923/24 an beträgt der Preis der Monatsmarke 10 Goldpfennig 5 Goldpfennig = 50 Millionen.
3. Das Eintrittsgeld ist nach wie vor für Männer und Frauen verschieden und beträgt je einen Wochenbeitrag.

J. A. Nieg Pagels.

1. Kreis Mittl., Donnerstag, den 21. Januar, 7 1/2 Uhr, Sitzung des engeren Kreisvorstandes bei Reichsrat, Frau Friedländer, 108.
2. 7., 8., 14., 15. und 19. Kreis. Vorstandsvorstand Freitag, den 1. Februar, 7 1/2 Uhr, wichtige Besprechung bei Reichsrat, Schöneberg, Kochel-Paulus-Str. 7 u. 4. Jeder Kreis wird vertreten sein.
3. Kreis Prenzlauer Berg, Arbeiterwohlfahrt und Arbeiterbildungsvereine Freitag, den 1. Februar, 7 1/2 Uhr, Sitzung bei Reichsrat, Schöneberg, Kochel-Paulus-Str. 7 u. 4. 2. Tausendliches Erscheinen Pflicht, bei sonst das Haus geschlossen wird.
4. Kreis Neukölln, Freitag, den 1. Februar, 7 1/2 Uhr, Sitzung des erweiterten Kreisvorstandes bei Reichsrat, Schöneberg, Kochel-Paulus-Str. 7 u. 4. 2. Tausendliches Erscheinen Pflicht, bei sonst das Haus geschlossen wird.
5. Kreis Kreuzberg, Freitag, den 1. Februar, 7 1/2 Uhr, Sitzung des erweiterten Kreisvorstandes bei Reichsrat, Schöneberg, Kochel-Paulus-Str. 7 u. 4. 2. Tausendliches Erscheinen Pflicht, bei sonst das Haus geschlossen wird.
6. Kreis Tiergarten, Donnerstag, den 2. Februar, 7 1/2 Uhr, bei Reichsrat, Schöneberg, Kochel-Paulus-Str. 7 u. 4. 2. Tausendliches Erscheinen Pflicht.

Heute, Donnerstag, den 31. Januar.

12. 11. Kreis, Freitag, den 31. Januar, 7 1/2 Uhr, in der 20. Schule, Augustenburger-Str. 2. Abend der Parteitagung über: „Der Berliner Parteivorstand“. Ref.: Genosse Lohmeyer.

Morgen, Freitag, den 1. Februar.

13. 11. Kreis, Samstag, den 1. Februar, 7 1/2 Uhr, in der 20. Schule, Augustenburger-Str. 2. Abend der Parteitagung über: „Der Berliner Parteivorstand“. Ref.: Genosse Lohmeyer.

14. 11. Kreis, Sonntag, den 2. Februar, 7 1/2 Uhr, in der 20. Schule, Augustenburger-Str. 2. Abend der Parteitagung über: „Der Berliner Parteivorstand“. Ref.: Genosse Lohmeyer.

15. 11. Kreis, Sonntag, den 2. Februar, 7 1/2 Uhr, in der 20. Schule, Augustenburger-Str. 2. Abend der Parteitagung über: „Der Berliner Parteivorstand“. Ref.: Genosse Lohmeyer.

### Sterbetafel der Groß-Berliner Partei-Organisation

16. 11. Kreis, Sonntag, den 2. Februar, 7 1/2 Uhr, in der 20. Schule, Augustenburger-Str. 2. Abend der Parteitagung über: „Der Berliner Parteivorstand“. Ref.: Genosse Lohmeyer.

**Mofasan**  
*Fiat*  
*White Star*  
 Eden

# Ordnungsmächtig billig

Wirtschafts-Artikel	Kurzwaren	Schuhwaren	Herren-Artikel	Handarbeiten	Handschuhe
Teeglashalter Messing ver. teicht. mit Glas... 0.95	Lockennadeln... Paket 0.62	Spangenschuhe... Damen 7.75	Sportkragen guter Rippe 0.45	Taschentücher... modern 0.25	Damen-Handschuhe... 1.45
Brotkorb vernickelt... 0.95	Haarnadeln... groß oder gewollt Pk. 0.04	Damen-Halbschuhe... braun, Hockalf, bequem Form 9.75	Hosenhüger... Gips u. m. 0.95	Kissenbezüge... versch. 0.95	Strickhandschuhe... für Damen, farbig, reine Wolle 1.10
Esslöffel Alumin., poliert 0.13	Stecknadeln... Detail 0.04	Damen-Halbschuhe... runde Form, Ratona-breit 9.75	Schals... edelw. wolle, gestreift... 2.95	Kaffeewärmer... 1.10	Herren-Handschuhe... farbig, Trikot mit Garant. u. u. u. u. u. u. u. u. u. 1.25
Kaffeelöffel... Alumin., poliert 0.07	Wäsche... languetten mit 0.04	Herrenschürstiefel... bequeme Form, Hahmonarb. 12.50	Oberhemden... mit selbst. Kragen und Umschlag-Halsbündeln 6.50	Küchenkannte... 16 Meter 1.25	Toilette-Artikel
Kohlenplatte... poliert 3.90	Maschinengarn... 10/12 0.14	Glas	Weicher Herrenhut... modern Form... 6.50	Papierwaren	Friskämme... Damen 1.15
Küchenschmel... 0.95	Wäsche-Knöpfe... 3/4 Dtz. 0.35	Komposteller... Diamant-Muster... 0.10	Porzellan	Briefumschläge... 30 Stk. 0.18	Haarspangen... veredelt... 0.25
Küchenstuhl... 2.25	Maschinenopf... gestanmt 0.85	Salat-Schüssel... 0.95	Kaffeetassen... goldrand. mit Unterlinsen... 0.48	Briefblock... mit Blatt 0.45	Ziernadeln... verschieden 0.45
Waschbrett... mit starkem Zinkbelag 1.15	Schiffnerkannen... 1.35	Butterdose... 0.95	Kaffeesevice... polier. dekoriert... 4.95	Küchenkannte... 16 Meter 0.25	Blumenseife... 5 Stück 0.70
Hoizkafeemöhlen... mit gutem Mahlwerk 2.95	Eimer... aenblas, ca. 20 cm... 1.45	Käseglocke... 1.45	Küchengarnituren... 19.59	Papierservietten... 100 Stk. 0.55	Rasier-Apparat... Messing vernickelt im Etui 1.35

## Weiße Woche Beginn des Vorverkaufs Sonnabend, 2. Februar

# Jandorf

Belle-Alliance-Str. — Dr. Frankfurter-Str. — Brunnense. — Neißbuser-Damm — Wilmersdorfer-Str.

# Wirtschaft

## Der Reichsindex für die Lebenshaltung. (1913/14 - 1)

Durchschnitt November	857 000 000 000
Dezember	1 247 000 000 000
5. November	98 500 000 000
12. "	218 000 000 000
19. "	831 000 000 000
26. "	1 535 000 000 000
3. Dezember	1 515 000 000 000
10. "	1 299 000 000 000
17. "	1 183 000 000 000
22. "	1 150 000 000 000
29. "	1 147 000 000 000
7. Januar	1 130 000 000 000
14. "	1 110 000 000 000
21. "	1 080 000 000 000
28. "	1 060 000 000 000

Abnahme gegenüber der Vorwoche 1,9 Proz.

Die auf den Stichtag des 29. Januar berechnete Großhandelsindex des Statistischen Reichsamts ergibt gegenüber dem Stande vom 22. Januar (115,7) einen weiteren Rückgang um 0,8 v. H. auf 114,8, der im wesentlichen durch die Senkung der Getreide- und Fleischpreise bewirkt wurde. Von den Hauptgruppen sanken die Lebensmittel um 1,7 v. H. auf 95,9, während die Industriestoffe um 14,4 v. H. auf 144,6 anwogen.

### Sarotti-Schokolade.

Die jüngste Kapitalerhöhung der Sarotti K.G. vom September 1923 war dadurch interessant, daß die alten Aktionäre damals für jede junge Aktie — zwei Goldmark und zehn Goldpfennige (einen halben Dollar) zahlten. Das Unternehmen hatte eben trotz des Brandes keine ernsthafte Kapitalzufuhr notwendig. Das geht auch daraus hervor, daß in der Bilanz vom 30. Juni 1923 Grundbesitz und Gebäude Tempelhof (Neubau), mit — fünf Dollar ausgewiesen sind; die Maschinen und die gesamten Fabrikeinrichtungen stehen mit einer Mark zu Buche.

Das in Tempelhof am Teltow-Kanal gelegene, mit Gleisanlagen versehene Fabrikgrundstück hat eine Größe von rund 41 750 Quadratmeter, wovon rund 15 300 Quadratmeter (mit einer Nutzfläche von rund 55 000 Quadratmeter) bebaut sind. Die maschinelle Einrichtung enthält u. a. 4 Dampfketten von insgesamt 900 Quadratmeter Heizfläche, 2 Dampfmaschinen von zusammen 2350 Pferdestärken, eine an das städtische Kraftwerk angeschlossene Transformatorstation von 1800 Kilowatt und 6 Hochspannungstransformatoren von zusammen 1 080 000 Katorien. Die quantitative Leistungsfähigkeit beträgt bei voller Ausnutzung des Betriebes täglich 30 000 Kilogramm.

Die Gesellschaft unterhält in Berlin 7 Verkaufsstellen; ferner Engros-Lager in 12 größeren deutschen Städten und Ladengeschäfte in Dresden, Frankfurt a. M. und München.

Die Gesellschaft besitzt 295 750 000 R. Aktien der 1922 gegründeten Sarotti Aktiengesellschaft in Danzig (Gesamtkapital 400 000 000 Mark), sowie 50 000 000 R. Aktien der 1923 gegründeten Sarotti Bagerwerk K.G. in München (Gesamtkapital 210 000 000 R.). Diese Beteiligungen stehen ebenfalls mit einer Mark zu Buche.

Auch die Sarotti-Bilanz zeigt wieder, daß die Dividende keinerlei Maßstab für die Rentabilität eines Unternehmens ist. Sarotti ver-

teille 1922/23 überhaupt keine Dividende. Noch eher läßt sich ein Urteil über die Rentabilität einer Aktiengesellschaft gewinnen, wenn untersucht wird, wie weit die Aktien abgeschrieben und wie weit Erneuerungen und Vergrößerungen ohne Kapitalerhöhung oder Anleiheaufnahme, also durch die laufenden Einnahmen, gedeckt worden sind. Aber auch das ist nur als Symptom und nicht als Maßstab zu werten. Die Wege der Bilanzen sind mehr oder weniger unerforschlich, im besonderen für die Steuerbehörden.

### Patrioten an der Arbeit.

Die Verhandlungen über die Errichtung der Goldnotenbank scheinen eine Unterbrechung erfahren zu sollen, die geeignet ist, die bisherige erfreuliche Fühlmanahme mit dem Auslande in der Währungsfrage illusorisch zu machen. Die Franzosen haben eine Reihe von Forderungen gestellt, die u. a. mit der Frage des Siches der Bank zusammenhängen. Die Forderungen Frankreichs sollen materiell nicht unerfüllbar sein, jedoch wählte die Gegenseite eine Form für ihr Verlangen, die ohne weiteres die Gefahr unerwarteter Divergenzen heraufbeschwören muß. Welche Veranlassung Frankreich, das wieder einmal die Momente der weltweiten Unruhe in Deutschland, die sich auf die Politik und die Wirtschaft der ganzen Entente übertragen, somit vermehrt, für seinen Schritt eigentlich hat, ist durchaus unerklärlich. Nebenbei steht u. E. nach ein sachlicher Grund für das Verhalten Frankreichs nicht vor.

Die Minierarbeit auf der Seite Frankreichs findet kräftige Unterstützung durch bestimmte deutsche Kreise. Neben Deuten, denen Dr. Schacht schon zuviel „Eriola“ eingehaust hat, rührt sich Herr Sinnes wieder mit bekannter Intenstivität. Deshalb sind die augenblicklichen Verhandlungen im Schoß des Vorstandes des Reichsverbandes der deutschen Industrie von besonderem Interesse. Man muß sich, um den Absichten des genannten Vorstandes auf die Spur zu kommen, darüber klar sein, daß der Vorstand des Reichsverbandes der deutschen Industrie nichts anderes ist als ein besonderes Nachinstrument des Herrn Sinnes. Von den fast drei Dutzend Mitgliedern dieses Vorstandes haben überhaupt nur ein halbes Dutzend etwas zu sagen. Das sind die „anz Großen“ aus der Kohlen- und Schmelzeindustrie, die auf den Sinnismus eingeschworen sind. Es ist grundverfehrt, die Meinung des Vorstandes der deutschen Industrie mit der Meinung des Verbandes selbst oder gar der deutschen Wirtschaft zu identifizieren, wie das mit altem Fleiß immer wieder durch ebenfalsen Vorstand getan wird. Der Vorstand des Reichsverbandes der Industrie bringt, was wir zu betonen für äußerst wichtig halten, die Auffassung der Stimmen und Klänge zum Ausdruck und nichts anderes.

Dieses Sinnesesche Kollodium hat sich gerade an dem Tag in Berlin zusammengelehrt, wo die Experten der Untersuchungskommission ihre Tätigkeit begannen. Das kann Zufall sein! Schon oft hat aber der Vorstand des Reichsverbandes der deutschen Industrie, weil ein möglicher Ausgleich zwischen Deutschland und seinen Vertrauenspartnern natürlich nur unter Opfern der Industrie zu erreichen ist, durch Rundschreibungen im „rechten Augenblick“ ähnlicher Verhandlungen zum Scheitern gebracht. Wir halten es für unsere Pflicht, auf diese nicht uninteressante Tagung in Berlin aufmerksam zu machen.

Der Papiermarkdiskont außer Kraft gesetzt. Die Reichsbank gibt bekannt: Seit langer Zeit werden von der Reichsbank Bankkredite ohne Entwertungsklausel überhaupt nicht mehr erteilt. Der für solche Darlehen bisher gültige Diskontsatz von 90 Proz. ist damit gegenstandslos geworden. In der Sitzung des Zentralbankrates vom 20. Januar wurde dies aus-

drücklich festgestellt und demgemäß beschlossen, auch fortan den Diskontsatz von 90 Proz. außer Kraft zu setzen.

Der Arbeitsmarkt. In der Zeit vom 1. bis 15. Januar 1924 ist im unbefreigten Gebiet die Zahl der unterstützten Arbeitslosen noch etwas gestiegen, und zwar von 1 528 000 auf 1 556 000, während die Zahl der unterstützten Kurzarbeiter um rund 200 000 auf 649 000 zurückging.

Oesterreichische Beamtenersparnis. Nach einer amtlichen Mitteilung wurden bis zum 31. Dezember 1923 in Oesterreich 61 477 Beamte abgebaut, darunter 46 090 in den Betrieben. Parallel mit diesem Personalabbau wurde außer der bereits bekannten Verminderung der Bundesministerien usw. eine große Anzahl von Ämtern, Behörden und Ämtern aufgelöst. Gleichzeitig wurden durch Vervollständigung der Tarife und Preiserhöhungen auf staatlichen Monopolen bedeutende Ertragsverbesserungen erzielt. — Weiter sind auch für Oesterreich die wirklichen Ersparnisse aus dem Beamtenabbau nicht bekannt. Beamtenabbau ist ja durchaus noch nicht dasselbe wie Ausgabenabbau. Auch in Deutschland stellt sich das immer deutlicher heraus. Womann aber der große Lärm und die Zerstörung vieler Existenzen?

Polnische Eisenbahnpolitik. Nach einer Mitteilung des polnischen Handelsministers Niedron ist für das kommende Jahr mit umfangreichen Eisenbahnbauten in Ostpreußen zu rechnen. Das ostpreussische Eisenbahnnetz soll mit dem des Kohlenreviers von Dombrowa in Kongregpolen sowie mit Polen und Warschau enger verknüpft werden. Schwierig erweise die Frage der Finanzierung, da man auf ausländisches Kapital angewiesen ist. Minister Niedron erwartet solches durch Vermittlung der ostpreussischen Schwerindustrie, die an dem Ausbau des Bahnnetzes am meisten interessiert ist.

U. S. C. - Adreßbuch. Das Adreßbuch für Welthandel U. S. C. hat jetzt das erste deutsche Welt-Adreßbuch herausgegeben. Es ist schon äußerlich eine Leistung, wiegt es doch — 16 Pfund. Das Adreßbuchwerk hat rund 5000 Seiten; es bringt alle wichtigen Handels-, Geschäfts- und sonstigen Adressen in neun Sprachen: Deutsch, Englisch, Französisch, Holländisch, Italienisch, Portugiesisch, Russisch, Schwedisch und Spanisch. Das Adreßbuchsystem ist recht überlegt durchgebildet. So kann man rasch erfahren, wer in Korkaria mit Dünsmittel handelt, und wer in Britisch-Guayana Kalm vertreibt. Selbstverständlich umfaßt Europa den größten Teil des Werkes, aber auch über alle sonstigen Erdteile und deren Länder wird das wichtigste Handelsmaterial geboten.

Ein wichtiges Verkehrsverzeichnis. Ein mögliches Nachschlagewerk ist das Verzeichnis der Postanstalten und Eisenbahnstationen in Deutschland und der wichtigeren Orte im Auslande. Es enthält u. a. sämtliche Postanstalten und Eisenbahnstationen des Deutschen Reiches nebst den gebräuchlichsten ausländischen Vereinstationen und dem in Betracht kommenden Oberpostdirektionsbezirk, ferner die wichtigeren außerdeutschen Orte nebst Angabe der Länder. Das Werk ist ein gutes Hilfsmittel bei der Verladung von Gütern, Paketen usw. Es kann zu dem Preise von 50 Goldpfennig von der Geheimen Kanzlei des Reichspostministeriums bezogen werden.

## Halblich gefärbte Zähne

entziehen das schmutzige Gelb. Ihre Mundgeruch verschwindet. Selbst bei weissen Zähnen ist ein solches Ergebnis durch die bewährte Zahnpasta „Halblich“ zu erzielen. Die Zahnpasta ist in allen Apotheken, Drogerien und Buchhandlungen.

### Verband der Gemeinde- u. Staatsarbeiter

Freitag, den 1. Februar, abends 6 Uhr, in Dober's Festsaal, Webersstraße 17:

### Generalversammlung.

Tagesordnung: Fortsetzung der Tagesordnung der letzten Generalversammlung vom 23. Januar. Zutritt haben nur die gemählten Delegierten gegen Vorlegung der Delegiertenkarte und des Mitgliedsausweises; die Vertreter der Orts- und erweiterten Verwaltung gegen Vorlegung der Karte der erweiterten Verwaltung — Vertretung ist unzulässig. — Die Versammlung wird pünktlich eröffnet.

Die erweiterte Verwaltungsjahresrechnung am 1. Februar läuft aus.

Wie machen noch einmal darauf aufmerksam, daß Kommunitäten auf die „Gewerkschaft“ um, ab 1. Januar 1924 nicht mehr zu erfüllen brauchen, die „Gewerkschaft“ wird den Mitgliedsbeiträgen wieder durch die Beitragsentlastung geschützt.

### Wohnungsaustausch

in und nach Berlin sowie von Berlin nach auswärts am schnellsten durch eine Anzeige im

### Groß-Berliner Wohnungsanzeiger

als einzige Spezialzeitung für möblierte Zimmer, Wohnungen u. Tauschwohnungen. Unter der Rubrik „Möblierte Zimmer zu vermieten“ werden Meldungen von Vermietern kostenlos veröffentlicht. Der „Groß-Berliner Wohnungsanzeiger“ ist der Anzeiger für Grundstücks- und Geschäftsverkäufe. Bei allen Zeitungsänderungen und Klößen zu haben. Verlag und Hauptanzeigenernahme: Zeitungszentrale (Z.Z.) Aktiengesellschaft, Jerusalemstr. 50. Fernsprecher: Dönh. 3210-3212.

### Wichtig für alle Fortwärtstrebenden!

### Fortbildungskurse

über alle wichtigen Gebiete der modernen Wirtschaft: über alle wichtigen Finanzen, Börse, Arbeitsrecht usw.; auch (Gebrauch, Conto, Finanz, Trans, Spex, Ital, Russ) moderne Sprachen. Auf wissenschaftlicher Grundlage. Beginn im Jan. Unterrichtsstunden 2 Mal monatlich pro Woche. Unterricht und Erweiterung der Kenntnisse, Bekanntheit. Jeden Montag, Mittwoch, Freitag 7-8 Uhr abends. Arbeitsgemeinschaft f. wirtschaftl. Fortbildung.

### Bauprojekte Neubauten

aus der Provinz Brandenburg finden Sie im „Berliner Bauten-Nachweis“. Wirkames Inseritionsorgan.

### Neue Firmen Neu-Eintragungen

Verlobungs-Adressen erfahren Sie durch

Wilhelm Oppermann, Charlottenburg, Kantstrasse 99b. — Tel.: Amt Wilhelm 1028.

### Schlesische Bettwäsche-Fabrik

Friedrichstr. 31, gegenüber der Puttkamerstraße

Ab Donnerstag Vorverkauf zur Weißen Woche

Ein Beckenbettwäsche 6.55, ein Handtuch 0.55, ein Postwäscher 0.68, ein Waschtuch 0.68, ein Waschtuch 0.68, ein Waschtuch 0.68.

Heute früh 9 Uhr verschied nach langem Leiden meine liebe Frau, meine heimgeliebte Mutter Frau

Marie Schönbert geb. Lücke

1.47 Lebensjahre Berlin, 28. 1. 24

Reise nach Ostpreußen

Gustav Schönbert und Tochter

Die Beerdigung findet am Freitag 12 Uhr im Krematorium Buchholzstraße statt

### Stromeripenden

überliefert Paul Goltsch, vormals bei der Marine, Marienstr. 1, Tel.: Moritz 1900.

### Willst du Deinem Mann was kaufen, mußt du

### Knoten-Anders

ausla. Berufsbildung

Strickwesten, Trikotasen, Socken, Taschentücher

A. Anders, Beusselstr. 72

### Zigaretten

Zigaretten, Tabak, w. Adolph W. Hermannstr. 1, Hofed.

Am 29. Januar, mittags 12 Uhr, verschied plötzlich nach mehrmonatlichem Krankenlager mein lieber Mann, und guter Vater, der

Willy Strackenberg geb. Schmitz

im Alter von 63 Jahren. Dies zeigen nicht beirrt an

Die trauernden Hinterbliebenen Marie Strackenberg, geb. Schmitz, Erwin Strackenberg, Knudstr. 4a.

Die Beerdigung findet am Samstag, den 2. Februar, nachmittags um 1 1/2 Uhr im Krematorium Baumgartenstraße statt.

### Deutscher Metallarbeiter-Verband

Gen.-Vorsitzender: Paul Goltsch, vormals bei der Marine, Marienstr. 1, Tel.: Moritz 1900.

### Branchenversammlung

am 1. Februar 1924 in der Sängerkasse, Poststr. 10, abends 8 Uhr.

### Allgemeine Ortskrankenkasse für Berlin-Steglitz

Bekanntmachung

Am 1. Februar 1924 ist die Sängerkasse, Poststr. 10, abends 8 Uhr.

Die Beiträge sind zu zahlen bis zum 1. Februar 1924.

Der Vorstand: A. W. Wagner, Gehl.

### Kinderland 1924

Ein Buch für unsere Jungen und Mädchen

Mit reichem Bilderreichtum, wertvollen Ratschlägen, Erzählungen — auch für die kleinen Jungen, ist das Buch zu einem immer wieder gern in die Hand genommenen Buchchen.

Preis 1.— Mark

zu haben bei allen Zeitungsabonnenten, in den Buchhandlungen der Provinz, in den Buchhandlungen der Provinz, in den Buchhandlungen der Provinz.

Vorwärts-Druckerei, Lindenstr. 3

### Arbeitslosen! Arbeitsstellen!

Ein Buch für unsere Jungen und Mädchen

Besonders wirksam sind die Kleinen Anzeigen in der Gesamt-Anzeige billig!

in der Gesamt-Anzeige billig!

in der Gesamt-Anzeige billig!

# HALPAUS.

## CIGARETTEN

### NEUE PREISE

Rarifät Nr. 200 = 4 Pf

Rarifät-Special 3 Pf      Rarifät-Extra 6 Pf

Rarifät-Delikat 7 Pf      Rarifät-Luxus 8 Pf

Halpaus-Privat 10 Pf      Halpaus-Medoc 15 Pf

Trotz Preisermäßigung unverändert in ihrer unübertroffenen Qualität!

SCH 1922

# Zugreifen

heißt Gold sparen, schneller Entschluss ist aber nötig.

# Noch 2 Tage

und soweit die Vorräte noch reichen, dauert unser Inventur-

# Ausverkauf

Wir bieten die als Qualitätsware rühmlichst bekannten

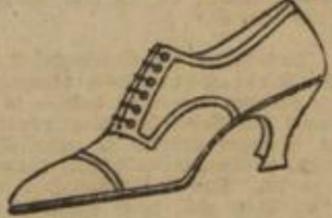
# Herz-Schuhe

sowie zahlreiche Modelle unserer ganz hochfeinen Luxus-

# Wichert-Schuhe

Erstklassige Arbeit, edelstes Material — und die Preise

# wirklich billig



Schluss: Sonnabend, 2. Februar

# Jacoby

Friedrichstr. 70  
Wichert-Haus

Th. I. Adolphsplatz  
Allabendlich 7 1/2 U.  
Drahter und drüber  
Deutsch-Opernhaus  
7 1/2 U.: Troubadour  
Blech, Vera Schwarz  
Intimes Theater  
8 U.: Der Hinduprinz  
Der Schrei usw.  
Metropol-Theater  
7 1/2 U.: Marietta  
Operette v. Kollo  
Neues Theat. a. Zoo  
7 1/2 U.: Lilly Fiehr in  
Meine Tochter Otto  
Neues Volkstheater  
8 U.: Die heusche  
Susanne  
Renaissance-Theat.  
8 U.: Die kindlichen  
Verliebten  
Thalia-Theater  
7 1/2 U.: Frasquita  
Operette von Lehár  
Kam.-S. Jadowker,  
Martha Serak  
Theater d. Renaissance  
7 1/2 U.: Die Post-  
meisterin  
Vollständl. Preise!  
Wallner-Theater  
8 U.: Sprung i. d. Ehe  
mit Leo Peukert  
Lustspielhaus  
8 U.: Nebenbänder  
Komische Op. r.  
Allabendlich 7 1/2 U.  
Die größte Revue  
des Kontinents  
Die Welt  
ohne  
Schleier  
Castro-Th.  
8 U.: Nur noch bis 8. Febr.  
Dienstmann Nr. 7.  
Ab Sonnab. 9. Febr.  
Die Maff v. Steinhö

Kaufhaus  
ANDERS  
a. Bahnh. Wedding  
Herren-, Damen-,  
Garderoben  
Niedrigste Preise  
auf Zellachtung

Möbel  
u. Polsterwaren  
eigenes Fabrikat.  
Spezialität:  
1- u. 2-Zimmer-  
Einrichtungen u.  
einzelne Möbel-  
stücke sowie  
farbige Rücken-  
Einrichtungen  
Stufen-Küchenschrank  
Eisen-  
Schlafzimmers.  
Kredithaus  
ANDERS  
Größtes Haus  
direkt am  
Nesselbeckplatz  
Beinckendorfer  
Straße 15.

Beidens-Theat.  
Tägl. 8 Uhr:  
Andreas u.  
von Bernh. Shaw  
8 U.: Trianon-Th.  
Erika Gillmer in  
Joujou  
8 U.: Kleines Th.  
Devisen  
Komöd. v. L. Schmidt  
Falken, Unkas  
WINDMÜHLE  
Varieté-Spielplan  
Rauchen gestattet.

Neues Operetten-Theater  
Der Kuschel  
Thielscher  
Lebemann  
Schwank i. Akt. v. Fr. Arnold u. E. Bach  
Guido Thielscher, Else Hück, Herr  
Bartz, Hedda Neuhoff, Julius Brandt  
Fritz Delius, Richard Ludwig

Große Volksoper im Theater  
des Westens  
7 1/2 Uhr: Samson u. Dalila  
Apollo-Theater  
7 1/2 Uhr: Dir. James Klein 7 1/2 Uhr  
Das weltberühmte Schauspiel:  
Volk und Krone  
1. Teil aus  
Emil Ludwigs Bismarck-Trilogie  
Über 200 Mitwirkende!  
Singspiel v. E. Schwanke, Musik v. G.

# Theater, Lichtspiele usw.

Staats-Theater  
Opernhaus  
7 1/2 Uhr: Gianni  
Schlecht, Bajazzo  
Opernhaus  
am Königsplatz  
7 1/2 Uhr: Martha  
Schauspielhaus  
8 Uhr: Viel Lärm  
um nichts  
Schiller-Theater  
7 1/2 U.: D. Sittungsst  
Deutsch-Theater  
7 1/2 Uhr:  
Scherz, Satire,  
Ironie und tiefere  
Bedeutung  
Kammerspiele  
8 Uhr:  
Ingeborg  
Theater i. d.  
Königsgrüter-Str.  
8: Die Dame mit d.  
Scheldungsgrund  
Komödienhaus  
8: Die Kleine  
vom Varieté  
Berliner Theater  
7.30 Uhr: DOLLY

Volkshöhle  
7 Uhr: Don Carlos  
Lessing-Th.  
Was ihr wollt  
8 U.: Was ihr wollt

Neues Operetten-Theater  
Der Kuschel  
Thielscher  
Lebemann  
Schwank i. Akt. v. Fr. Arnold u. E. Bach  
Guido Thielscher, Else Hück, Herr  
Bartz, Hedda Neuhoff, Julius Brandt  
Fritz Delius, Richard Ludwig

Große Volksoper im Theater  
des Westens  
7 1/2 Uhr: Samson u. Dalila  
Apollo-Theater  
7 1/2 Uhr: Dir. James Klein 7 1/2 Uhr  
Das weltberühmte Schauspiel:  
Volk und Krone  
1. Teil aus  
Emil Ludwigs Bismarck-Trilogie  
Über 200 Mitwirkende!  
Singspiel v. E. Schwanke, Musik v. G.

SOVA  
Tägl. 8 Uhr:  
Internat. VARIETE  
und  
„Mutter“  
Mitw., Sonn- u. Febr-  
tag 3.30 zu halb.  
Preisen das tolle  
Abendprogramm  
Jugendliche  
haben Zutritt

Neues Operetten-Theater  
Der Kuschel  
Thielscher  
Lebemann  
Schwank i. Akt. v. Fr. Arnold u. E. Bach  
Guido Thielscher, Else Hück, Herr  
Bartz, Hedda Neuhoff, Julius Brandt  
Fritz Delius, Richard Ludwig

THALIA-THEATER  
Dresdener Straße 72/73 \* Fernspr. Npl. 4440, 2778  
Das Ereignis der 7 1/2 Berl. Theater-Saison!  
„Frasquita“  
von Franz Lehár  
Regie: Karl Platen — Musik. Leitg.: Dr. Werner Günther — Tänz.: Jan Trojanowski  
Hauptdarsteller:  
Kammersänger Hermann Jadowker von der Budapester Staatsoper  
Martha Serak  
Karl Platen — Lisa Weise — Eugen Koltei  
Vorverkauf a. d. Tageskasse ab 11 Uhr ununterbrochen sowie bei Weichem u. d. übr. Theaterk.

Neues Operetten-Theater  
Der Kuschel  
Thielscher  
Lebemann  
Schwank i. Akt. v. Fr. Arnold u. E. Bach  
Guido Thielscher, Else Hück, Herr  
Bartz, Hedda Neuhoff, Julius Brandt  
Fritz Delius, Richard Ludwig

THALIA-THEATER  
Dresdener Straße 72/73 \* Fernspr. Npl. 4440, 2778  
Das Ereignis der 7 1/2 Berl. Theater-Saison!  
„Frasquita“  
von Franz Lehár  
Regie: Karl Platen — Musik. Leitg.: Dr. Werner Günther — Tänz.: Jan Trojanowski  
Hauptdarsteller:  
Kammersänger Hermann Jadowker von der Budapester Staatsoper  
Martha Serak  
Karl Platen — Lisa Weise — Eugen Koltei  
Vorverkauf a. d. Tageskasse ab 11 Uhr ununterbrochen sowie bei Weichem u. d. übr. Theaterk.

Fahrverbindungen: Untergrundbahn: Ins. brücke — Stadtbahn: Jannowitzbrücke  
Straßenbahn: 1, 11, 13, 18, 41, 44, 47, 66, 74, 76, 87, 91

größte Spez-Fabrik

# Wäsche

Zum Monatsschluss! Beispiellose Angebote!

Nach wie vor ist unser Großer Umsatz — kleiner Nutzen!  
Geschäftsprinzip:  
Demgemäß sind unsere Preise! Es lohnt sich, die nachstehenden Angebote genau zu studieren u. sich von der Güte der angebotenen Artikel zu überzeugen.

Unser Renommee bürgt für beste Bedienung!

Deckbettbezüge aus pa. Linn. Renford	4.90, 6.75, 8.55, 10.60
Kissen dazu passend 80x100	1.70, 2.10, 2.75, 2.95
Deckbettbezüge aus erstklassigen Dämm 120x100	12.20, 13.90
Kissen dazu passend 80x100	3.50, 3.90
Bettlaken aus pa. Hanstsch. Dewina, Halb u. Restl.	2.00, 3.00, 6.25, 8.00
Inlette aus bestem Stütz bzw. federf. und farbicht. Käper	8.50, 12.50, 15.55, 18.20
Ueberschlaglaken beste Louisianastr. herri. Garnierung	11.00, 13.50, 17.00

Hierzu passende Pillows und Paradedissen

Hemdentuch u. Linon für Bett- und Leibwäsche	0.70, 0.90, 1.10, 1.40
Damenhemden aus sehr guten Stoffen u. sublim. Garnier.	2.90, 4.50, 6.30, 8.60
Beinkleider aus sehr gut. Stoffen mit sublim. Garnierungen	2.00, 3.75, 5.85, 7.50
Frotteierhandtücher erstklassige Fabrikate	1.70, 2.20, 3.00

Kaffeedecken und Gedecke in hervorragenden Ausführungen.

Tafelgedecke in Halbblenden und Reblenden für 6 bis 24 Personen in allerfeinsten Qualitäten.

Größte Auswahl! Fachmännische zuvorkommende Bedienung!

# Stumpe Jäger

Kollbusser Damm 73 Landsberger Straße 88 Dresdener Straße 33  
(Nähe Hermannplatz) (3 Min. von Alexanderplatz) (Nähe Prinzessstraße)  
Charlottenburg, Wilmersdorfer Straße 37 (Nähe von der Dismarckstraße)

# Vorzugs-Angebot

nur für Wiederverkäufer. 1000 Zigarren von 55.- M. an einschließlich Band. — Ein Besuch macht Sie zum sicheren Käufer.

# „HAVERGA“

Handels- u. Vertriebsgesellschaft für Tabakfabrikate m. b. H.  
Berlin C. 54, Rosenthaler Str. 60 Telefon: Amt Norden 4484-83

# Neue Welt

Inhaber: A. Scholz Hasenheide 108-114

Täglich:  
**BOCKBIER-FEST**  
in den bayerischen Alpen  
8 Kapellen • Bayerische Mod'l • Rutschbahn  
Heute, Donnerstag, 2. Jan. 1934

Gr. Schweineschlachten  
Einlaß 6 Uhr und Anfang 7 Uhr

# Theater Folies Caprice

Ab 1. Februar täglich 8 Uhr:  
**Rund um den Wedding**  
3 Bilder aus dem dunklen Berlin von Leo Heller  
Paul Müller, Dora Paulsen, Reni Langer, Gust. Meinecke u. a. m.

Wagener-Orchester  
für den Bismarck-Platz XI Berlin (Schöneberg-Friedenau)  
Ab 1. Februar 1934 werden die Bel. teile auf 8 u. 9. des wöchentlichen Arbeits- verbindens bzw. der Grundlohn ermäßigt (Schöneberg-Friedenau) (Nähe Hermannplatz) (3 Min. von Alexanderplatz) (Nähe Prinzessstraße)  
Der Vorstand:  
H. Schult, Reichardt F. Gsch, Schmitt.

Sternwarte, Hagen, Spill.  
Belastung, Gummihand, Remis, Genit u. f. Anzug, weit unter Zugpreis  
Gäster, Deutliche. 15. Reichard 6881

# Walhalla

Theater  
Wienbergsweg  
15 Watti-  
attraktionen

Reichardt F. Gsch  
Tägl. 7 1/2 U.  
u. Sonn- u. Febr-  
tag 3 U.  
Stettiner  
Sänger

Th. A. Kotto, Vor-  
sitz  
u. Sonntag  
ab 7 Uhr:  
ELITE-  
Sänger  
u. a.  
Der Traum des  
Kameradischen

# 1 Kilo Seife 20 Pf.

Sonderanfertigung, vorz. für Kontor, Werkstätten usw., prima  
Eisenblech 10 Pf., 20 Pf., 30 Pf., 40 Pf., 50 Pf., 60 Pf., 70 Pf., 80 Pf., 90 Pf., 100 Pf., 110 Pf., 120 Pf., 130 Pf., 140 Pf., 150 Pf., 160 Pf., 170 Pf., 180 Pf., 190 Pf., 200 Pf., 210 Pf., 220 Pf., 230 Pf., 240 Pf., 250 Pf., 260 Pf., 270 Pf., 280 Pf., 290 Pf., 300 Pf., 310 Pf., 320 Pf., 330 Pf., 340 Pf., 350 Pf., 360 Pf., 370 Pf., 380 Pf., 390 Pf., 400 Pf., 410 Pf., 420 Pf., 430 Pf., 440 Pf., 450 Pf., 460 Pf., 470 Pf., 480 Pf., 490 Pf., 500 Pf., 510 Pf., 520 Pf., 530 Pf., 540 Pf., 550 Pf., 560 Pf., 570 Pf., 580 Pf., 590 Pf., 600 Pf., 610 Pf., 620 Pf., 630 Pf., 640 Pf., 650 Pf., 660 Pf., 670 Pf., 680 Pf., 690 Pf., 700 Pf., 710 Pf., 720 Pf., 730 Pf., 740 Pf., 750 Pf., 760 Pf., 770 Pf., 780 Pf., 790 Pf., 800 Pf., 810 Pf., 820 Pf., 830 Pf., 840 Pf., 850 Pf., 860 Pf., 870 Pf., 880 Pf., 890 Pf., 900 Pf., 910 Pf., 920 Pf., 930 Pf., 940 Pf., 950 Pf., 960 Pf., 970 Pf., 980 Pf., 990 Pf., 1000 Pf.

# Möbel

zu bedeutend herabgesetzten Preisen

Schlafzimmer kompl. Eiche, v. M.	485 an
Speisezimmer	v. M. 325 an
Küchen 1 teilig	v. M. 72 an
Ruhebetten	v. M. 25 an

Sofas, Metall- und Kinderbetten sowie Einzelmöbel aller Art außerordn. billig sowie Vorrat reich

Auf Wunsch Zahlungsvereinfachung!

# Stolzmann

am Belle-Alliance-Str. 100  
gegenüber Kammerstraße

# 6 Ausnahme-Tage

## Herren-Konfektion

Ueberzeugen Sie sich bitte von der Güte und Preiswürdigkeit unserer Herren-Konfektion!!!

Herren-Sacco-Anzüge in modern. Stoffen u. Form. Gesellen arb., Er 35.00  
satz für Maß 85, 95, 105, 115, 125, 135

Herren-Mäntel gute Stoffe, vorzügliche Ver-  
arbeitung, modern. 30.00  
Formen 85, 90, 95, 100, 105, 110, 115, 120, 125, 130, 135, 140, 145, 150, 155, 160, 165, 170, 175, 180, 185, 190, 195, 200, 205, 210, 215, 220, 225, 230, 235, 240, 245, 250, 255, 260, 265, 270, 275, 280, 285, 290, 295, 300

Herren-Sommer-Mänt. in Garn 29.00  
u. 30.00

Strapazier-Anzug enorm billig: 19.50  
3-teilig nur

Straßen-Anzug hübsche, dunkle 29.50  
Muster

Burschen-Anzüge große Aus-  
wahl 29.50  
29.50

1 Post. Gummi-Mäntel vorzüg-  
lich Qual. 22.00  
22.00

Winter-Joppe gute schwere Ware, mit Mu-  
taschen u. Barchent- 16.50  
unter

Winter-Joppe Barchentfutter u. Mu-  
taschen, enorm billig 6.00

Pilot-Hosen gestreift 7.50 6.50

Arbeitshosen aus starkem Pilot 9.50

Gestreifte Hosen in gr. Auswahl  
hübsche Streifen 9.50

Tuchhosen schwarz und feldgrau 14.50

Monteur-Anzüge aus Hautuch 8.75 6.75

Rohleder-Stiefel vorz., in Leder  
und Applikation 10.50

Makko-Hemden lang in all. Größen  
vorrätig 3.25

# KVG Kleider-Vertrieb

G. m. b. H.

Verkaufsstellen:  
Hauptgeschäft:  
Kommandantenstraße 80/81  
2. Verkaufsstelle:  
Osten, Warschauer Straße 33  
3. Verkaufsstelle:  
Lichtenberg, Frankfurter Allee 82  
4. Verkaufsstelle:  
Neukölln, Berliner Straße 47/48  
Eingang Boddinstraße  
5. Verkaufsstelle:  
Norden, Mollerstraße 181

Die Finanzlage in Preußen.

Eine Rede des Finanzministers.

Nachdem eine erste Sitzung um 12 Uhr auf Wunsch der Koalitionsparteien vertagt war, eröffnete Präsident Heinert um 4 1/2 Uhr die zweite Sitzung. Das Wort hat

Finanzminister Dr. v. Richter:

Wir stellen für unsere Pflicht, einen Haushalt für das Jahr 1924 aufzustellen, der einen Begriff über die finanzielle und wirtschaftliche Lage des preussischen Staates geben könnte. Der Nachteil der Verspätung wird aufgehoben durch den Vorteil, daß wir Ihnen einen

auf Goldmark basierten Haushalt

vorlegen, bei dessen Zahlen Sie sich tatsächlich etwas denken können. Wenn die Regierung sich bemüht, Ihre Bewilligung für die Erhöhung einer schon vorhandenen Steuer zu erhalten in einem Ausmaß, von dem wir ohne weiteres anerkennen, daß es eine ganz außerordentliche Härte bedeutet, so haben Sie das Recht, dem Finanzminister einen Überblick über die Finanzlage des preussischen Staates zu verlangen, mit dem die außerordentlich starken Anforderungen an die steuerzahlende Bevölkerung begründet werden. Dabei muß auch das Verhältnis des preussischen Staates zum Reich in finanzieller und sonstiger Beziehung erörtert werden. Ich bin als Finanzminister nicht berufen, eine politische Rede über die Beziehungen zwischen dem Reich und dem größten deutschen Gliedstaat zu halten. Dazu wird sich später Gelegenheit finden, zumal die bekannte bayerische Penschrift Veranlassung dazu geben dürfte.

Nach in deutschen Ländern, die durchaus nicht partikulartistisch sind, die durchaus willens sind, dem Reiche zu geben, was des Reiches ist, die durchaus anerkennen, daß eine Schwächung des Reiches nach außen auch eine Schwächung der einzelnen Länder bedeutet, auch in diesen Ländern ist es zum Durchbruch gekommen, daß in den Beziehungen zwischen den Aufgaben und der Tätigkeit des Reiches einerseits und denen der Länder andererseits

die Grenze nicht so gezogen ist, daß dabei die Interessen der Länder voll und genügend zu ihrem Rechte kommen

und daß damit die noch meiner Auffassung ungebührliche politische Gefahr heraufbeschworen wird, daß auch diejenigen Kreise, von denen ich sprach, unzufrieden werden. Sie wissen so gut wie ich, daß im alten Reich die Sache relativ einfach war, daß die direkten Steuern dem Staat, die indirekten dem Reich zuzuflossen; was dem Reiche dann noch fehlte, wurde durch Matrikularbeiträge aufgebracht. Der Verlust des Krieges und seine Nachwirkungen haben bekanntlich dazu gezwungen, von dieser reinlichen Scheidung abzugehen; im großen Umfange hat das Reich direkte Steuern, die Einkommen-, Körperschafts- und Vermögenssteuer für sich in Anspruch genommen. Dann ist man dazu übergegangen, von diesen grundsätzlich für das Reich in Anspruch genommenen direkten Steuern eine immer steigende Menge den Ländern zur Befriedigung ihrer eigenen Bedürfnisse zu überweisen. Was von den Ländern gilt, gilt in demselben Umfange von den Gemeinden. Früher beruhte die Staatsfinanzkraft Preußens auf der Einkommen- und Ergänzungssteuer, das Rückgrat der Gemeinden lieferten die Zuschläge zur Einkommensteuer. Beides ist weggefallen, für beides mußte das Reich Ersatz leisten.

Die Ueberweisungen führten finanziell wie politisch zu außerordentlich unerwünschten Verhältnissen.

Das führte einerseits dahin, daß an das Reich mit Anforderungen herangetreten wurde, die das Reich beim besten Willen nicht erfüllen konnte, und andererseits dazu, das Gefühl der Verantwortung für die Ausgaben in den Ländern und in den Gemeinden zu schwächen, ja zu ersticken. In dem Augenblick, wo der Landtag oder die Stadtverordnetenversammlung sich nicht mehr über die Deckung der Ausgaben den Kopf zu zerbrechen braucht, in dem Augenblick, wo der einzelne seinen Wählern nicht mehr verantwortlich ist für Ausgaben, wofür jene höhere Steuern zahlen müssen, ist nach meiner Meinung die ganze Grundlage des staatlichen wie des kommunalen Lebens auf eine Basis gestellt, bei der auf die Dauer ein zufriedenes Leben im Staat noch in der Gemeinde möglich ist.

Wir der vom Reichsfinanzminister jetzt endlich zugestanden Ueberweisung von 90 Prozent an die Länder ist jedenfalls das erreicht worden, was zurzeit erreicht werden konnte. Diese Ueberweisung gewinnt aber noch größere Bedeutung, indem uns das Reich in demselben Moment sagt, daß die Besoldungszuschüsse fortfallen. Daß wir von den Besoldungszuschüssen unter allen Umständen loskommen müssen, darüber kann kein Zweifel sein. Die Besoldungszuschüsse könnten aber erst gänzlich fortfallen in dem Augenblick, wo die uns überwiesenen Steuern sich tatsächlich der Erhöhung des Geldwertes vollkommen angepasst haben. Ich habe auch beim Reichsfinanzminister geltend gemacht, daß es schlechterdings

unmöglich wäre, mit einem Male die Besoldungszuschüsse wegzulassen zu lassen.

Es darf nur ein Abbau entsprechend der Steigerung der uns überwiesenen Einnahmen erfolgen. Die Stabilisierung der Mark kann selbstverständlich nur dann zu einer dauernden Gesundung nicht nur unserer Finanzen und unseres ganzen wirtschaftlichen Lebens führen, wenn sie beständig ist. Es ist ganz selbstverständlich, daß man an diese Sanierung nun

nicht die Hoffnung knüpfen kann, als ob wir nun aus allen Kalamitäten heraus sind.

(Sehr richtig!) Die Bemühungen des Reichsbankpräsidenten gehen dahin, nun möglichst schnell von der Rentenmark zu einer wirklichen Goldmark zu gelangen.

Ich richte an dieses hohe Haus die Bitte, die Frage der Gestaltung unserer Einnahmen und Ausgaben nicht lediglich von dem Gesichtspunkt zu betrachten: Ist es angenehm oder nicht? Daß wir nach diesem verlorenen Kriege, nach dieser Zeit ein Jahr andauernden Besetzung von Rhein und Ruhr, unserer wirtschaftlich höchstliegenden Schicksel,

Steuern zahlen müssen bis zum Weißbrot, darüber müssen sich alle Kreise des deutschen Volkes klar sein. (Sehr richtig!) Es kommt hinzu: wenn die Verhandlungen, die Dr. Schacht in Paris geführt hat, zu einem Erfolge führen sollen, wenn wir die Hilfe des Auslandes, auf die wir angewiesen sind, erhalten sollen, wenn wir eine auswärtige Anleihe erhalten sollen, dann ist das nur möglich, wenn die Beute, die im Auslande dazu bereit sind, die an einem Zusammenbruch Deutschlands kein Interesse haben, wenn die

sehen, daß wir selbst willens sind, das, was wir leisten können aus eigener Kraft auch zu leisten bereit sind.

Von diesem Gesichtspunkte aus ist meiner Meinung nach die Frage der preussischen Finanzen zu betrachten. Nicht nur im Reich, sondern auch in den einzelnen Ländern muß ein Haushalt für 1924 aufgestellt werden, in dem Einnahmen und Ausgaben die Wage halten. Wenn das nicht der Fall wäre, so würde ich als Finanzminister nicht wissen, wo ich die Deckung für das Defizit hernehmen soll. Die Möglichkeit, Anleihen selbst zu berechneten Zwecken zu erhalten, ist uns durch den Art. 243 des Versailler Friedensvertrages so gut wie genommen, und die Möglichkeit, die erforderlichen Summen für solche Anleihen im Inlande zu erhalten, besteht nach meinen Erfahrungen nicht. Auch der Reichsverkehrsminister hat für seine Eisenbahnlinie im Inlande nur Pfandbriefe bekommen, aber nicht das Geld, das er braucht. Der Verkauf oder die Bombardierung von Pfandbriefen ist aber mit großen Nachteilen verbunden. So bleibt in der Tat nichts weiter übrig, als daß wir uns mit eiserner Energie bemühen, unsere Einnahmen und Ausgaben in Uebereinstimmung zu bringen.

Wir haben zwar ein starkes Vermögen in unrennen Bergwerken, Forsten und Domänen, aber die Realisierung dieser Werte ist uns durch den Artikel 243 des Versailler Vertrages genommen. Nach dem verlorenen Kriege von 1806 haben die ostpreussischen Grundbesitzer und Städte Schulden aufgenommen, deren Rückzahlung erst im Anfang dieses Jahrhunderts beendet war. Auch wir müssen uns heute an eine Opferwilligkeit dem Staate gegenüber gewöhnen, die wir bisher nicht gekannt haben.

Erfreulicherweise haben die Einnahmen aus Steuern im Reiche nicht unerheblich zugenommen, und nach Auffassung des Reichsfinanzministers würden Einnahmen und Ausgaben balanzieren können, wenn die Gefahr vermieden wird, daß gerade die unter normalen Verhältnissen

leistungsfähigsten Teile des Reiches und Preußens sich aus Uebersehungsgebieten in Zuschußgebiete verwandeln.

Der Minister geht auf die Frage der Besatzungskosten ein und bezeichnet es als einen Irrtum, zu glauben, die Besatzungskosten beständen aus den Zahlungen, die nach Paris oder Brüssel geleistet werden. Das ist nur ein kleiner Teil davon. Der Hauptteil der Besatzungskosten besteht aus dem Erlah des Schadens, der der Bevölkerung des besetzten Gebietes geleistet werden muß. (Beih. Zustimmung.) In dem Augenblick, wo wir uns einerseits die Zahlung der Besatzungskosten an Frankreich und Belgien einstellen, in diesem Augenblick wird sich die Besatzung einfach an die Bewohner des besetzten Gebietes halten und sich von ihr das holen, was wir bisher bezahlt haben. Darin liegt eine schwere sittliche Verpflichtung.

Mit ein paar Redensarten, daß man die Zahlungen nach Paris und Brüssel einstellen solle, ist diese schwierige Frage wirklich nicht zu lösen.

(Beih. Sehr wohl! b. d. Mehrheit.) In einer Versammlung, die vor einiger Zeit stattfand, und in der Vertreter aller Parteien des besetzten Gebietes zu Worte kamen, wurde gerade auf die Zahlung der Besatzungskosten ungeheurer Wert gelegt. Sie sei im Interesse der Bevölkerung, da diese sonst das Opfer der Willkür der Besatzung werde.

Im preussischen Haushalt spielt die Ueberweisung der Reichssteuern eine große Rolle. Die

Ueberweisungen sind mit einem Betrage von rund einer Milliarde 98 Millionen

ungefähr.

Zu geordneten Verhältnissen im Etat kommen wir nicht anders als durch Verminderung der Ausgaben und Stärkung der Einnahmen. Der preussische Haushalt für 1924 schließt ab, die heutigen Ausschußbeschlüsse mitterläufigt, mit einem Fehlbetrag von rund 427 Millionen

Goldmark. Das ist natürlich nur eine Schätzung. Es ist aber zweifellos vor der Geschichte unsere heilige Pflicht, auch diese Summe von 427 Millionen Goldmark, die vorläufig noch im Etat als Defizit steht, zu tilgen. Die Sachverständigenkommission, die jetzt in Berlin eingetroffen ist, um die Leistungsfähigkeit Deutschlands zu prüfen, wird sich nicht damit begnügen, den Reichshaushalt zu prüfen. Die Mitglieder dieser Kommission wissen ja alle, daß eine ganze Menge von Ausgaben auf dem Haushalt der Einzelstaaten steht. Nicht was Schaumburg oder Lippe-Deimold in ihrem Haushalt zu stehen haben, wird sie interessieren, wohl aber Preußen. Deshalb werden sie genau mit derselben Gründlichkeit und Genauigkeit wie den Reichetat auch den preussischen Haushalt prüfen.

Wenn sich herausstellt, daß dieses größte Land, Preußen, nicht in der Lage ist, seine Finanzen zu sanieren, wenn wir nicht alle Anstrengungen machen, um zu einer Sanierung zu kommen, dann wird das

Urteil der Sachverständigenausschüsse

für uns nicht günstig ausfallen. Darum liegt auch gerade in diesem Zwange die ungeheure Verantwortung Ihrer Entschlüsse. Es handelt sich jetzt nicht darum, ob die vorgezeichnete Grundsteuer, eine Leinwand bis zur Unerträglichkeit gehende Steuer, schließlich eine Mehrheit bekommt, sondern darum, ob in dieser Stunde nicht die einzige Möglichkeit aus der Hand geschlagen wird, unsere und damit die Reichsfinanzen zu sanieren.

Wenn die Beamtengehälter zu niedrig sind, und wenn wir sie nach dem Wunsch der deutschnationalen Parteien erhöhen wollten, so ist das jetzt unmöglich. Die Hauptsache ist aber nicht die schematische Berringerung der Beamtenzahl, sondern die organisatorische Umgestaltung, die weitgehende Ersparnisse ermöglicht. In dieser Beziehung hat die Staatsregierung eine ganze Reihe organisatorischer Maßnahmen vorbereitet, die eine Vereinfachung und Zentralisation in der Verwaltung bezwecken. Wie jeder Privatmann, so muß auch der Staat jetzt auf manche Kulturbedürfnisse verzichten, um nur das Nötigste Leben fristen zu können. Trotz der steigenden Tendenz der Steuereinnahmen haben auch in den letzten Monaten die Ausgaben die Einnahmen immer noch überstiegen, so daß wir uns nur mit der Ausgabe von Goldmarkenweisungen und wertbeständigem Notgeld helfen konnten. Bekommen wir die nötigen Mittel nicht aus Steuern, dann würde durch Vermehrung der wertbeständigen Zahlungsmittel eine

neue Inflation

geschaffen werden, die uns in kurzer Zeit zur Katastrophe treiben müßte. Wir beabsichtigen nicht, die Gewerbesteuer den Gemeinden zu nehmen. Es handelt sich auch nicht um eine dauernde Steuer bei der Erhöhung der Steuer vom Grundvermögen, sondern um ein Provisorium, welches uns über einen Uebergang hinweghelfen soll. Ich bin fest überzeugt, wenn an meiner Stelle ein anderer stünde, auch ein Herr von den Deutschnationalen, und den Haushalt vornehmen würde, auch ihm würde nichts weiter übrig bleiben, als denselben dornenvollen Weg zu gehen, den die Regierung mit vollem Bewußtsein geht. Für die Ablehnung oder für eine Ermäßigung, die auf eine Ablehnung hinauslaufen würde, können wir die Verantwortung nicht übernehmen. Diese Verantwortung, ein so verheißungsvoll begonnenes Werk zum Scheitern zu bringen, ist ungeheuer. Ich bitte Sie, im Namen der Preussischen Finanzverwaltung, sich das bei Ihren Beratungen vor Augen zu halten und diejenige Entscheidung zu treffen, die dem Interesse des Vaterlandes entspricht. (Beifall.)

Hierauf vertagt das Haus die weitere Beratung auf Donnerstag 12 Uhr. Außerdem Fortsetzung der Besprechung der großen Anfrage betreffend die Dänische Grenze. Schluß 47 Uhr.

Vorträge, Vereine und Versammlungen.

Verkehr Arbeiter-Schulklub. Diskussionsabend am Sonntag, den 2. Februar 1924, im Gewerkschaftshaus, Saal 3, ebenfalls 7 Uhr.

Geschäftliche Mitteilungen.

Wir empfehlen auf das Beste die Firma Steigmann, Belle-Alliance-Str. 106, in der heutigen Nummer des Blattes.

Das Ende der billigen Schnapen. Die Inventurausschüsse der noch bestehenden Firmen der Schnapenbranche sind nunmehr fast sämtlich beendet. Der letzte dieser Inventurausschüsse findet nun nach dem Ablauf dieser Woche bei der Firma Emil Seebach H.-G., Friedländerstr. 70, Wilmersdorf, statt. Einige besonders günstige Lagen stellen hervorragende Gelegenheitskäufe dar, da diese Firma nur oberste Qualitätsware führt.

Koch & Seeland

gewähren Vollzahlungen

Herrn-Anzug - Stoffe etc. Mr. 8.- 10.- 12.-

Damen-Kostüm - Stoffe . . . 6.- 8.- 9.-

Sertraudenstr. 20/21 Seegn. 1893

Advertisement for Al'ems'lein shoes. Features include: '3 billige Ultime-Tage!', 'Wir bringen an diesen Tagen große Posten Qualitätswaren zu extra billigen Preisen unter anderem', 'Herrnstiefel 1a Rindbox moderne Form gutes Material 90', 'Lackschuhe in letzten modischen Heubetten Spargen- u. Sandalenform mod. Absatz 13 50', 'braune Mädchen- u. Knaben-Stiefel breite Form, 1a Rindbox Kernledersohle Gr. 27-30 8 90 or 31-35 10 75', 'Damen-Halbschuh elegant Strassenschuh besonders billig braun 8 90', 'Al'ems'lein', 'JOACHIMSTHALERSTR. 6 • WILMERSDORFERSTR. 57 • LEIPZIGERSTR. 91 (HOF) TURMSTR. 58 • BELLE ALLIANCESTR. 104 • ANDREASSTR. 59 • KÖNIGSBERGERSTR. 6 • FRANKFURTER ALLEE 98 •'

# A. Wertheim Lebensmittel

Donnerstag und Freitag, soweit Vorrat

**Fetter Speck**  
amerikanisch Pfd. **88 Pf.**

**Schinkenspeck**  
deutsche Ware Pfd **1 44**

**Taf.-Margarine**  
1 Pfund-Paket **48 Pf.**

**Harzer Käse**  
gute Qualität  
Kiste (zirka 3 1/2 Pfd.) **1 10**

**Rindfleisch** ohne Knochen  
l. eig. Saft 2 Pfd.-Dose **1 10**

**Oxford Sausage**  
(Würstch. in Kalbsfell)  
2 Pfund-Dose **1 95**

**Hasen** gefüllt u. aus-  
geworfen Pfd. **1 M**  
**Masthühner** holland. Pfd **1 80**

**Wurstwaren**  
Rotwurst . . . . . Pfd 66 Pf.  
Landleberwurst Pfd. 94 Pf.  
Mortadella . . . . . Pfd 1 14  
Jagdwurst . . . . . Pfd 1 24

**Käse**  
Camembert . . Schmelz 22 Pf.  
Quadratkäse . . . . . 48 Pf.  
Tilsiter . . . . . Pfd 74 Pf.  
Bric-Käse . . . . . Pfd 85 Pf.

**Weißwein**  
1922 Thüngersheimer  
Wagenwand 1/2 Flasche 1 10  
1922 Randersackerer  
Gersberg . . . . . 1 30  
1920 Dürkheimer  
Riesling . . . . . 1 40  
1920 Oestricher Mühlberg  
Spätlese, Original-Abfüllung  
Th. Prinz in Oestrich (Rheingau) 4 20

**Konserven**  
Schnittbohnen (Stangen) 1 25  
Johannisbeer-Marmelade  
s Pfund Elmer . . . . . 4 20  
Oelsardinen . 1/4 Dose 75 Pf.

**Südfrüchte**  
Zitronen . . . . . Dutzend 28 Pf.  
Mandarinen . . Pfd 42 Pf.  
Apfelsinen . . . Dutzend 58 Pf.  
Graue Reinetten Pfd. 25 Pf.

1921 Neumagener Engel-  
grube Wachst Th. Lämmermeyer.  
Vorzüglich entwickelter  
Moselwein . . . . . 4 50  
**Deutscher Rotwein**  
1922 Neckarsulmer . . 1 60  
1922 Dürkheimer Por-  
tugieser . . . . . 1 30  
1922 Oberingelheimer  
Portugieser . . . . . 2 M

**Kolonialwaren**  
Weizengriech . . Pfd 18 Pf.  
Victoria Erbsen Pfd 26 Pf.  
Polierete Erbsen Pfd 32 Pf.  
Getr. Karotten Pfd 85 Pf.

**Fische**  
Heringe grüne Schwed. Pfd. 24 Pf.  
Rotbarsche o. Kopf Pfd. 24 Pf.  
Dorsche . . . . . Pfd 24 Pf.  
Kieler Bücklinge Pfd. 58 Pf.

**Rotwein**  
1919 Chät. Laour Bordeaux 3 90  
1918 Chät. de Puisseguin  
Bordeaux 4 50  
1918 Côte de Beaune  
Burgunder 3 30  
1918 Beaujolais Burgunder 5 20  
Naturreine spanische gehalb. Qualität.  
1922 San Anton  
Montagne . . . . . 2 10  
1920 Delmonia . . . . . 2 40

**Auszug-Mehl**  
amerikanisches Pfd. **18 Pf.**

**Weißbohnen**  
Pfund **26 Pf.**

**Makr. Bücklinge**  
Pfund **38 Pf.**

**Frisch Seelachs**  
ganze Fische, ohne Kopf . . . . . Pfd **20 Pf.**

**Tafel-Äpfelwein**  
einschl. Steuer, o. Fl. **50 Pf.**

**Jamaika-Rum**  
Verschnitt 1/2 **1 50** 1/4 **2 80**  
einschl. Flasche Fl.

**Blumenkohl**  
Kopf . . . . . **15 Pf.** **25 Pf.**

**Kalbskamm u.**  
**Kalbsbrust** Pfd **60 Pf.**

**Gehacktes**  
**Fleisch** Pfd **70 Pf.**

**Schweinebauch u. Blatt** **85 Pf.**  
**Schinken u. Rücken** Pfd

**Prima fettes Ochsenfleisch (gefr.)** **56 Pf.**  
**Kamm und Brust** . . . . . Pfd

## Weißer Woche Extra-Preise

### Wäschestoffe, fertige Wäsche, Handtücher usw.

## Hermann Engel

Landsberger Str. 85, 86, 87.

Heute Donnerstag, Freitag und Sonnabend

Extra billige Angebote für Sie

## Weisse Woche

**Prima Renforce-Damenhemden** mit Stickerie in neuester Form . . . . . **2 10**

**Felst. Bleifelder Perkal-Oberhemden** mit 3 Kragen und Umklappmanschetten . . . . . **5 00**

**Gerstenkorn-Handtücher** mit roter Kante 48/100 . . . . . **85 Pf.**

**Elegante Seidenflor-Strümpfe**, schwarz und farbig . . . . . **1 45**

**80 cm breite Prima Louisiana** Meter **95 Pf.**

**Schicke weiße Sportblusen** aus Panama . . . . . **4 00 Mk.**

**Weißer Mädchenkleider** in bildschönen Macharten . . . . . **7 05** **5 95** **3 95**

**Ganz entzückende Kleider** für Theater, Ball, Bühne. aus Crêpe de chine, Crêpe-Satin, Seidenstrick . . . . . **75 Mk.** **69 Mk.** **59 Mk.** **49 Mk.**

**Grosser extra billiger Verkauf** von Teppichen, Gardinen, Läuferstoffen, Künstler-Gardinen, 2 Sobal und Querbehäng . . . . . **10 50** **6 75** **4 90**

**Fisches Korset** aus besten Stoffen mit 2 90 Strumpfhalter

**Weisse und bunte weiße Herrenkragen** . . . . . **45 Pf.**

**Prima Louisiana-Taschentücher**, 40 cm **35 Pf.**

**Reinleinene Taschentücher, fabelhaft billig**

**Ball Damenstrümpfe** . . . . . Paar **85 Pf.**

**80 cm breite Prima Renforcé** Meter **80 Pf.**

**Kunstseidene Übergangshüte** sechs Formen **12 Mk.** **9 Mk.** **7 50**

**Eleg. weiße Tiger Stein** mit Duchesse gefaltet **28 50**

**Weisse und graue Strick-Jacken** . . . **167 50**

**Brücken** 50x100, schwere Qualität, doppelseitig mit Franzen **18 80**

Die unterzeichneten Banken und Bankiers geben nachstehend die Bedingungen bekannt, unter welchen Zins- und Gewinnantelscheine von bei uns im Depot ruhenden Wertpapieren getrennt und gutgeschrieben werden:

1. Zinsscheine der bei uns im Depot ruhenden festverzinslichen inländischen Markwerte (ausgenommen wertbeständige Anleihen) werden künftig nicht mehr getrennt und gutgeschrieben, insoweit Zinsscheine bisher getrennt, aber nicht gutgeschrieben worden sind, gelten sie als gegen Verwaltungsspesen verrechnet.

2. Gewinnantelscheine der bei uns im Depot ruhenden inländischen Aktien werden künftig nur gutgeschrieben, sofern der gutzuschreibende Betrag mindestens dem Werte von 0,50 Rentenmark für jede Gattung entspricht.

3. Zinsscheine von im Depot ruhenden wertbeständigen inländischen Anleihen werden getrennt und unter Anzeile dem Konto des Kunden gutgebracht, sofern der gutzuschreibende Betrag mindestens dem Werte von 0,50 Rentenmark für jede Gattung entspricht.

4. Zins- und Gewinnantelscheine von im Depot ruhenden ausländischen Wertpapieren werden auch künftig, wie in den Geschäftsbedingungen vorgesehen, behandelt, sofern der gutzuschreibende Betrag mindestens dem Werte von 0,50 Rentenmark für jede Gattung entspricht.

5. Eine Bogenanhebung für inländische festverzinsliche Werte erfolgt künftig nicht mehr, mit Ausnahme der Bogenanhebung für wertbeständige Anleihen.

6. Werden wir künftig zum Verkauf oder zur Ablieferung festverzinslicher inländischer oder zum Mark laufender Wertpapiere beauftragt, so erfolgt die Ablieferung der Stücke, gleichgültig, ob sie aus Depot oder Sendung herrühren, mit den an dem Wertpapier haltenden Zinsscheinen, d. h. es findet auch hierbei eine Trennung und Verrechnung fälliger und überfälliger Zinsscheine nicht statt; der nächstfällige Zinsschein darf jedoch nicht fehlen.

Berlin, den 29. Januar 1924.

**Reichsbank Preussische Staatsbank (Seehandlg.)**  
**Preussische Central-Genossenschafts-Kasse**  
**Berliner Handels-Gesellschaft S. Bleichröder**  
**Commerz- und Privat-Bank A.G.**  
**Darmstädter und Nationalbank K. a. A.**  
**Delbrück Schickler & Co. Deutsche Bank**  
**Direction der Disconto-Gesellschaft**  
**Dresdner Bank J. Dreyfus & Co.**  
**Hardy & Co. G. m. b. H. Mendelssohn & Co.**  
**Mitteldeutsche Creditbank**

### Kaufgesuche

Schulplatten fault und Umbau  
Schulhauser Allee 50, Hof 1.  
Schulplatten, gerodene, abge-  
spitzte, Rio 1.00 hoch Weislich,  
Friedrichstraße 8.  
Rehräder fault Eisenstraße 19.  
Schulplatten, abgepflegt, auch Deutsch,  
Rio 1.00 hoch, Ringelwald, Schreiner-  
straße 57, Hof portico.

### Verschiedenes

Reichsbank Wechselkurse 22. 11. wieder  
eröffnet. 31099\*

### Geldverkehr

Wästelchen, Rotenbachschilling, Wechsel-  
scheine, Bilten, Reichsstraße 1  
(Nollendorferplatz).

### Arbeitsmarkt

### Stellenangebote

Sticker und Strickwaren für Jani-  
sewaren sucht Herricht Grödel 2. u. 3.  
Kilgerstraße 27a. 8718\*

### Tüchtiger Meister

wird von geübter Lederwarenfabrik  
möglichst sofort gesucht. Bewerber  
müssen mit der Kofferfabrikation  
(Lebelscher mit und ohne Einrichtung)  
durchaus vertraut sein. Off. bald mit  
Zeugnis nachschicken unter „S. 15“.  
Stolberger Bau- u. Holz- u. Steinfr. Str. 24

### Guten perfekten Uhrmacher

für Dittendorf,  
3 Räder oder Spindelreher,  
eine perfekte Plattreherin,  
Zeugnis nachschicken,  
sollt sofort ein  
Albrecht, Köpenick, Lindenstr. 9.

### Meister

energisch u. fachkundig, mögl.  
aus der Condoung einzu-  
setzen. Inhaber Dittorf, c.  
gehalt. Dittendorf - nur  
schreibl. - in Dittendorf an  
AMB Dittendorf u. G.  
Berlin-Johannisthal

### Marken-Zigaretten

Saba, Hapaus, Juno, Salem, York, S. C.  
Wenest, Blaukopf.  
Alle führenden Marken am Lager  
Große Au-wahl in Zigaretten, Tabak.  
**Meisenberg Nchl. Kreilapp,**  
Grüner Weg 85 (am Andrassplatz).

### Gesichts- ausschlag

Blut, Blätter, Flecken  
verschwinden nicht leicht  
schnell, wenn man den Schaum  
von Zucker's Patent-Medizin-Selbe  
abends eintrudeln läßt. Schaum erst  
morgens abwischen und mit Zuckoo-  
Crema nachstreichen. Grohartzige  
Eiweißung, von Kosmetikern beibehalten,  
in allen Apotheken, Drogerien, Par-  
fumerie- u. Friseurgeschäften erhältlich.

### Verkäufe

#### Bekleidungsstücke, Wäsche usw.

Reusenkleid 10, Regen 15, Pelz-  
kleid 90, Sportkleid 65, Gebirgs 130,  
Damen-Regenmantel oder Str. 100,  
Wäsche 18 bis 20, Schürze 17 bis 20,  
Gardinen, Teppiche, Stühle, Bettgarni-  
turen enorm billig im Gelegenheits-  
verkauf  
Schulze, Sportplatz, geübter Kun-  
stler, seit 13. 12. 17, feine Ge-  
webe, Pelzmantel, Silberwäsche, Man-  
nischle 40 Prozent ermäßigt, Schul-  
mann, Reichhelfer, etc. Eingang Dres-  
denerstraße 128.  
Auf Arbeit, enorm billige Herren-  
anzüge, Kissenmützen, Bettis und nach  
Maß, Seifer, Bettis, Nachschlaf, etc.  
Bodenbahn Hof Nollendorferplatz.  
Reichenhaus Brunnenstraße 8, Groh-  
verkauf nachhülle bereiteter Anzüge,  
Balletts, Kissenmützen, Gamasen,  
Sportkleid, Gebirgs- u. Jagd-  
wäsche, Schulze, Gelegenheits-  
waren, Reusenkleid, etc. Keine Kombi-  
waren billig. Keine Kombi-waren,  
Reusenkleid.

### Reichenhaus Brunnenstraße 8

Reichenhaus Brunnenstraße 8 (Dollschke-  
Zoo) verkauft elegante Herrenanzüge  
Lücker, Polster, Sportkleid, Gebirgs-  
Anzüge, Regenkleid, Seidenkleid, etc.  
Grußstraße, Gelegenheits- u. Reusenkleid,  
Reusenkleid, etc. Keine Kombi-waren  
billig.  
Hafere Gardinenpreise bis Sonn-  
abend, den 2. Februar: Kissen-  
mützen von 4.50, 6.50, 8.50, 10.50,  
12.50, 14.50, 16.50, 18.50, 20.50,  
22.50, 24.50, 26.50, 28.50, 30.50,  
32.50, 34.50, 36.50, 38.50, 40.50,  
42.50, 44.50, 46.50, 48.50, 50.50,  
52.50, 54.50, 56.50, 58.50, 60.50,  
62.50, 64.50, 66.50, 68.50, 70.50,  
72.50, 74.50, 76.50, 78.50, 80.50,  
82.50, 84.50, 86.50, 88.50, 90.50,  
92.50, 94.50, 96.50, 98.50, 100.50,  
102.50, 104.50, 106.50, 108.50,  
110.50, 112.50, 114.50, 116.50,  
118.50, 120.50, 122.50, 124.50,  
126.50, 128.50, 130.50, 132.50,  
134.50, 136.50, 138.50, 140.50,  
142.50, 144.50, 146.50, 148.50,  
150.50, 152.50, 154.50, 156.50,  
158.50, 160.50, 162.50, 164.50,  
166.50, 168.50, 170.50, 172.50,  
174.50, 176.50, 178.50, 180.50,  
182.50, 184.50, 186.50, 188.50,  
190.50, 192.50, 194.50, 196.50,  
198.50, 200.50, 202.50, 204.50,  
206.50, 208.50, 210.50, 212.50,  
214.50, 216.50, 218.50, 220.50,  
222.50, 224.50, 226.50, 228.50,  
230.50, 232.50, 234.50, 236.50,  
238.50, 240.50, 242.50, 244.50,  
246.50, 248.50, 250.50, 252.50,  
254.50, 256.50, 258.50, 260.50,  
262.50, 264.50, 266.50, 268.50,  
270.50, 272.50, 274.50, 276.50,  
278.50, 280.50, 282.50, 284.50,  
286.50, 288.50, 290.50, 292.50,  
294.50, 296.50, 298.50, 300.50,  
302.50, 304.50, 306.50, 308.50,  
310.50, 312.50, 314.50, 316.50,  
318.50, 320.50, 322.50, 324.50,  
326.50, 328.50, 330.50, 332.50,  
334.50, 336.50, 338.50, 340.50,  
342.50, 344.50, 346.50, 348.50,  
350.50, 352.50, 354.50, 356.50,  
358.50, 360.50, 362.50, 364.50,  
366.50, 368.50, 370.50, 372.50,  
374.50, 376.50, 378.50, 380.50,  
382.50, 384.50, 386.50, 388.50,  
390.50, 392.50, 394.50, 396.50,  
398.50, 400.50, 402.50, 404.50,  
406.50, 408.50, 410.50, 412.50,  
414.50, 416.50, 418.50, 420.50,  
422.50, 424.50, 426.50, 428.50,  
430.50, 432.50, 434.50, 436.50,  
438.50, 440.50, 442.50, 444.50,  
446.50, 448.50, 450.50, 452.50,  
454.50, 456.50, 458.50, 460.50,  
462.50, 464.50, 466.50, 468.50,  
470.50, 472.50, 474.50, 476.50,  
478.50, 480.50, 482.50, 484.50,  
486.50, 488.50, 490.50, 492.50,  
494.50, 496.50, 498.50, 500.50,  
502.50, 504.50, 506.50, 508.50,  
510.50, 512.50, 514.50, 516.50,  
518.50, 520.50, 522.50, 524.50,  
526.50, 528.50, 530.50, 532.50,  
534.50, 536.50, 538.50, 540.50,  
542.50, 544.50, 546.50, 548.50,  
550.50, 552.50, 554.50, 556.50,  
558.50, 560.50, 562.50, 564.50,  
566.50, 568.50, 570.50, 572.50,  
574.50, 576.50, 578.50, 580.50,  
582.50, 584.50, 586.50, 588.50,  
590.50, 592.50, 594.50, 596.50,  
598.50, 600.50, 602.50, 604.50,  
606.50, 608.50, 610.50, 612.50,  
614.50, 616.50, 618.50, 620.50,  
622.50, 624.50, 626.50, 628.50,  
630.50, 632.50, 634.50, 636.50,  
638.50, 640.50, 642.50, 644.50,  
646.50, 648.50, 650.50, 652.50,  
654.50, 656.50, 658.50, 660.50,  
662.50, 664.50, 666.50, 668.50,  
670.50, 672.50, 674.50, 676.50,  
678.50, 680.50, 682.50, 684.50,  
686.50, 688.50, 690.50, 692.50,  
694.50, 696.50, 698.50, 700.50,  
702.50, 704.50, 706.50, 708.50,  
710.50, 712.50, 714.50, 716.50,  
718.50, 720.50, 722.50, 724.50,  
726.50, 728.50, 730.50, 732.50,  
734.50, 736.50, 738.50, 740.50,  
742.50, 744.50, 746.50, 748.50,  
750.50, 752.50, 754.50, 756.50,  
758.50, 760.50, 762.50, 764.50,  
766.50, 768.50, 770.50, 772.50,  
774.50, 776.50, 778.50, 780.50,  
782.50, 784.50, 786.50, 788.50,  
790.50, 792.50, 794.50, 796.50,  
798.50, 800.50, 802.50, 804.50,  
806.50, 808.50, 810.50, 812.50,  
814.50, 816.50, 818.50, 820.50,  
822.50, 824.50, 826.50, 828.50,  
830.50, 832.50, 834.50, 836.50,  
838.50, 840.50, 842.50, 844.50,  
846.50, 848.50, 850.50, 852.50,  
854.50, 856.50, 858.50, 860.50,  
862.50, 864.50, 866.50, 868.50,  
870.50, 872.50, 874.50, 876.50,  
878.50, 880.50, 882.50, 884.50,  
886.50, 888.50, 890.50, 892.50,  
894.50, 896.50, 898.50, 900.50,  
902.50, 904.50, 906.50, 908.50,  
910.50, 912.50, 914.50, 916.50,  
918.50, 920.50, 922.50, 924.50,  
926.50, 928.50, 930.50, 932.50,  
934.50, 936.50, 938.50, 940.50,  
942.50, 944.50, 946.50, 948.50,  
950.50, 952.50, 954.50, 956.50,  
958.50, 960.50, 962.50, 964.50,  
966.50, 968.50, 970.50, 972.50,  
974.50, 976.50, 978.50, 980.50,  
982.50, 984.50, 986.50, 988.50,  
990.50, 992.50, 994.50, 996.50,  
998.50, 1000.50, 1002.50, 1004.50,  
1006.50, 1008.50, 1010.50, 1012.50,  
1014.50, 1016.50, 1018.50, 1020.50,  
1022.50, 1024.50, 1026.50, 1028.50,  
1030.50, 1032.50, 1034.50, 1036.50,  
1038.50, 1040.50, 1042.50, 1044.50,  
1046.50, 1048.50, 1050.50, 1052.50,  
1054.50, 1056.50, 1058.50, 1060.50,  
1062.50, 1064.50, 1066.50, 1068.50,  
1070.50, 1072.50, 1074.50, 1076.50,  
1078.50, 1080.50, 1082.50, 1084.50,  
1086.50, 1088.50, 1090.50, 1092.50,  
1094.50, 1096.50, 1098.50, 1100.50,  
1102.50, 1104.50, 1106.50, 1108.50,  
1110.50, 1112.50, 1114.50, 1116.50,  
1118.50, 1120.50, 1122.50, 1124.50,  
1126.50, 1128.50, 1130.50, 1132.50,  
1134.50, 1136.50, 1138.50, 1140.50,  
1142.50, 1144.50, 1146.50, 1148.50,  
1150.50, 1152.50, 1154.50, 1156.50,  
1158.50, 1160.50, 1162.50, 1164.50,  
1166.50, 1168.50, 1170.50, 1172.50,  
1174.50, 1176.50, 1178.50, 1180.50,  
1182.50, 1184.50, 1186.50, 1188.50,  
1190.50, 1192.50, 1194.50, 1196.50,  
1198.50, 1200.50, 1202.50, 1204.50,  
1206.50, 1208.50, 1210.50, 1212.50,  
1214.50, 1216.50, 1218.50, 1220.50,  
1222.50, 1224.50, 1226.50, 1228.50,  
1230.50, 1232.50, 1234.50, 1236.50,  
1238.50, 1240.50, 1242.50, 1244.50,  
1246.50, 1248.50, 1250.50, 1252.50,  
1254.50, 1256.50, 1258.50, 1260.50,  
1262.50, 1264.50, 1266.50, 1268.50,  
1270.50, 1272.50, 1274.50, 1276.50,  
1278.50, 1280.50, 1282.50, 1284.50,  
1286.50, 1288.50, 1290.50, 1292.50,  
1294.50, 1296.50, 1298.50, 1300.50,  
1302.50, 1304.50, 1306.50, 1308.50,  
1310.50, 1312.50, 1314.50